

G 2/66 EX



MAGAZIN

zeitschrift für zivilschutz, katastrophenschutz und selbstschutz

3'79 März



Brückeneinsturz und Massenunfall

Acht Tote und drei Schwerverletzte forderte am 21. Februar ein Brückeneinsturz auf der Autobahn Köln–Oberhausen bei Duisburg. Just in dem Augenblick, als ein Tieflader mit einem Bagger die Brücke passierte, krachte sie auf die Fahrbahn und brach in der Mitte durch.

Während des Unglücks herrschte hier dichter Nebel und starker Verkehr. Die herabstürzenden Brückentrümmer begruben einen Kleinbus mit sechs Männern, die auf dem Wege zur Arbeit waren.

Außerdem kamen die Fahrer von zwei Personenwagen ums Leben, die im dichten Nebel in die Trümmer der Brücke gerast waren. Drei weitere Personen erlitten schwere Verletzungen. Der Fahrer des Tiefladers blieb unverletzt. Die Autobahn wurde gesperrt.

Den Rettungs- und Räumungstrupps, die etwa eine halbe Stunde nach dem Unfall – der in den frühen Morgenstunden kurz nach sechs Uhr geschah – eintrafen, bot sich ein Bild des Grauens. Riesige Stahlträger lagen quer über beiden Fahrbahnen; tonnenschwere Betonquader hatten die darunterliegenden Fahrzeuge total zusammengequetscht.

Erst nach Stunden konnten die Rettungsmannschaften die acht Todesopfer aus den Trümmern bergen. Mit Schweißbrennern und hydraulischen Schneidgeräten mußten zunächst die Stahlträger und andere Eisenteile durchtrennt werden.

Der zweite schwere Unfall dieses Tages ereignete sich auf der links-rheinischen Autobahn A 61 am Meckenheimer Kreuz bei Bonn. Bei Sichtweiten von stellenweise weniger als 20 Metern verkeilten sich auf der Fahrbahn Richtung Norden etwa 20 Fahrzeuge, darunter auch mehrere Lastzüge. Auf das Trümmerknäuel prallten noch sechs weitere Autos.

40 Minuten später fuhren am etwa drei Kilometer entfernten Ende des Staus noch weitere zehn Fahrzeuge auf. Vier von ihnen brannten aus. Fünf Menschen kamen in den Flammen ums Leben; ein Mann erlitt einen Herzinfarkt und starb.

Unabhängig von diesem Massenunfall kam es auf der Gegenfahrbahn zu fünf weiteren Unfällen. Insgesamt starben dabei acht Menschen, acht weitere erlitten zum Teil lebensgefährliche Verletzungen.

Die Rettungs- und Bergungsarbeiten der Feuerwehr wurden durch den dichten Nebel erheblich behindert.

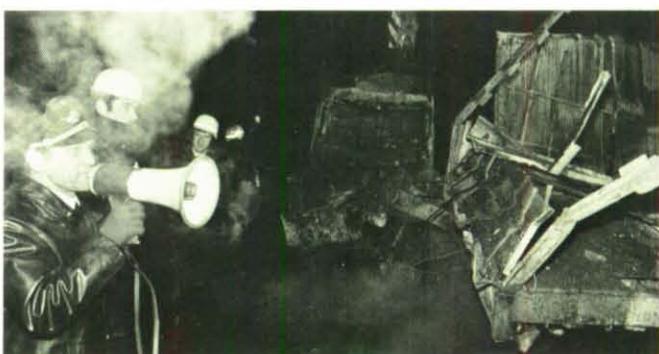
In den frühen Morgenstunden des 21. Februar stürzte auf der Autobahn Köln–Oberhausen diese Brücke ein und begrub einen mit sechs Männern besetzten Kleinbus unter sich.

Die Fahrer von zwei Personenwagen, die im dichten Nebel in die Brückentrümmer gerast waren, kamen ebenso wie die Insassen des Kleinbusses ums Leben.

Erst nach Stunden konnten die Rettungsmannschaften die acht Todesopfer aus den Trümmern bergen. Die Beseitigung der Trümmer aus Stahl und Beton dauerte etwa 24 Stunden.

Acht Tote und viele Schwerverletzte forderte ein Massenunfall auf der Autobahn Köln–Koblenz nahe dem Meckenheimer Kreuz bei Bonn. Die Ursache: Plötzlicher dichter Nebel. Unser Bild zeigt einen zertrümmerten Lkw.

Zahlreiche Fahrzeuge, darunter mehrere Lkw, waren aufeinandergefahren und z. T. in Brand geraten. Der Polizei und Feuerwehr – hier bei Bergungsarbeiten – bot sich an der Unglücksstätte ein Chaos.





MAGAZIN

3/79



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74 · 5 Köln 41 Telefon (02 21) 4 98 81

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Ulrike von Gimbom
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder

Grafik und Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (0 56 61) 80 86, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74 · 5 Köln 41
Postfach 450 247, Ruf (02 21) 4 98 81

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40, jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„Die Organisation des Katastrophenschutzes in einem Landkreis“ 6
Ein Beitrag über die Entwicklung und den Aufbau der Katastrophenschutzorganisationen.



„Schnell, planvoll und wirksam gehandelt“ 11
Die zweite Schneekatastrophe im Norden der Bundesrepublik.

„In Albstadt ist noch immer viel zu tun“ 18
Staatssekretär Dr. Fröhlich informierte sich über die materielle Ausstattung des THW.

„Wie nach einem Bombenangriff“ 20
Schwerste Explosionskatastrophe seit Kriegsende forderte in Bremen 14 Todesopfer.



„Mit Wasser gegen Hochwasser“ 24
Der „Hochwasserschutzschlauch“.

„Trinkwasserversorgung im Katastrophenfall“ 26
Ein erfolgreicher Versuch, Wasser mit Hilfe der technischen Anlagen eines Freibades aufzubereiten.

„Üben für den Ernstfall“ 28
Hochmoderne Atemschutz-Übungsstrecke in Alsfeld.

„Tragkraftspritzen und Feuerlöschkreiselpumpen“ 30
Die Feuerlöschkreiselpumpe P 316.

„Das Minimagazin“ U 3
In diesem Monat: Explosionen.



UMSCHAU

Wieder Zuschüsse für Hausschutzräume

Seit Jahresbeginn wird die Errichtung von Hausschutzräumen für Wohnungen wieder mit Bundesmitteln bezuschußt, und zwar in der Höhe wie seinerzeit vor Einstellung dieser Maßnahme. Auch die Zuschußrichtlinien gelten unverändert. Die steuerlich absetzbaren Höchstbeträgen sind durch die „Sechste Verordnung zur Änderung der Höchstbetragsverordnung“ vom 28. Dezember 1978 (veröffentlicht im Bundesgesetzblatt Teil I, 6. Januar 1979, Seiten 31 und 32) der Baupreientwicklung angepaßt worden. Die erhöhten Beträge gelten für alle Schutzräume, die seit dem 1. Januar 1978 fertiggestellt wurden oder werden. Auskünfte erteilen die Dienststellen des Bundesverbandes für den Selbstschutz.

Neuartiges Informations- und Kommunikationssystem

Moderne Informations- und Kommunikationssysteme für den Brand- und Katastrophenschutz sowie für das Rettungswesen eröffnen neue Möglichkeiten, die Effektivität in diesem wichtigen Bereich öffentlicher Dienstleistungen zu verbessern. Diese Meinung vertrat Bundesforschungsminister Volker Hauff in Bonn. Hauff gab bei dieser Gelegenheit bekannt, daß das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) zur Zeit ein entsprechendes Modellprojekt einer integrierten Einsatzleitstelle für den Brand- und Katastrophenschutz und das Rettungswesen des Stadt- und Landkreises Esslingen vorbereitet. Der gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz, Ortsverein Esslingen im Frühjahr dieses Jahres

zeuge als Voraussetzung für jeden Einsatz. Der jeweilige Standort fahrender Fahrzeuge soll automatisch ermittelt und angezeigt werden.

- Alarmierung der einzelnen Mitglieder der Einsatzmannschaften und Organisation des Transports zum Einsatzort.
- Darstellung der Situation am Einsatzort mit Hilfe von Text, Grafik und Bild.
- Auf den neuesten Stand gehaltene Informationen über den Belegungszustand und die Eignung von Krankenhäusern sowie über die Verfügbarkeit von Organisationsteams.
- Übergabe der Einsatzleitung an einen Krisenstab im Falle einer größeren Katastrophe.

Das BMFT hat sich bereiterklärt, die technische Entwicklung und die Anwendungserprobung dieses Systems zu fördern. In einer ersten Phase wurden bereits die genauen Spezifikationen der Systembausteine: Einsatzzentrale, Arbeitsplätze, Datenfunk, automatische Ortung und deren Integration zu einem Gesamtsystem erarbeitet.

Löschdemonstrationen

Nach einer längeren Pause wird Total in diesem Jahr an mehreren Plätzen in der Bundesrepublik umfangreiche Löschvorfürungen durchführen. Die taktische, optimale Handhabung des Feuerlöschers, die Grenzen verschiedener Löschmittel und die Vorfürung der Schaumgerätepalette an verschiedenen Testobjekten sind die Hauptprogrammpunkte der Veranstaltungen.

Zur kostenlosen Teilnahme sind alle interessierten Feuerwehrmänner sowie die Brandschutz- und Sicherheitsbeauftragten aus Industrie, Gewerbe und Behörden eingeladen.

Die Löschdemonstrationen beginnen jeweils um 15 Uhr.

- 3. April in Hannover-Langenhagen
- 4. April in Bielefeld
- 15. Mai in Frankfurt
- 22. Mai in Saarbrücken
- 29. Mai in Regensburg
- 30. Mai in München
- 13. Juni in Köln
- 4. September in Hagen
- 6. September in Rheinberg
- 5. Oktober in Bad Kreuznach
- 10. Oktober in Neustadt (Ahrweiler)

Konferenz über das Verbot chemischer Waffen

Eine dreitägige internationale Konferenz über die Möglichkeiten der Überwachung eines Verbots chemischer Waffen fand Mitte März im Auswärtigen Amt, in Bonn statt. An der Veranstaltung, die im Einvernehmen mit dem Verband der chemischen Industrie durchgeführt wurde, nahmen rund 50 Abrüstungsexperten und Diplomaten aus 25 Ländern teil. Die Einladung zu dieser Diskussion, die vom Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, Botschafter Ruth, eröffnet wurde, hatte Bundeskanzler Schmidt im vergangenen Jahr auf der Sondergeneralversammlung der Vereinigten Nationen über Abrüstung am 26. Mai in New York ausgesprochen. Sie war am 26. Januar dieses Jahres vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Van Well, vor dem Genfer Abrüstungsausschuß wiederholt worden. Wie das Auswärtige Amt mitteilt, ist die Bundesregierung von der Notwendigkeit eines internationalen Überwachungssystems mit örtlichen Inspektionen überzeugt. Sie wolle mit der internationalen Veranstaltung zeigen, daß sich ein derartiges System so gestalten lasse, daß die Interessen von Industrie und Forschung nicht beeinträchtigt würden. Die Bundesrepublik hat schon 1954 als bisher einziger Staat auf die Herstellung von atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen verzichtet und sich mit der internationalen Kontrolle von Produktionsanlagen einverstanden erklärt.

DSV-Skiwacht half mehr als 1000mal

Ganz im Gegensatz zu dem schneereichen Winter in Norddeutschland mangelte es im Süden der Bundesrepublik an Schnee. Die 50 Einsatzbereiche der Skiwacht in den Bayerischen Bergen wurden auf zehn reduziert. Doch obwohl die Helfer hier erst spät ihren Dienst tun konnten, zeigte bereits der erste Einsatzmonat des neuerlichen Modellversuchs, wie wichtig diese Einrichtung für den Freizeitskiport geworden ist. Im Dienstzeitraum vom 15. 12. 1978 bis zum 10. 1. 1979 half

letzungen, 79 Verletzten-Transporten und Bergungen an Werktagen und gab weit über 1000mal informative Auskünfte, Hilfestellung bei Problemen mit der Skiausrüstung, mahnte Skirowdies und unterstützte das Liftpersonal. Die Gesamtzahl der Einsätze liegt noch weit höher, wenn man bedenkt, daß an den Wochenenden und Feiertagen der Rettungsdienst ausschließlich von den ehrenamtlichen Bergwachtmännern wahrgenommen wird.

Erhöhte Mobilität für Behinderte durch „Telebus“

Am 19. Januar 1979 gab der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie, Erwin Stahl, gemeinsam mit dem Berliner Senator für Arbeit und Soziales, Olaf Sund, in Berlin den ersten beiden Telebussen freie Fahrt.

Der „Telebus“ ist ein bedarfsgesteuertes Bussystem für behinderte Personen, die bestehende öffentliche Verkehrsmittel nicht benutzen können. Eine fahrberichtigte Person kann per Telefon oder Postkarte einen Fahrtwunsch unter Angabe des Fahrziels in der Telebus-Zentrale anmelden. Von der Telebus-Zentrale wird dieser Fahrtwunsch und der Zeitpunkt der Abholung bestätigt. Das Einsatzfahrzeug – der Telebus – erhält von hier aus dann über Funk einen Auftrag, diese Fahrt durchzuführen. Begleitet wird der Fahrbetrieb durch einen sogenannten „fliegenden Dienst“. Dieser Dienst hat im Bedarfsfall die Aufgabe, vor der Ankunft des Telebusses Behinderten z. B. beim Ankleiden oder Verlassen der Wohnung behilflich zu sein. Diese Hilfeleistung verfolgt auch den Zweck, einen möglichst verzögerungsfreien Fahrbetrieb zu gewährleisten.

In seiner Eröffnungsansprache unterstrich Stahl, daß mit dem Telebusangebot „Personen, die bislang weitgehend von der Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft ausgeschlossen waren, eine Möglichkeit geboten wird, stärker am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.“

Während der Laufzeit des Forschungsvorhabens bis 1982 wird die „grüne Flotte“ der Telebusse auf etwa 100 Fahrzeuge erweitert. Während dieser Zeit wird auch der Kreis der Fahrberechtigten ständig vergrößert. Das Forschungsvorhaben wird begleitet durch ein umfangreiches sozialwissenschaftliches Untersuchungsprogramm. Dieses hat u. a. die Aufgabe, den Erfolg des

Telebus-Projektes durch Befragungen zu überprüfen und durch Rückkopplungen mit den Fahrgästen den Fahrbetrieb ständig zu verbessern.

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) fördert das Vorhaben „Telebus“ mit 41 Mio. DM im Rahmen des Programms Nahverkehrsforschung. Für die Nahverkehrsforschung wurden vom BMFT bislang 300 Mio. DM bewilligt, weitere 600 Mio. DM sind für den Zeitraum bis 1982 vorgesehen.

Anläßlich des Starts für den Telebus wurden auch die Preisträger eines Ideenwettbewerbes für ein behindertengerechtes Fahrzeug benannt. Ein Prototyp eines solchen Fahrzeugs soll in den nächsten Monaten gebaut und in Berlin erprobt werden. Damit erfüllt das BMFT eine von Behinderten und ihren Verbänden erhobene Forderung. Bei allen bisherigen Fahrzeugen handelte es sich um umgerüstete Serienfahrzeuge, die nur zum Teil den Anforderungen der Behinderten genügen.

Schaumteppich nach Tankzug-Unglück

Ein harter Winter, auch für die Feuerwehr, die viele zusätzliche Einsätze bewältigen mußte, wie diesen, anläßlich eines Unfalls auf der Autobahn Hamburg-Lübeck: Nachdem ein Tanklastzug infolge Glatteis verunglückt war und mehrere tausend Liter Benzin ausliefen, legten Feuerwehrmänner zunächst einen Schaumteppich.

Grundregeln des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts

Anläßlich der Tagung des Delegiertenrats des Internationalen Roten Kreuzes, die im Oktober 1975 in Genf stattfand, hatte Professor Hans Haug, Präsident des Schweizerischen Roten Kreuzes und Vizepräsident der Liga, vorgeschlagen, eine Art Erklärung auszuarbeiten, welche die fundamentalen Grundsätze des humanitären Völkerrechts zusammenfaßt und zum Ausdruck bringt. Eine solche Erklärung müßte die dem humanitären Völkerrecht zugrundeliegenden großen Ideen offenlegen und leicht verständlich machen. Dabei stützte er sich auf die Tatsache, daß die baldige Annahme der Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen die Gesamtzahl der Artikel auf knapp 600 erhöht, wobei viele Artikel überaus kompliziert gefaßt sind. Er betonte die Notwendigkeit einer möglichst weiten Verbreitung des humanitären Völkerrechts und meinte, daß eine solche Zusammenfassung ein nützliches Mittel sein könnte, um dieses Ziel zu erreichen.

Mehrere Delegationen unterstützten den Vorschlag von Professor Haug, der offensichtlich einem allgemeinen Wunsch entsprach, auch wenn er nicht zu einer Resolution des Delegiertenrates führte. Der Vertreter des IKRK erklärte, seine Organisation sei bereit, dieses Problem näher zu untersuchen. Eine kleine Arbeitsgruppe, bestehend aus Experten des IKRK und der Liga der Rotkreuzgesellschaften, unterzog



sich dieser Aufgabe und arbeitete einen Entwurf aus, der im Verlauf des Rundheitgesprächs des Internationalen Instituts für humanitäres Recht in San Remo (1977) diskutiert wurde. Der auf diese Weise entstandene Text wird nun der Öffentlichkeit unterbreitet.

Die Grundregeln des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären

Völkerrechts stellen eine Zusammenfassung dar, die das Wesentliche des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts ausdrückt.

Der Text wurde so einfach und so kurz wie möglich gehalten. Wenn immer es anging, wurde der Wortlaut der Abkommen oder der Protokolle übernommen.

Diese Bestimmungen haben nicht das Gewicht eines völkerrechtlichen Dokumentes und wollen auch keineswegs an die Stelle geltender Verträge treten. Der Text soll einzig und allein die Verbreitung und das Verständnis des humanitären Völkerrechts erleichtern.

Das IKRK und die Liga übergeben diese Zusammenfassung hiermit den nationalen Rotkreuzgesellschaften. Sie ist für jene bestimmt, die – gleichgültig auf welcher Ebene – das humanitäre Völkerrecht in der Praxis anzuwenden oder über seine Anwendung zu wachen haben. Die Grundregeln können aber auch jenen nützlich sein, die sich als Opfer bewaffneter Konflikte auf das humanitäre Völkerrecht berufen müssen.

Grundregeln des in bewaffneten Konflikten anwendbaren

humanitären Völkerrechts

4. Die Kriegsgefangenen und Zivilpersonen, die sich im Gewahrsam der gegnerischen Partei befinden, haben ein Recht auf Achtung ihres Lebens, ihrer Würde, ihrer Persönlichkeitsrechte und ihrer Überzeugung. Sie sind vor jeglicher Gewalttat und vor Repressalien zu schützen. Sie haben das Recht, Nachrichten mit ihren Familien auszu-

tauschen und Hilfsgüter zu empfangen.

5. Jede Person genießt die grundlegenden Garantien des Rechtsschutzes. Niemand darf für eine Tat verantwortlich gemacht werden, die er nicht begangen hat. Niemand darf physischer oder geistiger Folter noch körperlichen Strafen oder grausamen und erniedrigenden Behandlungen unterworfen werden.

6. Die Konfliktparteien und die Angehörigen ihrer Streitkräfte haben kein unbegrenztes Recht bei der Wahl der Kriegsmittel und Kriegsmethoden. Es ist untersagt, Waffen oder Kriegsmethoden anzuwenden, die geeignet sind, unnötige Verluste oder übermäßige Leiden zu verursachen.

7. Die Konfliktparteien haben stets zwischen der Zivilbevölkerung und den Kombattanten zu unterscheiden; damit die Bevölkerung und die zivilen Güter geschont werden. Weder die Zivilbevölkerung als solche noch die Zivilpersonen dürfen angegriffen werden. Angriffe sind nur gegen militärische Ziele zulässig.

Waldemar Flentge wurde 80

Dipl.-Ing. Waldemar Flentge, früherer

Fachausstellung „Sicherheit 79“

Der große Erfolg der „Sicherheit 76“ veranlaßt die Landesstelle für Betriebsschutz e. V., 7000 Stuttgart 1, Hoheneheimer Straße 41 c (LFB), eine weitere Fachausstellung unter der Bezeichnung „Sicherheit 79“ vom 26. bis 30. September 1979 durchzuführen. Die ideale

Trägerschaft für die Ausstellung übernimmt wiederum die Landesvereinigung baden-württembergischer Arbeitgeberverbände e. V. Unterstützt wird dieses Vorhaben durch die Verbände für die Sicherheit in der Wirtschaft in den Ländern.

Wie 1976 wird die Ausstellung „Sicherheit 79“ systematisch aufgedgliedert in

a) den internationalen Kongreßteil mit einer ausgewogenen Themengestaltung für den Bereich „Allgemeine Sicherheit“ sowie den Bereich „Zivil- und Katastrophenschutz“;

b) den bundesweit und international ausgerichteten Demonstrationsteil „Katastrophenschutz“, der u. a. von dem Bundesamt für Zivilschutz, dem Deutschen Feuerwehrverband, dem Deutschen Roten Kreuz, dem Bundesverband für den Selbstschutz, weiteren Fachverbänden auf Bundesebene sowie dem Innenministerium Baden-Württemberg für die Fachbereiche Zivil- und Katastrophenschutz.



Feierstunde halten. Der Innenminister des Landes Baden-Württemberg, Dr. ~~Günther~~ ~~Am~~, eröffnet am Nachmittag des 26. 9. 1979 mit einem Referat den internationalen Fachkongreß. Die Leitung des Kongreßteils „Öffentliche und betriebliche Sicherheit“, hat Landespolizeipräsident Dr. Stümper, die Leitung des Kongreßteils „Zivil- und Katastrophenschutz“ Min.-Dirigent Dr. Nebinger vom Innenministerium Baden-Württemberg übernommen.

Hubschraubernetz 1980 komplett

ADAC-Präsident Franz Stadler und Bundesinnenminister Gerhart Baum haben am 19. Februar in einem Gespräch aktuelle Fragen der Luftrettung erörtert. Dabei stellten sie übereinstimmend fest, daß sich der Luftrettungsdienst mit Hubschraubern des Katastrophenschutzes hervorragend bewährt hat. Von den derzeit 16 Stationen werden 14 vom Katastrophenschutz mit Piloten des Bundesgrenzschutzes und zwei in Amtshilfe von der Bundeswehr betrieben. Bundesminister Baum kündigte an, daß „Christoph 17“ im Oktober dieses Jahres in Kempten in Dienst gestellt wird. Es besteht auch Einvernehmen darüber, daß der geplante „Christoph 18“ Hubschrauber im Raum Ochsenfurt/Wurzburg stationiert wird. Wenn die personellen und finanziellen Voraussetzungen sicher sind, so Baum, wird „Christoph 18“ in der ersten Hälfte 1980 fliegen.

Bei 12 776 Einsätzen im letzten Jahr wurden von den 16 Rettungshubschraubern des Katastrophenschutzes 10 916 Verletzte versorgt. 5969 davon waren so schwer verletzt, daß sie auf dem schnellsten Wege mit dem Hubschrauber in ein Krankenhaus transportiert werden mußten. Bei den anderen erreichte es aus, sie mit dem Krankenwagen in die nächstgelegene Klinik zu fahren bzw. sie direkt an der Unfallstelle zu behandeln.

Seit der Gründung des Luftrettungsdienstes 1970 wurden insgesamt 52 630 Rettungsflüge durchgeführt und dabei 45 732 Patienten ärztlich versorgt. 48 % dieser Einsätze wurden durch Verkehrsunfälle ausgelöst, 16 % durch Notfälle wie Vergiftungen, akute Erkrankungen oder Infarkte und 5 % durch Arbeitsunfälle. Bei etwa jedem 5. Hubschrauberflug wurden Patienten in eine Spezialklinik verlegt.



Ältestes Kloster Oberbayerns stand in Flammen

Verheerende Schäden in Höhe von rund 12 Millionen Mark richtete ein Brand im ältesten Kloster Oberbayerns, Benediktbeuren, an. Das Feuer entstand vermutlich bei Schweißarbeiten in der dem Kloster zugehörigen Jugendherberge – durch Funkenflug konnte ein Schmelbrand entfacht worden sein.

Nachbarn und Schüler bemerkten das Feuer gegen vier Uhr morgens des 8. März. Bereits zehn Minuten später war die erste der insgesamt zehn an der Brandbekämpfung beteiligten Feuerwehren zu Stelle. Dennoch konnte nicht verhindert werden, daß das Dach des Traktes der Fachschule für Sozialpädagogik auf einer Länge von 30 Metern total abbrannte, das Studentenwohnheim ebenfalls auf einer Länge von 30 Metern schwerste Verwüstungen aufwies und die Jugendherberge auf einer Länge von 40 Metern zerstört wurde.

Die Löscharbeiten wurden durch einen Schneesturm erheblich erschwert. Die Feuerwehren hatten den Brand zwar morgens um sieben Uhr unter Kontrolle, doch noch den ganzen Nachmittag über schwellten kleinere Brandherde, die sich aber nicht mehr gefährlich ausweiten konnten.

Das Kloster stammt aus der Zeit um 732 und wurde unter Mithilfe des hl. Bonifatius gegründet. Es verfügt über eine Bibliothek von unschätzbarem Wert (die glücklicherweise nicht in Mitleidenschaft gezogen wurde), zu der auch die weltberühmte „Carmina Burana“ gehört, eine Lyrik-Sammlung aus dem Hochmittelalter. Die Klostergebäude und die Abteikirche St. Benedikt entstanden in der Zeit von 1669 bis 1732. Die Grundmauern des Konventgebäudes stammen noch aus romanischer Zeit. Das ehemalige Benediktiner-Kloster steht jetzt unter der Leitung der Salesianer.

Atemschutzlehrgang

Einen Lehrgang für Träger von Preßluftatmern veranstaltet die Hauptstelle für das Gruben-Rettungswesen in Hohenpeißenberg in der Zeit von 10. bis 14. September 1979. Neben einer qualifizierten theoretischen Ausbildung erhalten die Teilnehmer nach einer sorgfältigen ärztlichen Untersuchung auf ihre Eignung eine Ausbildung als Atemschutzgeräteträger auf der Übungs-

strecke und sonstigen Übungsanlagen. Im Interesse einer sorgfältigen Ausbildung ist die Teilnehmerzahl begrenzt.

Interessenten können von der Hauptstelle, 8126 Hohenpeißenberg, Unterbau 71 1/8, Tel. 08805/318, oder bei der Firma Kurt Matter GmbH, 7521 Karlsdorf – Neuhard 1, Am Kanal, Tel. 07251/4394, Unterlagen anfordern.

Die Organisation des Katastrophenschutzes in einem Landkreis

Ein Beitrag über die Entwicklung und den Aufbau der Katastrophenschutzorganisation

Die Verwirklichung der Organisation des Katastrophenschutzes auf der Ebene des Landkreises ist eine recht schwierige Aufgabe. Im nachfolgenden Beitrag gibt Oberstleutnant a. D. Herrmannsdörfer Anregungen und macht Vorschläge, wie aus seiner Sicht der Katastrophenschutz aufgebaut werden kann. Der Verfasser ist seit einigen Jahren im Katastrophenschutz des Landkreises Sigmaringen tätig. Am Aufbau der dortigen Katastrophenschutzorganisation hat er maßgebend mitgewirkt. Dieser Beitrag soll insbesondere Dezernenten und Amtsleitern einen Überblick über den Verantwortungsbereich geben, den sie meist übernehmen, ohne den Umfang des Katastrophenschutzdienstes detailliert zu kennen. Die Redaktion

Gemäß dem Ersten Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vom 9. 10. 1957 und dem am 13. 7. 1968 in Kraft getretenen Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. 7. 1969 sind die Landkreise als

untere Katastrophenschutzbehörde für den gesamten Katastropheneinsatz zuständig. Um dieser weitreichenden Verantwortung im Katastrophenfalle gerecht zu werden, sind zahlreiche Überlegungen anzustellen, damit die erforderlichen Präventivmaßnahmen getroffen werden können. Diese Maßnahmen reichen von der Bearbeitung und Fortschreibung des Katastrophenschutzplanes bis zum Einsatz der Katastrophenschutzeinheiten und Einrichtungen, von Ausbildungs- und Ausstattungsfragen bis zur Einrichtung einer Katastropheneinsatzleitung, die letzten Endes in der Lage ist, das Schadensausmaß zu erkennen und die erforderlichen Hilfsmaßnahmen einzuleiten. Die Katastropheneinheiten müssen die Tätigkeiten der Bergung, Hilfeleistung und Rettung so durchführen wie es die durch das Katastrophengeschehen entstandene Schadenslage erfordert. Hierzu stehen folgende Fachdienste zur Verfügung: Brandschutz, Bergung, Instandsetzung, Betreuung, Sanitätsdienst, ABC-Dienst, Versorgung, Fernmeldedienst und Veterinärdienst.



Die Landkreise sind als untere Katastrophenschutzbehörde für den gesamten Katastrophenschutz zuständig. Sie haben umfangreiche Präventivmaßnahmen zu treffen. Einheiten, Einrichtungen, Ausstattung und Material werden durch Zeichen und Symbole dargestellt.

Der **Katastropheneinsatzleitung** kommt mit der **Stabsführungs-Gruppe** und der **Fernmeldezentrale** eine besondere Bedeutung zu. Die Flutkatastrophe in Hamburg 1962, die sich mitten in der Nacht unerwartet und unverhofft ereignete und die 391 Menschenleben forderte, die großen Waldbrände in Niedersachsen, die einen Gesamtschaden von über 100 Millionen DM verursachten und die Überschwemmungskatastrophe von Rhein und Neckar 1978 beweisen ebenso wie zahlreiche andere Katastrophen im In- und Ausland, daß nur eine zentrale Leitung befähigt ist, wirkungsvolle Hilfe am Katastrophenort zu leisten und Menschen, die sich in Lebensgefahr befinden, zu retten.

Beim **Aufbau einer Katastrophenschutzorganisation** sind zunächst die „behördeneigentümlichen“ Umstände zu berücksichtigen. Diese Umstände sind eher geeignet, sich als hemmende Kräfte auszuwirken. An deren Stelle sollte eine aufgeschlossene und enga-

gierte Beteiligung derjenigen stehen, die dieser Gemeinschaftsaufgabe dienen und die dadurch diese Aufbauarbeit zu beschleunigen vermögen. Das ist um so notwendiger, da uns allen bewußt geworden ist, daß mit dem technischen Fortschritt auch die Gefahr von Katastrophen zunimmt.

Die **allgemeine Ausgangslage** stellt sich zunächst wie folgt dar:

- In einem Landratsamt ist im allgemeinen ein geringer Organisationsgrad für die Einrichtung einer Katastropheneinsatzleitung vorhanden;
- die Stabsarbeit der Führungsgruppe ist oft für Behördenmitarbeiter ungeeignet;
- das Verhältnis der Beamten und Angestellten zum Katastrophenschutz ist meistens belastet. Durch die eigentliche Haupttätigkeit wird das Leistungsvermögen oftmals überfordert, mangelnde Information und fehlende sachlich-ethische

Motivation führen zu einem gewissen Desinteresse;

- die räumlichen Verhältnisse sind oft unzureichend. Das Lagezentrum und die Fernmeldezentrale sind in fast allen Fällen in Räumen untergebracht, die während der Geschäftsstunden für den normalen Behördenbetrieb genutzt werden. Die technischen Installationen fehlen und die materielle Ausstattung entspricht nicht den Erfordernissen, die für eine Stabstätigkeit vorhanden sein müssen.

- das Hauptproblem stellt jedoch die personelle Besetzung, insbesondere auf der Führungs- und Mitarbeiterebene, dar.

Um in möglichst kurzer Zeit eine Katastropheneinsatzleitung heranzubilden, deren Mitglieder **fachlich** qualifiziert sind und durch Leistungen überzeugen, ist eine plan- und auch mühevoll Arbeit der zuständigen Beamten erforderlich. Die Auswahl der geeigneten Mitarbeiter ist zur Erreichung des gesetzten Zieles ebenso entscheidend wie die Planung der Gesamtaufgabe: nämlich die Herstellung der Einsatzbereitschaft des Katastrophenschutzes eines Landkreises, d. h. die Katastropheneinsatzleitung muß ihre Leitungsfunktion beherrschen und die vorhandenen Kräfte müssen in der Lage sein, bei den verschiedenartigen Katastrophen ihren Auftrag zu erfüllen.

Wie dieses Ziel zu erreichen ist, zeigen die nachfolgenden Ausführungen. Es handelt sich hierbei nicht um abstrakte und sachfremde Erörterungen; es sind vielmehr **praktische Erfahrungen** aus der nicht immer einfachen Tätigkeit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes, die heute bei den Landratsämtern als „Untere Katastrophenschutzbehörde“ geleistet werden muß. Gute und erfolgreiche Zwischenergebnisse beweisen, daß hier mehr als auf anderen Gebieten systematisches Vorgehen, großer Fleiß und Verantwortungsbewußtsein unerlässlich sind, um den vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden.

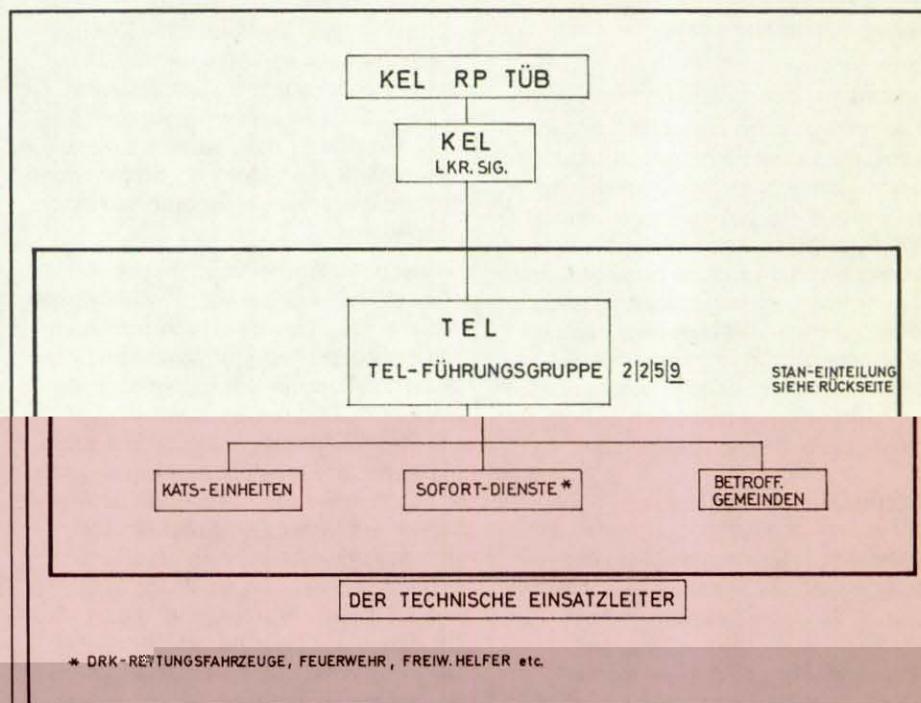
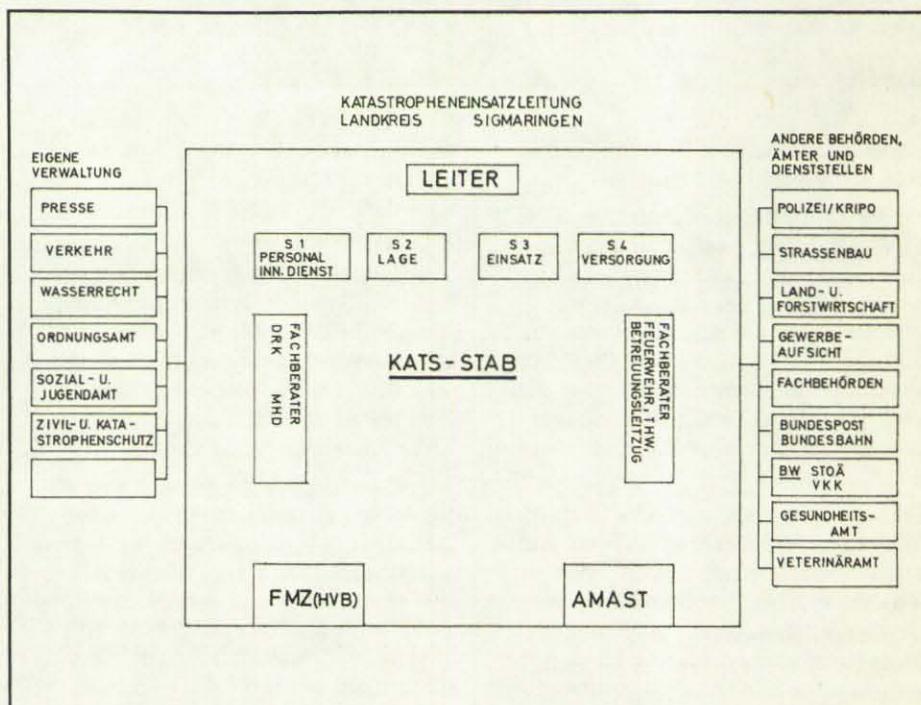
Grundsätzliche Bestimmungen über die Organisation der Katastropheneinsatzleitung, Mitwirkung von Ämtern, Behörden und Fachdiensten etc. sollten als erste Maßnahmen in Angriff genommen werden. Es sind dies:

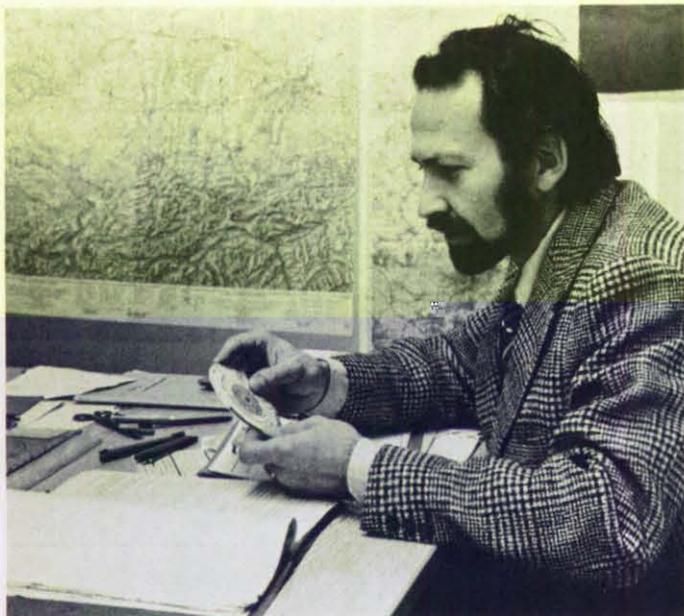
● der **Katastrophenschutzplan**,

- die **Dienstordnung** der Katastropheneinsatzleitung,
- die **Kreisbeschreibung**,
- ein **Zeit- und Stoffplan** für gemeinsame Ausbildungsvorhaben des Katastrophenschutzes (kurz-, mittel- und langfristige Planung),
- eine **Gliederungsübersicht** der Katastrophenschutzeinheiten und Katastro-



Der Katastropheneinsatzleitung kommt mit der Stabsführungsgruppe und der Fernmeldezentrale eine besondere Bedeutung zu. Unser Bild zeigt die Ausbildung von Führungspersonal an einer Katastrophenschutzschule.





Dem Katastropheneinsatzstab ist neben der Fernmeldezentrale noch die ABC-Melde- und Auswertestelle (AMAST) angeschlossen. Die AMAST (unser Bild) untersteht dem Hauptverwaltungsbeamten. Sie informiert ihn sowie den Warndienst über die ABC-Lage.

anzusehen. Ihm unterstehen alle Hilfskräfte im Schadensgebiet und – da er als verlängerter Arm des Landrats eine wichtige Aufgabe zu erfüllen hat –, sind die Weisungen der Katastropheneinsatzleitung wesentliche Grundlagen seiner Führungstätigkeit.

Der Katastropheneinsatzstab arbeitet im **Lagezentrum**, dem die **Fernmeldezentrale** und die **AMAST** (ABC-Melde- und Auswertestelle) angeschlossen ist. Die Stabilität im Lagezentrum kann von kurzer oder langer Dauer sein.

Sie umfaßt die erste Phase unmittelbar nach dem Katastrophenereignis, in der zu prüfen ist, ob der Katastrophenfall eingetreten ist, und endet mit der Aufhebung des Katastrophenalarms. Die Arbeitsabläufe werden jeweils verschieden sein, jedoch sind ihre Hauptinhalte durch die festgelegten Verantwortungsbereiche vorgegeben. Als erstes sollte ein umfassendes Gesamtbild über die Schadenslage entstehen. Hierzu sind Meldungen, Erkundungen und sonstige Mitteilungen erforderlich. Analyse, Bewertung und Entschluß gehören zu den Abläufen der Stabstätigkeit, als deren Abschluß der **Einsatzplan des Einsatzleiters** anzusehen ist. Dieser **Einsatzplan** ist die rechtsverbindliche Anweisung für die Bewältigung des gesamten Katastrophengeschehens.

Die materielle Ausstattung des **Lagezentrums** muß so ausreichend sein, daß die Stabsarbeit im vollen Umfang betrieben werden kann. Bei der Installation von Fernmeldeverbindungen sollte mit Telefonen sparsam umgegangen werden. Zwei bis drei Apparate sind im allgemeinen ausreichend. Ansonsten ist die Fernmeldezentrale – HVB – einzuschalten.

Folgende Ausstattung ist erforderlich:

- eine Lagekarte des Landkreises mit UTM-Gitternetzsystem, Maßstab 1 : 50 000 und eingezeichneten Grenzen und evtl. Nachbarkreisen (auch Karten anderer Maßstäbe können verwendet werden),
- Ortspläne und Kreiskarten,
- taktische Zeichen und Zeichenmaterial zum Eintragen der Schadenslage,
- Übersichten (Tableaus) über die Katastropheneinheiten und Einrichtungen des Landkreises mit Soll- und Ist-Stärken,
- Notbeleuchtung (Petromax-Lampen, Kerzen),
- Notstromaggregat für die Fernmeldezentrale. Ausreichende Fernmeldeverbindungen werden von der Fernmeldezentrale und dem Fernmeldezug hergestellt. Die zur Verfügung stehende Geräteausrüstung wird nur dann optimal genutzt, wenn deren Betrieb durch vollausgebilde-

pheneinrichtungen im Kreis mit Stärkeangabe (personell und materiell).

Der **Katastrophenschutzplan** enthält alle wesentlichen Bestimmungen der Alarmierung, des Zusammentretens und der Arbeitsweise der Katastropheneinsatzleitung und der Katastrophenschutzeinheiten und -einrichtungen. Gliederung der Fachdienste, der Einheiten und Einrichtungen sowie Zuständigkeiten und Aufgaben müssen ebenfalls enthalten sein.

Weisungsbefugnisse, Unterstellungsverhältnisse und Funktionsabläufe der Katastropheneinsatzleitung sollten Inhalt einer **Geschäfts- bzw. Dienstordnung** sein.

Die **Kreisbeschreibung** ergänzt den Katastrophenschutzplan. Sie enthält alle wichtigen Daten des Kreises und dient somit der Einsatzleitung als umfassendes Nachschlagewerk.

Darüber hinaus sollte ein **Plan** für die **Gesamtvorhaben** erarbeitet werden, in dem der Ausbildungsablauf, anderweitige Vorhaben wie Informationstagungen, Ausstellungen bzw. Zusammenkünfte und Besprechungen aufgeführt sind. Eine solche **Gesamtübersicht** läßt erkennen, welche Etappen erreicht wurden bzw. welcher Anstrengungen es noch Bedarf, um ans Ziel aller Bemühungen zu gelangen, nämlich den optimalen Einsatzwert aller Kräfte im Katastrophenschutz zu erreichen und durch ständiges „Inübungbleiben“ auch zu erhalten.

Die **zentrale Führung** durch die Katastropheneinsatzleitung ist nur mit einem ausgewählten Personal möglich, das über eine gute Qualifikation in den zugewiesenen Aufgabengebieten verfügt. Es ist kein Zufall, daß hierbei eine Stabgliederung gewählt wurde, wie sie auch im militärischen Bereich üblich

ist. Ihre Zweckmäßigkeit ist erwiesen und sachlich begründet. Sie sollte daher nicht durch demagogische Bewertung in Frage gestellt werden.

Das Handeln in Notsituationen erfordert zusätzliche menschliche Fähigkeiten, nämlich Besonnenheit, Überblick und Entschlußkraft besonders des Führungspersonals. Diese Anlagen sind bei der Auswahl zu beachten und durch fortlaufende Weiterbildung zu fördern.

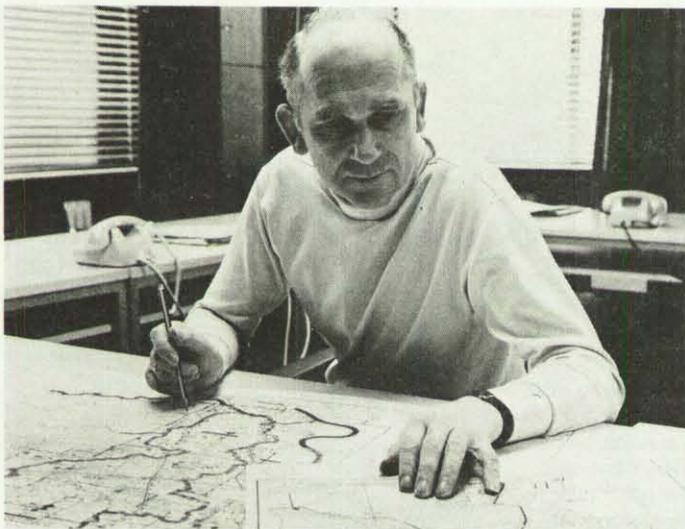
Der Katastrophenstab besteht, wie aus der Anlage zu ersehen ist, aus einer Stabsführungsgruppe mit dem Hauptverwaltungsbeamten (HVB) als Katastropheneinsatzleiter und den Sachbearbeitern S 1 bis S 4. Der Landrat als HVB trägt für den gesamten Einsatz die Verantwortung.

Bei der Stabsführungsgruppe ist darauf zu achten, daß Vertreter bzw. Zweitbesetzungen eingearbeitet werden, die bei Schichtwechsel die Stabstätigkeit ohne Unterbrechung weiterführen können. Für das Sichten, Auswerten und Weitergeben von Meldungen sollte ebenfalls ausgebildetes Hilfspersonal eingesetzt werden.

Je nach der Art des Katastrophenereignisses sind Fachdienste, sowie Vertreter anderer Organisationen und Behörden mit heranzuziehen. Zur ständigen Besetzung gehören die Verbindungsorgane der Polizei und der Bundeswehr, ggf. auch der Stationierungstreitkräfte. Die Mitglieder der Stabsführungsgruppe und die zusätzlichen Führungskräfte unterstützen den Einsatzleiter und ermöglichen dadurch eine schnelle, fachlich fundierte und der Schadenslage voll angepaßte Entschlußfassung, die im „**Einsatzplan**“ ihren Ausdruck findet. Als der ausführende Einsatzleiter am Ort ist der „**Technische Einsatzleiter**“



Die Katastrophenschutzleitung muß ihre Leitungsfunktion beherrschen. Die vorhandenen Kräfte müssen in der Lage sein, bei verschiedenartigen Katastrophen ihren Auftrag zu erfüllen. Ohne wiederholte Übungen wird dieses Ziel nicht erreicht werden.



Je nach der Art des Katastropheneignisses sind Vertreter anderer Organisationen und Behörden – z. B. der Polizei und Bundeswehr – zu beteiligen. Die fachlich fundierte Auswertung aller Fakten erleichtert dem Einsatzleiter die Entscheidungsfassung.



Als der ausführende Einsatzleiter am Ort des Geschehens ist der Technische Einsatzleiter anzusehen. Ihm unterstehen alle Hilfskräfte im Einsatzgebiet. Grundlagen seiner Führungstätigkeit sind die Weisungen der Einsatzleitung.

tes Fernmeldepersonal sichergestellt ist,

- Schreibmaterial, Vordrucke, Meldeformulare,
- Tische, Stühle (nebenan ein kl. Aufenthalts-/Betreuungsraum),
- Kreisbeschreibung, Katastrophen-

schutzplan, Telefonverzeichnisse und einschlägige Unterlagen.

Diese neugeschaffene Organisation der Katastropheneinsatzleitung entsteht nicht von heute auf morgen. Sie kann auch nicht in kurzer Zeit den Einsatzwert erreichen, der den Anforderungen des Katastrophengeschehens adäquat gegen-

überzustellen ist. Richtige Personalauswahl, Vermittlung von Grundkenntnissen und ständige Weiterbildung sind unabdingbare Voraussetzungen, um eine Funktionseinheit zu bilden, die sich mit ihrer Gesamtaufgabe identifiziert. Kenntnisse der Menschenführung und faire Zusammenarbeit sind ebenso notwendig wie fachliches Können und Organisations-talent.

Mit Nachdruck wird auf die Lehrgangsplanung und Lehrgangsbeschickung an KatS-Schulen hingewiesen. Ihre Ausnutzung wirkt sich auf den Ausbildungsstand äußerst positiv aus.

In aller Eindringlichkeit wird davor gewarnt, die Katastropheneinsatzleitung zu einem Gebilde hochstilisieren zu wollen, das der Größe eines Stabes entspricht, der vergleichbar einem NATO-Großverband vorsteht. Auch pseudomoderne Wortschöpfungen wie Führungssystem und Sicherheitsanalyse ändern nichts an dem Tatbestand, daß nur realistische Lagebeurteilungen und der folgerichtige Einsatz der Katastrophenschutzkräfte echten Bevölkerungsschutz bieten.

Eine auf einen längeren Zeitraum abgestellte Ausbildung, deren Lehrinhalte dazu dienen, die volle Einsatzbereitschaft der Katastropheneinsatzleitung zu erreichen, bedarf sorgfältiger Planung und Vorbereitung. Diese **mittel- und langfristige Ausbildung** ist sowohl für die Katastropheneinsatzleitung als auch für die Katastropheneinheiten gemeinsam festzulegen. Angestimmte Zeit- und Stoffpläne werden zu einem Gesamtausbildungsplan führen, der eine systematische und rationelle Ausbildung ermöglicht.

Allgemein ist der Grundsatz zu beachten, vom Einfachen zum Schwierigen fortzuschreiten. Eine methodische Ausbildung sollte folgende Teilgebiete neben der eigentlichen fachgebundenen Ausbildung beinhalten:

- Einweisung in die materielle Ausstattung,
- Vertrautmachen mit „katastropheneigentümlichen“ Begriffen und Tatbeständen (einheitliche Terminologie),
- Durchführung von Lehrplanspielen, Stabsrahmenübungen und gemeinsamen Einsatzübungen von Katastropheneinsatzleitung und Katastropheneinheiten,
- Teilnahme an Lehrgängen für Helfer in allen Funktionen.

Den eigentlichen Höhepunkt eines Ausbildungsabschnittes stellt eine **Katastropheneinsatzübung** dar, bei der alle Kräfte heranzuziehen sind. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß Ausgangslage und Gesamtgeschehen in einem sinnvollen Verhältnis zur Anzahl der Übungsteil-

Ulrike von Gimborn

Die zweite Schneekatastrophe im Norden der Bundesrepublik:

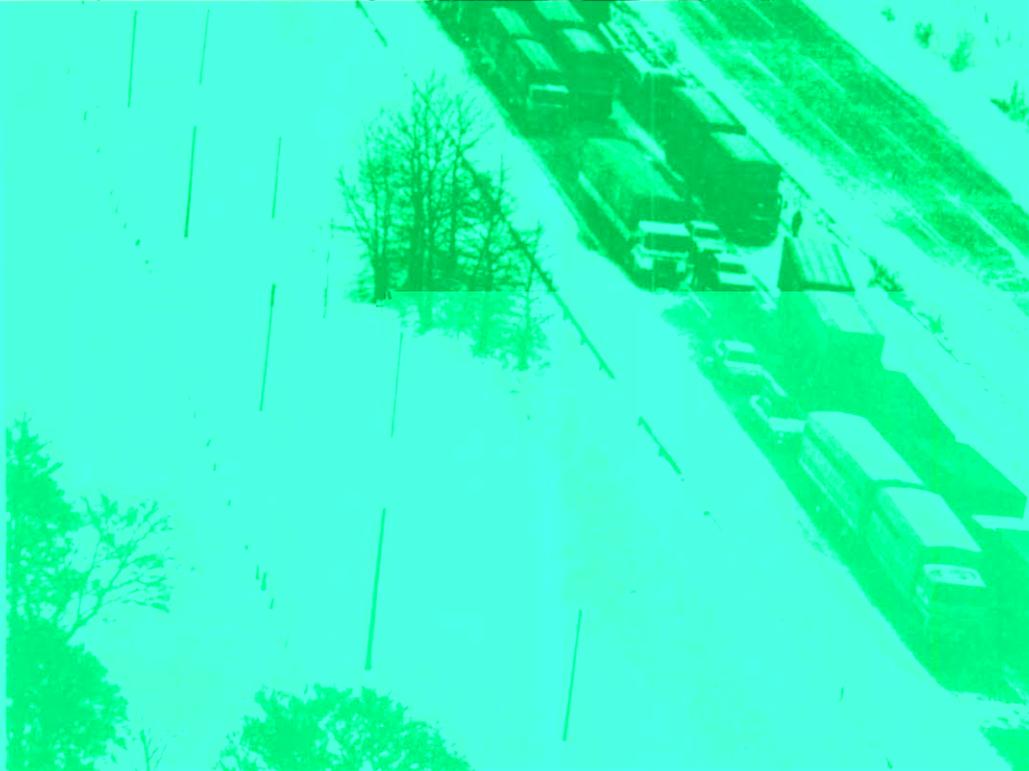
„Schnell, planvoll und wirksam gehandelt“

Alarmierung erfolgte früher als im Januar – Versorgung funktionierte besser –
Dezentrale Katastrophenabwehr bewährte sich





Gelegentliche und örtlich begrenzte Engpässe gab es bei der Versorgung der Bevölkerung mit frischen Lebensmitteln und Heizöl. Brot und Molkereiprodukte wurden mancherorts knapp, zahlreiche kleinere Bäckereibetriebe mußten die Produktion ‚mangels Masse‘ vorübergehend einstellen. Vor Bäckereien und Milchläden bildeten sich sogar Schlangen. Auch die Versorgung landwirtschaftlicher Großbetriebe mit Viehfutter gestaltete sich zum Teil etwas schwierig.



In Dreierreihen stauten sich auf der BAB Hannover-Hamburg die liegengebliebenen Lkw und Pkw. (Luftbild freigegeben durch das Luftamt Hamburg, Nr. 8006/79)

insgesamt über 1100 Fahrzeuge. Über 500 davon stellte die Straßenbauverwaltung (350 Schneepflüge, 39 Schneefrasen, Räupenlader und Lastwagen), die Bundeswehr über 600 Raumgeräte (70 Feldarbeitsgeräte, 34 Bergpanzer, 20 Kampfpanzer, Schneefrasen, Pflüge usw.). Außerdem standen 25 Hubschrauber der Bundeswehr und 15 vom Bundesgrenzschutz bereit. Welches Ausmaß die neuerlichen Schneestürme hatten, ist in südlicheren Breiten, die vom Winter nicht so hart betroffen wurden, kaum vorstellbar. Auf der steinharten

Altschneedecke bildeten sich teilweise regelrechte Schneedünen, in einer Gesamthöhe um die acht Meter. Dies setzte sogar die Benutzung einer bayerischen Schneefrase in schauderndes Erstaunen. So etwas hatten sie – die Wintererprobten – noch nie gesehen und erlebt. Trotz der unüberwindbar erscheinenden Umstände konnte das Fahrverbot nach und nach ab Sonntag wieder aufgehoben werden. Glücklicherweise wird auch die Stromversorgung bei weitem nicht so empfindlich gestört wie im Januar, als in Schleswig-Holstein über 80

Ortschaften teilweise tagelang von der Stromversorgung abgeschnitten waren. Mitarbeiter der Elektrizitätsgesellschaft ‚Schleswig‘ konnten mit tatkräftiger Hilfe der Bundeswehr kleinere Schäden in kurze reparieren. Und ausgerechnet ein Schaden an einer verkabelten Leitung machte große Schwierigkeiten – die Instandsetzung erwies sich als äußerst mühselig und zeitaufwendig. Man sieht, daß eben auch verkabelte Leitungen, deren Einrichtung nach der Januar-Katastrophe immer wieder gefordert wurde, im Zweifelstall nicht der Weisheit letzter Schluß sind.

Doch mit Hilfe der eingesetzten Hubschrauber und Fahrzeuge, die teilweise nur im Konvoi zu den einzelnen Gehöften kamen, konnte auch hier bald Abhilfe geschaffen werden. Der Krankentransportdienst funktionierte.

Empfindlich gestört wurde der Schiffsverkehr durch den anhaltenden Frost und den Oststurm. Durch letzteren kam es zu einer mittelschweren Sturmflut mit Höchstwasserständen von knapp zwei Metern über normal, was Überschwemmungen an der Kieler Förde und der Lübecker Bucht zur Folge hatte.

Aber Glück im Unglück: Durch die mehrere hundert Meter breite Eisbarriere vor der Küste wurden die Wellen stark gedämpft, daß an den Küsten – soweit bisher zu übersehen – keine weiteren wesentlichen Schäden entstanden. In der Strander Bucht lagen zeitweise 80 bis 90 Schiffe fest, die erst mit Hilfe von Eisbrechern im Konvoi herausgeführt werden konnten.

Um den 20. Februar steckten an die 30 Schiffe in der Kieler Förde im Eis. Als wahre Sisyphus-Arbeit erwies sich das Bemühen, die Zufahrt vom und zum Nord-Ostsee-Kanal offen zu halten. Dazu wurden sechs Eisbrecher eingesetzt. Der Fahrverkehr lief mit entsprechenden Behinderungen.

Gleiches gilt für den Bahnverkehr. Zwar gelang es der Bundesbahn unter Einsatz von Schneefrasen, die überwiegend aus anderen Bun-



Durch die Schneeglätte auf den Straßen kam es wiederholt zu Unfällen. Unser Bild zeigt einen verunglückten Lkw auf der Autobahn bei Hannover.

Bedingt durch die Schneeverwehungen mußte der Transitverkehr durch die DDR ab dem Grenzübergang Lauenburg vorübergehend eingestellt werden.



Links: Schneeräumfahrzeuge aus allen Teilen der Bundesrepublik wurden eingesetzt, um die Straßen möglichst schnell wieder befahrbar zu machen. Unser Bild zeigt ein Fahrzeug aus Köln bei der Räumung der BAB Hamburg-Lübeck. – Rechts: Durch den unermüdlichen Einsatz der Schneeräumer konnte bereits nach fünf Tagen das Fahrverbot aufgehoben werden.

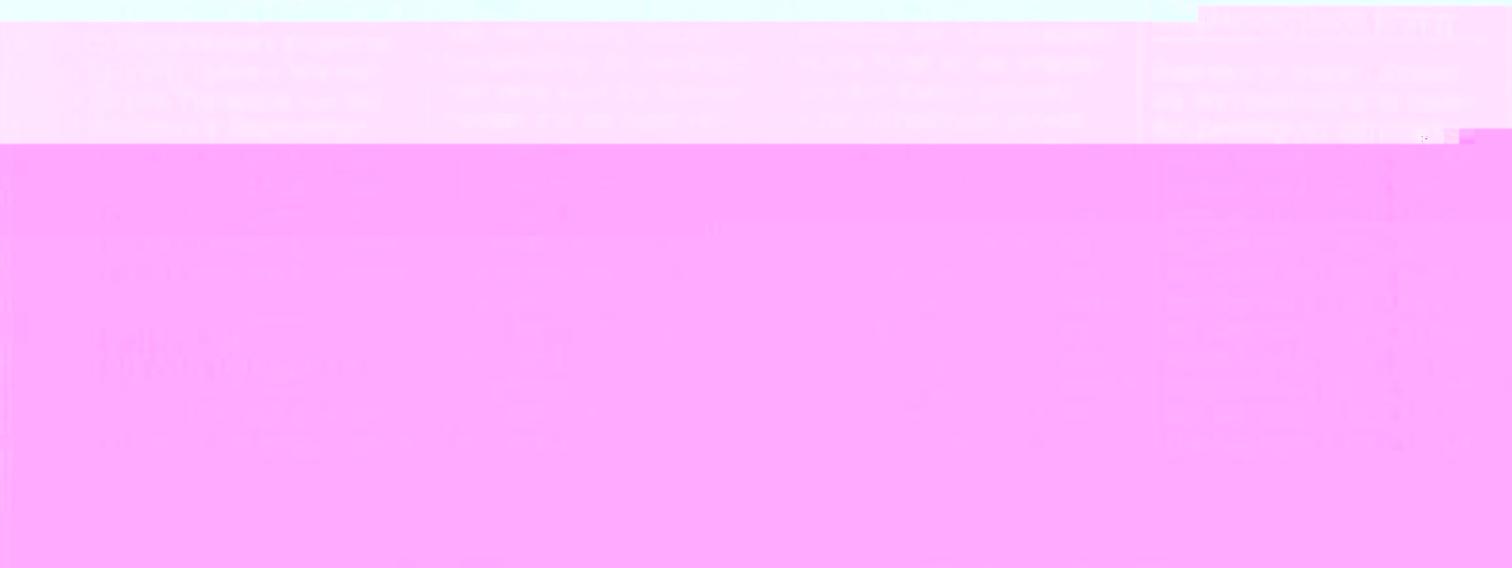
desländern „ausgeborgt“ waren, der Schneeverwehungen einigermaßen Herr zu werden und dadurch den Verkehr auf den meisten Hauptstrecken weiterzuführen, doch kam es natürlich zu erheblichen Verspätungen – den regulären Fahrplan konnte man vorübergehend vergessen. Ab 19. Februar begann sich der Verkehr langsam zu normalisieren. Daß diese zweite Schneekatastrophe relativ glimpflich verlief, ist nicht zuletzt den rund 25 000 freiwilligen und hauptamtlichen Helfern aller mit dem Katastrophenschutz

befaßten Organisationen zu danken, was die Landesregierung entsprechend anerkannte.

Ähnlich wie in Schleswig-Holstein entwickelte sich die Lage in Niedersachsen. Die Landkreise Friesland, Varel und Wilhelmshaven waren zeitweise völlig von der Umwelt abgeschnitten. Es bestand weder Straßen- noch Schienenverbindung. Im Laufe des 14. Februar lösten 19 Landkreise und kreisfreie Städte Katastrophenalarm aus, der in Friesland noch über den 19. Februar hinaus aufrecht erhalten werden

mußte. Es gab Stromausfälle, die aber in kurzer Zeit behoben werden konnten, so daß keine größeren Schäden entstanden. Über 10 000 Helfer, darunter auch Soldaten der alliierten Streitkräfte, rückten mit knapp 3 000 Fahrzeugen der Katastrophe zu Leibe, allein die Bundeswehr stellte 340 Fahrzeuge – davon 158 Panzer und Kettenfahrzeuge – zur Verfügung. 35 Hubschrauber flogen – wie die Witterungsverhältnisse es zuließen – pausenlos Einsätze. Große Mühen bereiteten den Helfern die Bergung eingeschneiter, auf den Straßen

liegendegebliebener Pkw. Auf der Autobahn A 7 mußten mehrere hundert Reisende die Nacht in ihren Wagen verbringen. Große Sorge hatten die verantwortlichen Einsatzstäbe, als sie erfuhren, daß in dem Stau auf der Autobahn sich auch ein Bus mit 28 spastisch gelähmten Kindern und in einem Pkw ein schnellstens zu behandelndes, nierenkrankes Kind befanden. Alle konnten wohlbehalten geborgen werden. Auch die Fahrgäste eines im Schnee steckengebliebenen Zuges bei Wilhelmshaven und eines zwischen Stade



rung des Katastrophenschutzes geeignet ist. Da heißt es u. a.: „Voraussetzung für eine wirksame Aufgabenerfüllung durch die unteren Katastrophenschutzbehörden ist das Bestehen eines sicheren Kommunikationssystems zu den Kommunen, den Einsatzkräften und dem Land. Die aufgrund des Rettungsdienstgesetzes in den Kreisen eingerichteten Rettungsleitstellen haben dabei wertvolle Dienste als Funkzentralen geleistet. Positiv hat sich ferner die in den letzten Jahren . . . durchgeführte Ausstattung der Katastrophenschutz-einheiten mit Funkgerät ausgewirkt. Hier sind Verbesserungen notwendig und möglich.“

Zur Bedeutung des öffentlichen Fernsprechnetzes sagte Stoltenberg: „Es ist besonders für die betroffenen Bürger unersetzlich. Hier sind erhebliche Störungen aufgetreten. Von den 30 Ortsvermittlungsstellen des Fernmeldeamtes Flensburg fielen sieben aus. Nach Darstellung der Bundespost konnten 31 000 Hauptanschlüsse im Raum Schleswig-Flensburg zeitweise nur noch angewählt werden . . . Diese Ausfälle waren für viele eingeschlossene, insbesondere alte und kranke Menschen bedrohlich. Die Landesregierung wird deshalb mit der

Räumkommandos der Bundesbahn hatten alle Hände voll zu tun, zugewehrte Weichen – wie hier im Hauptbahnhof von Hannover – freizuschau-feln.



Viele abgelegene Gehöfte, hier im Kreis Rendsburg-Eckernförde, waren tagelang von der Außenwelt abgeschnitten. (Luftbild freigegeben durch das Luftamt Hamburg, Nr. 8006/79).



Zahlreiche Dörfer konnten nur noch zu Fuß erreicht werden.

Bundespräsidenten Gespräche führen, um die Versorgung der Bevölkerung so sicher wie möglich zu machen.“

Weiter forderte der Ministerpräsident, daß neben Heimatpresse und Hörfunk, in der Bevölkerung, auch bei der zweiten Schneekatastrophe die Bevölkerung über die Möglichkeiten der



stürme nicht alltäglich sind. „Hier stellt sich deshalb die Frage, in welchem Umfang terraes Material für solche Ereignisse vorrätig sein kann, zumal dieses Material in der Zeit technischer

setzt, die unter Beteiligung der Energiewirtschaft, der Verbraucherseite, der Wissenschaft und unter Auswertung auch ausländischer Erfahrungen prüfen soll, welche Verbesserungen möglich sind. Dabei wird auch die Frage einzubeziehen sein, ob durch eine weitere Verkabellung des Leitungssystems zusätzliche Sicherheiten für die Verbraucher tragbaren Konditionen geschaffen werden kann. Wir gehen schon heute davon aus, daß bei den Überlandleitungen zu vertretbaren Kosten die Anfälligkeit gegen Naturkatastrophen verringert werden kann. Die Ereignisse haben ferner gezeigt, daß die noch auf Flüssiggas basierende Gasversorgung in einigen Gemeinden des Landesteiles Schleswig besonders störanfällig ist. Deshalb muß auch das Erdgastransportsystem im Lande ausgebaut werden, und zwar schnell. Ich werde mich deshalb bei der für Mitte Februar angesetzten Besprechung der Ministerpräsidenten der Länder mit dem Bundeskanzler dafür einsetzen, das geplante Bund-Länder-Programm zum Ausbau regionaler Erdgastransportleitungen nach Möglichkeit noch 1979 zum Tragen zu bringen."

Finanzspritzen

Eine Beteiligung des Bundes an der durch die Schneekatastrophe verursachten Schäden war ein weiterer Punkt der Regierungserklärung. „Wir erwarten, daß sich der Bund an den Beihilfenaufwendungen des Landes beteiligt. Fernschriftlich und in einer persönlichen Unterredung habe ich den Bundeskanzler um eine baldige Entscheidung der Bundesregierung gebeten. Im Nachtragshaushalt sind Leertitel für eine Beteiligung des Bundes vorgesehen. Als erste Maßnahme habe die Landesregierung mit der Vorlage des Nachtragshaushaltes in Gesamthöhe von 55,8 Millionen Mark (der aber dann vom Landtag auf 59,8 Millionen erhöht wurde) ihre Entschlossenheit bekräftigt,



Ein Frachtschiff bahnt sich den Weg durch das Eis des Nord-Ostsee-Kanals.



An die 30 Schiffe lagen in der Kieler Bucht fest.



- die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die eine Broschüre „Vorsorge für Katastrophenfälle“ erstellen soll. Dabei müssen folgende Punkte besonders angesprochen werden:
- ein begrenzter Vorrat an Lebensmitteln, Trinkwasser und Arzneimitteln;
- die sorgfältige Prüfung der Frage, welche privaten Vorkehrungen in Haushalten bei Ausfall von Heizung und Beleuchtung getroffen werden können.

Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein schließlich würdigte den Einsatz der gesamten Helferschaft nach der erneuten Katastrophe. Man habe schnell, planvoll und wirksam gehandelt:

- Es gebe zur dezentralen Katastrophenabwehr keine vernünftige Alternative;
- es habe sich bewährt, daß rund 1400 Orts- und Gemeindefeuerwehren einsatztaktisch

Oben: Zu Überschwemmungen durch die Sturmflut kam es an der Ostseeküste. Unser Bild zeigt das Hochwasser im Untertrave-Gebiet von Lübeck. – Unten: Als endlich Tauwetter eintrat, kam es auch zu Überflutungen der Straßen, wie hier auf der Bundesstraße 443 bei Hannover.

den Betroffenen – soweit dies möglich ist – schnell und unbürokratisch zu helfen. Es gebe steuerliche Vergünstigungen und Hilfen. Demnach werden Beihilfen gewährt für Schäden an Wohnungen und Gebäuden, in gewerblichen Betrieben, bei der Land- und Forstwirtschaft.

Bei der Modifizierung der Hilfen habe man auf die Erfahrungen zurückgegriffen, die bei der Sturmflut 1976 gesammelt worden sind.

Für die Wiederherstellung der Küstenschutzanlagen müsse man nach den vorliegenden Schätzungen rund zehn Millionen Mark ausgeben, wobei es die Landesregierung für notwendig hält, den betroffenen Trägern der Anlagen – also den Gemeindeverbänden bzw. Wasser- und Bodenverbänden – für die Beseitigung der Schäden den vollen Betrag zur Verfügung zu stellen. Weitere Gelder, die in ihrer Gesamtsumme die genannten 55,8 Millionen bei weitem überschreiten, werden erforderlich sein, um kommunale Anlagen,

Strände, die Infrastruktur des Fremdenverkehrs und das Staßennetz instandzusetzen.“

Hilfe zur Selbsthilfe

„Schließlich schlagen wir vor, den freiwilligen Hilfsorganisationen für Ersatzbeschaffungen Mittel in Höhe von einer Million Mark zur Verfügung zu stellen, die durch den Einsatz bei der Schneekatastrophe notwendig geworden sind.“ Im Nachtragshaushalt seien aber keine Beträge für den Einsatz der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes veranschlagt worden, da man hoffe, daß auf die Kostenerstattung seitens des Bundesverteidigungsministeriums – ebenfalls wie nach der Sturmflut von 1976 – verzichtet wird.

Basierend auf dem Gedanken, daß ein absoluter Schutz durch den Staat für alle erdenklichen Gefahrenlagen nicht möglich ist und die Bevölkerung auch die Verpflichtung hat, sich soweit wie



möglich selbst zu schützen und dem Nächsten zu helfen – was ja bei beiden Schneekatastrophen zumindest auf dem Sektor Nachbarschaftshilfe oftmals geschah – kam Stoltenberg zu dem Schluß, daß der Staat in punkto Selbstversorgung nur Hilfe zur Selbsthilfe leisten könne. Dazu gehöre und sei bereits eingeleitet worden:

- durch steuerliche Hilfen die Anschaffung von Notstromaggregaten zu erleichtern;

selbständig zur Verfügung gestanden haben;

- die Sicherheit der Stromversorgung im Katastrophenfall bleibe weiter ein vordringliches Problem;
- die vom Landtag beschlossenen Verbesserungen des Katastrophenschutzes müßten weiter so rasch wie möglich in die Tat umgesetzt werden.

Vor allem rasch. Und das nicht nur in Schleswig-Holstein.

Ulrich Weidner

Auf den Spuren des Erdbebens vom 3. September 1978

In Albstadt ist noch immer viel zu tun

BMI-Staatssekretär Dr. Fröhlich informierte sich über die materielle Ausstattung des THW



Auch über sechs Monate nach dem schweren Erdbeben, das am 3. September 1978 den Zollerngraben erschütterte, sind in Albstadt noch immer Schäden sichtbar. Einige der Häuser müssen noch abgerissen werden oder wurden in den letzten Wochen bereits abgerissen. Unser Bild entstand im Ortsteil Tailfingen, das von dem Beben besonders schwer betroffen war.

Auch wenn eine Katastrophe längst aus den Schlagzeilen der Presse verdrängt worden ist, wirkt sie für die Betroffenen weiter nach – das gilt nicht nur für Ereignisse irgendwo auf der Welt, sondern auch in unserem Land, also mitten in Europa. Ein aktuelles Beispiel: Am 3. September 1978, 6.08 Uhr, erschütterte ein Erdbeben der Stärke 5,6 bis 6 das Gebiet des sogenannten „Zollerngrabens“ in Baden-Württemberg; besonders schwer betroffen wurden weite Teile Albstadts, der größten Stadt des Zollernalbkreises (vgl. ZS-MAGAZIN 9/78, Seite 9). Die endgültige Schadenshöhe dieses Bebens, das glücklicherweise keine Menschenleben forderte, liegt heute, über ein halbes Jahr später, immer noch nicht vor.

Oberbürgermeister Pfarr, der jetzt den Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Dr. Siegfried Fröhlich, auf einer Rundfahrt durch seine Stadt begleitete, berichtete von 7800 angemeldeten Ge-

bäudeschäden allein in Albstadt, etwa 10 000 im ganzen Kreis. 375 Versicherungsfälle an Hausrat wurden gezählt, aber viele kleinere Schäden sind gar nicht gemeldet worden. Die Spuren der Katastrophe sind noch auf Schritt und Tritt sichtbar: tiefe Risse an vielen Gebäuden, Dutzende von Häusern sind nach wie vor abgestützt, einige stehen verlassen und unbeohnt, frische Lücken zeigen an, wo eben gerade einsturzgefährdete Häuser abgerissen wurden. Besonders im Ortsteil Tailfingen trifft man auf solche noch sichtbaren Zeichen der Katastrophe, hauptsächlich in Mitleidenschaft gezogen wurden Gebäude aus den zwanziger und dreißiger Jahren, aber auch neuere Fabrikbauten aus den sechziger Jahren weisen schwere Beschädigungen auf.

Besucher sogar aus Japan

Albstadt, 1975 aus einem Dutzend Gemeinden entstanden, beherbergt viel Industrie,

vor allem Strick- und Wirkwarenproduktion und Maschinenfabriken für diesen Bereich. Wie die Begleiter des Bonner Staatssekretärs, neben Oberbürgermeister Pfarr der Erste Bürgermeister, Schmid, Ltd. Reg.-Dir. Haas als Vertreter des Landrates, der Kreis- und Ortsbeauftragte des THW, Schweizer, sein Stellvertreter Schairer sowie THW-Geschäftsführer Stähle, berichten, ist Albstadt auch heute noch das Ziel vieler Besucher aus Europa und vor allem aus Japan: Man interessiert sich sehr dafür, welche Auswirkungen ein derartiges Erdbeben auf eine dichtbesiedelte und hochindustrialisierte Region hat. Das ist verständlich, denn die meisten Erdbeben ereigneten sich bisher in relativ unterentwickelten Gebieten. Oberbürgermeister Pfarr stellt einen Erfahrungsbericht über die Abwicklung der Schäden in Aussicht, eventuell auch eine Ausarbeitung über die nachträgliche bauliche Sicherung bestehender Gebäude gegen Erdbeben. Der Zollern-

graben gehört bekanntlich zu den wenigen, relativ erdbebengefährdeten Gebieten der Bundesrepublik. Eine Besonderheit übrigens: Baden-Württemberg ist das einzige Land, das eine Versicherungspflicht gegen Erdbebenschäden kennt.

Erfreulich war zu hören, daß die Albstädter mit dem Hilfseinsatz nach der Katastrophe sehr zufrieden gewesen sind. Durchschnittlich 1000 Helfer waren eine Woche lang im Einsatz, um die größten Gefahren zu bannen. Weil die Baufirmen im weiten Umkreis natürlich völlig überlastet waren, zog die Bundeswehr hundert Soldaten – von Hause aus Bauhandwerker – zur Unterstützung der Baufirmen zusammen. Hauptsächlich Hauskamine wurden von diesen Helfern instandgesetzt, damit zu Beginn der Heizperiode niemand zu frieren brauchte.

Lücken im Funknetz

Staatssekretär Dr. Fröhlich sah sich bei dieser Gelegenheit auch die Unterkunft des THW Albstadt im Ortsteil Ebingen an, die nach den berechtigten Wünschen des THW bald durch einen Neubau ersetzt werden soll. Die Stadt hat bereits ein Grundstück dafür angeboten. Die Führungskräfte des THW-Ortsverbandes haben aber noch weitere Sorgen: Es fehlen Funkgeräte, Funkalarmempfänger, um das THW demnächst an die Alarmzentrale der Feuerwehr in Balingen anzuschließen. THW-Direktor Dipl.-Ing. Ahrens betonte hierzu, daß gerade auf dem Funksektor beim THW ein „riesiger Nachholbedarf“ bestehe. THW-Landesbeauftragter Schneider erläuterte, durch Beiträge der Fördervereine

Uwe Woltemath, THW
Günter Tonne, BFW

Wie nach einem Bombenangriff

Schwerste Explosionskatastrophe seit Kriegsende forderte in Bremen 14 Todesopfer –
Feuerwehr und THW rund um die Uhr im Einsatz

Eine gewaltige Explosion, die noch in rund 15 Kilometern Entfernung verspürt wurde, zerstörte in den späten Abendstunden des 6. Februar auf einer Fläche von rund 40 000 Quadratmetern mehr als 50 Prozent der Produktionsanlagen der Roland-Mühle an der Emders Straße im Bremer Holz- und Fabrikhafen. Unter meterhohen Schuttbergen wurden 14 Menschen verschüttet, von denen bis 13. Februar sieben tot geborgen werden konnten. Den nach drei Minuten eintreffenden Feuerwehrleuten – die Wache ist nur 500 m von der Unglücksstelle entfernt – und den THW-Helfern, die bereits eine halbe Stunde nach der schwersten Explosionskatastrophe in der Nachkriegsgeschichte der Hansestadt an der Unglücksstätte eintrafen, bot sich ein Bild der Verwüstung: Durch die Luft gewirbelte Betonklötze, eingestürzte Hallenwände, verbeulte Garagentore, abgeknickte Stahlträger und eingedrückte Fenster zeugten im Morgenrauen des folgenden Tages, nachdem das zunächst mit unbeschreiblicher Vehemenz tobende Feuer gelöscht worden war, stumm davon, welche Gewalt durch die Mehlstaubexplosion – so vermuten die Experten der Bremer Berufsfeuerwehr –, freigesetzt wurde.

Wie der Bremer Innensenator Helmut Fröhlich während einer Pressekonferenz am Vormittag des 7. Februar, rund vierzehn Stunden nach dem Unglück erläuterte, ist die Feuerwehr am Dienstagabend gegen 21.24 Uhr von Passanten benachrichtigt worden. In den Stunden danach überschlugen sich nach seinen Ausführungen die Ereignisse. Schreckensmeldungen, die von 50 bis 60 Verschütteten sprachen, geisterten durch die Einsatzzentrale. Zunächst wußte nämlich niemand genau zu sagen, wieviel Personen sich zum Zeitpunkt der Explosion tatsächlich in den Gebäuden der Roland-Mühle aufgehalten hatten.

Bei Ausbruch war in der Mühle gerade Schichtwechsel und zu allem Unglück verbrannten alle Unterlagen über die Beschäftigten im ebenfalls völlig zerstörten Verwaltungsgebäude. Erst über Lohnlisten bei der Bank gelang es, ein ungefähres Bild zu zeichnen, festzustellen nach wieviel Mitarbeitern man noch in den Trümmern zu suchen hatte.



Eine schwere Mehlstaubexplosion, die nach offiziellen Angaben die Wirkung einer Explosion von ca. 20 Tonnen Sprengstoff hatte, legte am 6. Februar die Roland-Mühle im Bremer Holz- und Fabrikhafen in Schutt und Asche.



Durch die Wucht der Explosion und das rasch um sich greifende Feuer wurden mehrere Gebäude völlig zerstört, darunter die Mühle, ein über 30 m hoher Getreidesilo und ein Speditionsgebäude. Zahlreiche umliegende Häuser wurden schwer beschädigt.

Im Laufe des ersten Tages nach der Katastrophe wurden vier Tote von Helfern des Technischen Hilfswerkes geborgen. Insgesamt 17 Verletzte, darunter fünf Personen mit schwersten Verletzungen, mußten von den Rettungswagen der Feuerwehr, des DRK und des ASB in Krankenhäuser gebracht werden. Allein der Sachschaden beläuft sich auf rund 50 Millionen Mark.

Die Löscharbeiten in der ersten Nacht wurden durch starke Rauchentwicklung und Nebelbildung behindert. Trotz des Einsatzes zahlreicher großer Scheinwerfer habe die Sichtweite oft nur 20 m und weniger betragen, wie Innensenator Fröhlich, der sofort zur Unglücksstelle an der Emdor Straße geeilt war, am nächsten Tag vor Journalisten sagte. Erschwerend sei hinzugekommen, daß

das Löschwasser aufgrund der herrschenden eisigen Kälte sofort gefror und Glatteisbildung den Rettungsmannschaften erheblich zu schaffen machte. In der Nacht mußte man mehrfach ausgesprochen kritische Situationen durchstehen. Dazu Innensenator Fröhlich: „Durch Brandnester im rund 40 Meter hohen Mehlsilo bestand mehrfach akute Explosionsgefahr, die zum Glück immer wieder abgewendet werden konnte.“

Bange Ungewißheit bestand lange Zeit darüber, wieviel Personen sich zur Zeit der Explosion in der Wohnung des Hausmeister-Ehepaares der Roland-Mühle, die sich im dritten Stock des völlig vernichteten Verwaltungsgebäudes befunden hat, aufgehalten hatten. Erste Informationen, die bei der Polizei eingegangen waren, lauteten, daß in der Wohnung am Unglücksabend ein Treffen älterer Bürger habe stattfinden sollen. Ein Anrufer wollte sogar davon wissen, daß eine Geburtstagsfeier mit 50 geladenen Gästen geplant gewesen sei. Die Ermittlungen entkräfteten glücklicherweise diese Befürchtungen.

Die Gäste hatten die Wohnung bereits wieder verlassen, als das verheerende Unglück seinen Lauf nahm. Bis zur Stunde wird noch die Frau des Hausmeisters vermißt. Tot geborgen wurden ihr Mann und die zu Besuch weilende Tochter sowie deren Freund.

Wie der Leiter der Bremer Berufsfeuerwehr, Leitender Branddirektor Jörn Braun, vor der Presse erklärte, sei bei Alarm gegen 21.24 Uhr sofort die Berufsfeuerwehr mit 133 Beamten in Richtung Hafen-Roland-Mühle ausgerückt. Die personalmäßig entblöbten Wachen wurden mit freihabenden Beamten, die eilends alarmiert wurden, und vier Freiwilligen Feuerwehren besetzt, so daß keine Versorgungslücken entstehen konnten.



Mitarbeiter der Feuerwehr und des THW bei der Suche nach Verschütteten. Im Laufe des ersten Tages nach der Katastrophe wurden vier Tote von Helfern des Technischen Hilfswerkes geborgen. 17 Verletzte wurden von Rettungswagen der FW, des DRK und des ASB in Krankenhäuser gebracht.



damit die Bergungsmannschaften besseren Zugang hatten.

Die Feuerwehr hatte für die Brandbekämpfung eingesetzt: Acht Wasserwerfer, acht B- sowie vier C-Rohre, die zusammen pro Minute rund 20 000 Liter Wasser aufs lodernde Feuer spritzten. Wie Dr. Horst Köster, Chemiker der Bremer Berufsfeuerwehr, in der Pressekonferenz anhand eines kleinen Versuchsbeispiels demonstrierte, können bereits geringe Mengen zu Staub gemahlener organischer Stoffe wie Mehl bei Entzündung durch einen Funken oder eine offene Flamme mit gewaltiger Kraft verpuffen oder explodieren. Die Mehlstaubexplosion in der Roland-Mühle hat nach seinen Berechnungen die gleiche Wirkung gehabt wie etwa 20 Tonnen des herkömmlichen Sprengstoffes TNT. Das bedeutet, daß es in einem Radius von rund 50 Metern allein wegen des enormen Drucks theoretisch keine Überlebenden geben konnte. Auch bei strengster Handhabung der Vorschriften lasse sich, so war von den Feuerwehr-Fachleuten zu hören, in einer Mühe nicht verhindern, daß sich Staubansammlungen bildeten, die gefährliche Folgen haben können.

Zum Einsatz des THW: Daß sich die Helfer des Technischen Hilfswerks, zunächst sieben Mann mit einem Gerätekraftwagen, bereits so kurze Zeit nach Bekanntwerden des Unglücks im Einsatz befanden, um zu helfen, ist übrigens auf einen glücklichen Umstand zurückzuführen, den Helmut Böhne, zuständiger Ortsbeauftragter für diesen THW-Einsatz, folgendermaßen beschreibt: „Einer unserer Helfer aus dem Ortsverband Bremen-West ist Fahrer bei der Bremer Straßenbahn AG und hatte über den Funkverkehr mitgehört, daß bei der Roland-Mühle ein schweres Unglück geschehen sei. Unverzüglich informierte er unseren Ortsverband, in dem zu die-

hervorragend funktionierenden „internen“ Informationsdienstes reibungslos an. Innerhalb weniger Minuten war man am Unglücksort. Am 7. Februar morgens um 6.00 Uhr wurden die Helfer der ersten Stunde durch 40 Mann aus dem Ortsverband Bremen-West abgelöst. Das THW war mit dem Ausleuchten der Schadensstelle und der Bergung Verletzter und Toter betraut. Nachdem

der Bergepanzer der Bundeswehr eine vom Einsturz bedrohte Verbindungsbrücke der Mühle eingerissen hatte, sorgten die Helfer darüber hinaus für den Durchbruch der schweren Stahl-Beton-Konstruktion. Dabei wurden unter anderem die Sauerstoffanlage und mehrere Preßluftschlämmer eingesetzt. Auch im nur teilweise zerstörten Kellertrakt des Verwaltungsgebäudes nahm man



Die Art der Vertrümmerung läßt die Wucht der Explosion erkennen. Klarheit über die Zahl der Personen, die zum Zeitpunkt der Explosion in der Mühle waren, konnte sich die Polizei erst viele Stunden später verschaffen.



des Roland-Mühlen-Unglücks bestätigte und um Unterstützung bat. Der nächste Anruf des Ortsbeauftragten galt dem Landesbeauftragten Dr. Dölber, der seinerseits Kontakt mit dem stv. Leiter der Feuerwehr, Dr. Köster, aufnahm. Dr. Köster telefonierte zwischenzeitlich bereits mit Senatsdirektor Dr. Kahrs, so daß eine telefonische Koordination gegeben war.

Helmut Böhne schickte zunächst den besagten Gerätewagen mit sieben Mann zur Emdter Straße, die bis 23.00 Uhr um zwei Bergungszüge, genau gesagt 56 Mann, aus Bremen-West verstärkt wurden. Der Einsatz rollte dank dieses



Suchtrupp des Technischen Hilfswerkes bei der Arbeit. Es war einem glücklichen Umstand zu verdanken, daß die THW-Helfer innerhalb weniger Minuten am Unglücksort sein konnten. Außer mit der Bergung war das THW auch mit dem Ausleuchten der Unglücksstelle betraut.

Durchbrucharbeiten vor, um zu den Stellen vorzudringen, an denen man noch Verschüttete vermutete. Am Abend löste

der THW-Ortsverband Vegesack ab. Von nun an waren rund 90 Helfer entweder im Einsatz oder in Bereitschaft, um

jeweils kurzfristig ablösen zu können, was aufgrund der Kälte unbedingt erforderlich war. Um 6.00 Uhr früh am 8. Februar übernahm der THW-Ortsverband Neustadt mit zwei Zügen. In den Abendstunden reduzierte das Technische Hilfswerk nach Absprache mit der Einsatzleitung der Feuerwehr seine Stärke auf ca. 20 Helfer. Am 12. Februar, sechs Tage nach der Katastrophe, verringerte man abermals, so daß danach noch 12 Helfer jeweils pro 8-Stunden-Schicht an der Bergung mitwirkten bzw. in der Unterkunft das Gerät aufklärten. Insgesamt waren über 300 Bremer THW-Helfer im Einsatz, die sich hervorragend bewahrt haben. Allerdings ließ sich auch am 13. Februar noch nicht absehen, wann die Arbeit des THW beendet sein wird. „Dazu DF Döbber: „Wir haben den Auftrag, so lange zu bleiben, bis der letzte Verschüttete geborgen ist. Fremdfirmen besorgen das Abtragen der Geröllmassen, und wir suchen weiter.“ Seit dem 13. Februar ist es vorläufig:

verantwortlich für die nächtliche Ausleuchtung der Unglücksstelle.“

Dieser Einsatz hat u. a. wieder einmal bewiesen, daß eine Eigenversorgung mit warmem Essen und Getränken, die angesichts der Minusgrade nicht ins Stocken geraten durfte, immer noch die beste ist. In den verschiedenen THW-Ortsverbänden hatten die Verpflegungstrupps die Feldkochherde in Betrieb genommen, was ausgezeichnet klappte.

Der künftige Landesbeauftragte für Bremen, Dipl.-Ing. Dirk Göbel, der sich in diesen Tagen in der Hansestadt aufhielt, informierte sich „vor Ort“ über den Einsatz an der Roland-Mühle und ließ sich von Helfern genau darüber berichten, welche Maßnahmen im einzelnen getroffen worden waren.

Dieser Einsatz bewies wiederum die hervorragende Zusammenarbeit des THW mit der BFW, den senatorischen Dienststellen und den am Einsatz beteiligten Hilfsorganisationen.

Ein älterer Anwohner, der nach der Explosion an die Unglücksstelle geeilt war, um Hilfe zu leisten, beschrieb den Eindruck, den er gewonnen hatte und den viele mit ihm teilten, so: „Das ist ja schlimmer als im Krieg! Wer das Bild der Zerstörung an der Roland-Mühle gesehen hat, wird ihm sicherlich beigepflichten, denn es ist – auf dem kleinen Raum bezogen – nicht übertrieben, wenn man vor den anfänglich geschilderten 10 Meter hohen Trümmerbergen steht. Leider mußte wegen der Bremer erfassenden Schneekatastrophe am Abend des 13. Februar die Bergung unterbrochen werden.“

Ohne schweres Räumgerät wäre eine zügige Bergung nicht möglich gewesen. Es wurden unter anderem aber auch die Sauerstoffanze und mehrere Preßluftschlämmer eingesetzt.

Mit Wasser gegen Hochwasser

Flexible wassergefüllte Schläuche können überall dort eingesetzt werden, wo gelegentlich auftretenden Überschwemmungen rasch begegnet werden muß

Die Idee, Hochwasser mit Wasser zu bekämpfen, scheint absurd zu sein. Und doch gibt es ein System, das dieses möglich macht. Es besteht aus wassergefüllten ca. 30 m langen PVC-beschichteten Schläuchen aus hochfestem Polyestergerewebe, die einzeln oder in Kombination als Wassersperre benutzt werden. Das System geht davon aus, daß herkömmliche Wassersperren, insbesondere die aus Sandsacksperrn, zu kosten- und zeitaufwendig sind.

- Nicht immer sind Sandsäcke in ausreichender Menge vorhanden.
- Für das Füllen besteht ein hoher Personal- und Zeitaufwand.
- Der Transport bis zum Einsatzort ist oft recht schwierig.
- Für 100 m zu schützende Strecke sind ca. 3500 Sandsäcke erforderlich.
- Von einer Wiederverwendung kann keine Rede sein.

Das Material

Wie sehen diese Wassersperren aus?

Durch ein spezielles Webverfahren entsteht der Grundkörper des gesamten Schlauches in einem Arbeitsgang. Für dieses Verfahren sind Schutzrechte angemeldet.

In dem Verfahren liegt der entscheidende Vorteil gegenüber einem aus mehreren Bahnen zusammengesetzten Element:

Es gibt keine „schwachen Stellen“, wie z. B. Schweiß-, Näh- oder Klemmverbindungen, die brechen können. Das Trägergerewebe des Schlauches geht an den Langkanten nahtlos in die Säume über, die zur Aufnahme der Befestigungs- und Verbindungsteile dienen.

Durch die vollflächige, außenseitige Beschichtung des Gewebes mit einer starken, abriebfesten und leuchtend gelb pigmentierten PVC-Schicht entsteht der Hochwasserschutzschlauch. Die Sperr-

Anwendung

Der Hochwasserschlauch kann überall dort eingesetzt werden, wo gelegentlich auftretenden Überschwemmungen rasch begegnet werden muß, um das Eindringen des Wassers in Gebäude oder die Überflutung von Lagerplätzen, Straßen usw. zu vermeiden.

Der Schlauch soll nicht den Deich ersetzen, sondern im Notfall kurzfristig eine Deicherhöhung ermöglichen. Durch seine Sperrwirkung kann das Schlauchsystem auch für Entwässerungen und Trockenlegungen von Gewässern verwendet werden (z. B. zur Landgewinnung).

Außer zur Wassersperre lassen sich die Schläuche auch mit einer Sandfüllung zur Dünenbildung oder mit einer Betonfüllung zur Bühnenherstellung verwenden.

● leichter Transport bis zum Einsatzort (ein 30-m-Schlauch wiegt weniger als 100 kg)

● geringer Personal- und Zeitaufwand (ein 30-m-Schlauch kann von 2 bis 4 Personen leicht getragen werden)

● kein Aufwand beim Entleeren des Schlauches

● problemloser Abtransport der entleerten Teile

● verrottungsfest

● immer wieder verwendbar.

Eine weitere Schlauchkonstruktion für besonders hohen Anströmungswiderstand befindet sich in der Entwicklung. Es handelt sich dabei um einen Doppelkammerschlauch mit geringerer nutzbarer Dammhöhe.



30 Meter lang ist der Hochwasserschutzschlauch aus hochfestem Polyestergerewebe. Er kann einzeln, aber auch in Kombination mit weiteren Schläuchen als Wassersperre benutzt werden.

Vorteile des Systems

Für das neue Hochwasserschutzsystem spricht:

- Sofortige Sperrwirkung durch Einsatz wassergefüllter 30 m langer Sperrschläuche mit einer nutzbarer Dammhöhe bis zu 60 cm. Höhere Barrieren durch

Das Hochwasserschutzsystem hat auch schon seine praktische Verwendung gefunden. Über einen Einsatz der Hochwassersperrschläuche schreibt die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Neckarsulm den folgenden Erfahrungsbericht:

„Die Alarmierung erfolgte am 23. Mai 1978 um 19 Uhr. Der Neckar drohte im Bereich der Neckars-

die sowohl für eine Verankerung als auch für evtl. Verbindungen mehrerer Schläuche vorgesehen sind. Jedes Element ist mit zwei Normkupplungen ausgestattet. Für Einsatzorte, an denen die deutschen Normverschlüsse nicht verwendet werden können, sind Übergangsstücke vorgesehen.

über einander (z. B. Übergangsstücke mehrerer Sperrschläuche)

- Fullzeit pro Element ca. 15 Minuten
- gleichzeitige Füllung mehrerer Teile möglich
- einfache Kombination zu Endlosbarrieren

Schiffswerft auszulaufen. Das Industriegebiet und ein Teil der Stadt liegen tief als der Neckarkanal. Die Helling der Schiffswerft weist die niedrigste Stelle im Kanaldamm auf und hat eine Länge von ca. 100 m.

Pegelstand am 23. 5. 1978 um 20 Uhr: 4,6 m über Normal.

Die Wehr war durch Hochwasser der Sulm in früheren Jahren gewarnt. Verschiedene Male war damals das Neckarsulmer Industriegebiet mit den bekannten Firmen Audi NSU, Kolben-Schmidt und Fa. Spohn überschwemmt worden und richtete Millionenschäden an. Um für Schutzmaßnahmen besser gerüstet zu sein, hatte man bereits in früheren Jahren zehn Hochwassersperrschläuche von je 30 m Länge beschafft.

Für den Einsatz in der Werft, im Bereich der Helling, schienen diese künstlichen Dämme gut geeignet. Schwierig erschien zunächst nur das Verlegen der Schläuche über die Laufschiene der Helling hinweg. Die Helling der Neckarwerft ist mit zehn Schienenpaaren bestückt. Die Schienenpaare liegen zum Teil bis zu 40 cm höher als das übrige Gelände. Diese Unebenheiten konnten aber

Zusammenfassung

Ohne die Sperrschläuche hätten die Anläge der Neckarwerft und damit das gesamte Industriegebiet sowie ein Teil der Stadt nicht so erfolgreich geschützt werden können. Es zeigte sich aber, daß gerade in schwierigem Gelände es nicht genügt, die Schläuche auszulegen und zu füllen, sondern daß zusätzli-

che Maßnahmen (Ausgleich von starken Unebenheiten durch Sandsäcke) unbedingt erforderlich sind. Eine einwandfreie Befestigung der gefüllten Schläuche ist unerlässlich, um dem Druck der Wassermassen Gegenhalt zu bieten. Zu diesem Zweck muß je nach Untergrund die Verankerung durch Pflöcke oder durch einen zweiten Sperrschlauch vorgesehen werden."



Unser Bild zeigt die von der Feuerwehr verlegten und gefüllten Schläuche bei einem Hochwasser-einsatz am Neckar.

... für ein Abtafen des Wasserstandes ablesen konnte, was für alle Beteiligten eine große Erleichterung bedeutete.

Als richtig und notwendig erwies es sich, die Schläuche an gefährdeten Stellen mit Sandsäcken zu schützen (Schutz vor Eisentellen z. B.). Die Schläuche



... zu verankern geübt worden und sollten insbesondere bei Hochwasser nicht beschädigt werden können.



Diebstahl strafbar durch die Deutsche Gesellschaft für Technische Zeichnungen und die Deutsche Patent- und Markenämter geschützt.

Trinkwasserversorgung im Katastrophenfall

Erfolgreicher Versuch, Fluß- oder Kanalwasser mit Hilfe von Wasserspeicherungs-, -behandlungs- und -filteranlagen eines Freibades aufzubereiten.

Die Stadt Hamm beschrift neue Wege: Mit Hilfe eines in der Nähe eines oberirdischen Gewässers gelegenen Freibades und einer geringen Veränderung an den technischen Einrichtungen schuf sie mit überschaubaren Kosten eine Verfahrenskombination, durch die aus normal verschmutztem Rohwasser in Katastrophenfällen reines und gesundheitlich unbedenkliches Trinkwasser in großem Umfang gewonnen werden kann. Es scheint, als könnte dieses Prinzip in ähnlich gelagerten Fällen eine gute Ergänzung zu den herkömmlichen Wasseraufbereitungsmethoden sein. Die Redaktion.

Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Katastrophenschutzbehörden, Vorsorge für den Fall zu treffen, daß die öffentliche Trinkwasserversorgung gestört ist. Sicherlich gehören in diesen

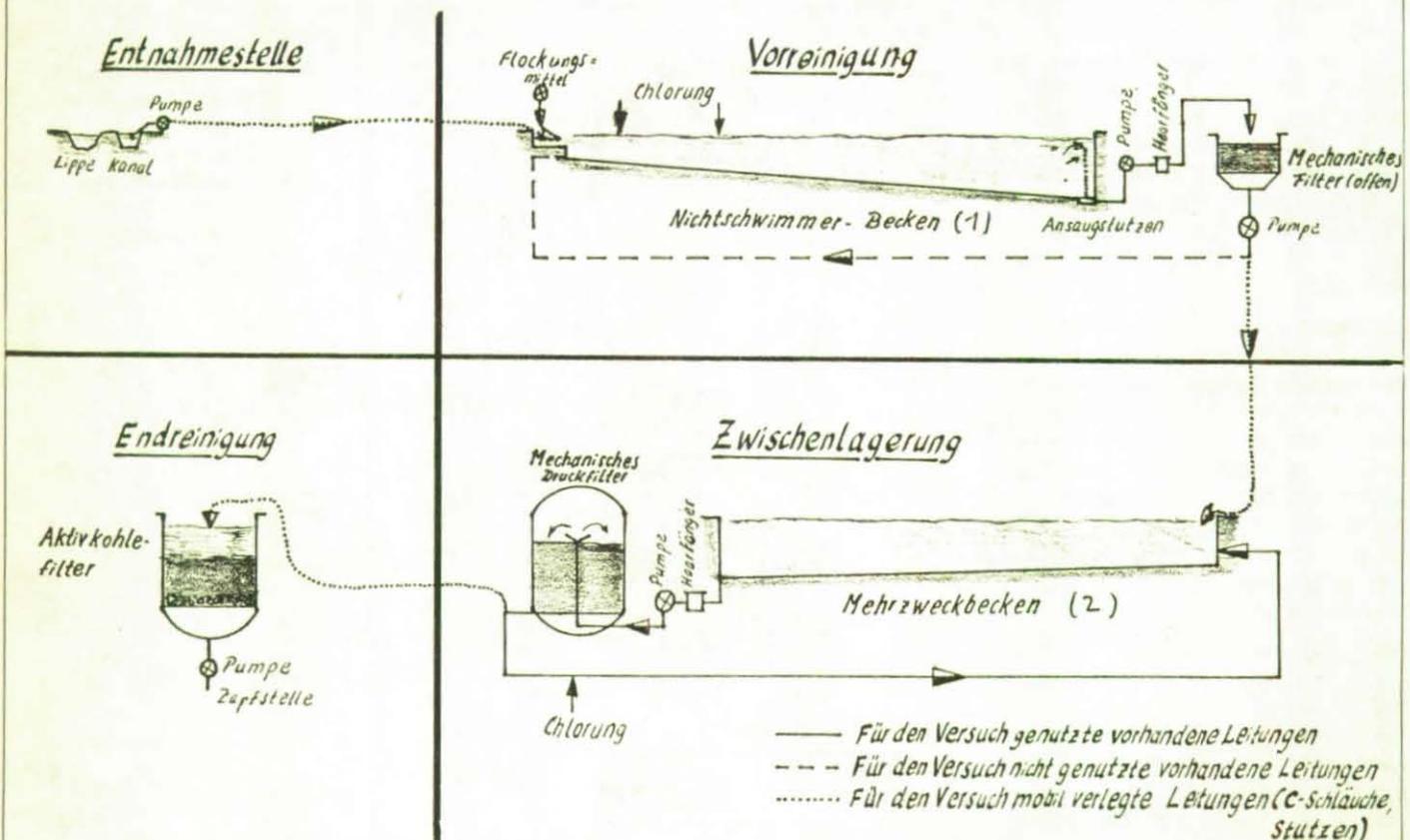
Bereich Überlegungen, wie durch Querverbund im öffentlichen Wasserversorgungsnetz Abhilfe geschaffen werden kann. Auch der Bau und die Unterhaltung von Trinkwasserbrunnen können eine bedeutende Rolle spielen. Ferner kommt der Aufbereitung von Rohwasser zu Trinkwasser eine besondere Bedeutung zu. Von dieser Wasseraufbereitung soll hier die Rede sein.

Der Filtervorgang

Durch eigens verlegte Leitungen wird normal verschmutztes Kanalwasser in ein Schwimmbecken (1) gepumpt. Dabei wird das Wasser kontinuierlich mit einem Flockungsmittel (Polyaluminiumchlorid) versetzt und dann gechlort. Die fällbaren Stoffe und andere unerwünschte Verbindungen sowie Keime werden abgeschieden und sinken bei

turbulenzarmer Wasserführung auf den Beckengrund. Am entgegengesetzten Ende des Beckens (1) wird das vorge-reinigte und weitgehend klare Wasser abgesaugt, über ein mechanisches Filter gegeben und mit Hilfe einer Schlauchleitung in ein anderes Schwimmbecken (2) geleitet. Dieses Becken stellt des Reservoir für vorge-reinigtes Wasser dar. Ein Kreislauf mit geschlossenem Filter sowie eine Chlorzugabestelle sorgen für weitere Reinigung und Aufrechterhaltung einer Chlorkonzentration von mindestens 0,3 mg/l. Je nach Bedarf wird aus dem Becken (2) Wasser nach Verlassen des Druckfilters durch eine verlegte Leitung abge-pumpt, über ein Aktivkohlefilter zwecks Entfernung störender Geruchs- und Geschmacksstoffe – aber auch anderer evtl. schädlicher Begleitsubstanzen – gegeben und an der Zapfstelle für die Verbraucher in Tank- und Wasser-

Fließschema der Verfahrenskombination im Jahnfreibad, Hamm, zur Gewinnung von Trinkwasser aus Kanalwasser für den Notfall



wagen abgefüllt. Möglicherweise kann für die Verteilung auch das Wasserleitungsnetz benutzt werden, was weitere Versuche ergeben müßten.

Bei dem Aufbereitungsvorgang wurden die Vorschriften der Trinkwasser-Aufbereitungs-Verordnung vom 19. 12. 1959 (BGBl. I. S. 762) beachtet.

Pro Kopf 5,5 Liter Trinkwasser

Die erreichte Aufbereitungsleistung war im wesentlichen durch das provisorisch gebaute Aktivkohlefilter begrenzt. Die übrigen Anlagen des Freibades hätten sicherlich eine doppelte Leistung erbringen können. Es sind in einem sechsstündigen Probelauf etwa 270 m³ aufbereitetes Wasser gewonnen worden. Dies ergäbe bei pausenlosem Durchsatz eine Wassermenge von 1080 m³/Tag. Da bei mehrtägigem Betrieb die Filtermassen gereinigt und teilweise (Kohle) erneuert werden müssen, würde sich eine um 10 % verringerte Wassermenge pro Zeiteinheit ergeben, also 972 m³/Tag. Pro Kopf der Einwohner der Stadt Hamm könnten auf diese Weise täglich etwa 5,5 Liter Trinkwasser zur Verfügung gestellt werden. Würden zwei Aktivkohlefilter parallel geschaltet, könnte etwa die doppelte Menge an Reinwasser gewonnen werden, d. h. jeder Einwohner könnte schon 11 Liter Trinkwasser erhalten. Berücksichtigt man, daß in weiteren Schwimmbädern an gewässernahen Standorten nach dem gleichen Verfahren Trinkwasser gewonnen werden kann, so kann man die Wasserversorgung hinsichtlich der produzierten Menge bedeutend leichter sicherstellen als durch mobile Wasser-aufbereitungsanlagen.

Begrenzte Kapazität

Seit Jahren besteht in Nordrhein-Westfalen eine staatlich-kommunale Zusammenarbeit. Das Land hat eine Reihe von fahrbaren Trinkwasseraufbereitungsanlagen Städten und Kreisen zur Verfügung gestellt, die die Anlagen selbst oder durch Katastrophenfachdienste betriebsbereit halten und sie im Bedarfsfall im eigenen Bereich oder außerhalb einsetzen. In der Stadt Hamm wird diese Anlage z. B. vom Technischen Hilfswerk betreut. Die Kapazität der Anlage ist naturgemäß sehr begrenzt. Mit ihrer Hilfe können pro Tag 180 m³ Trinkwasser hergestellt werden. Gemessen an der Bevölkerung der Stadt Hamm, bedeutet dies, daß jeder der rund 180 000 Einwohner täglich einen Liter Trinkwasser aus der mobilen Trinkwasseraufbereitungsanlage erhalten könnte.

Die Erste Wassersicherstellungsverordnung vom 31. 3. 1970 (BGBl. I. S. 357) geht in § 2 Abs. 1 davon aus, daß für die Deckung des lebensnotwendigen Bedarfs an Trinkwasser in der Regel 15 Liter je Person und Tag zugrunde zu legen sind.

Erfolgreicher Versuch

Anläßlich der turnusmäßiges Überprüfung der mobilen Trinkwasseraufbereitungsanlage kam der Gedanke auf, nach dem gleichen Arbeitsprinzip Fluß- oder Kanalwasser im weit größeren Umfang aufzubereiten, und zwar mit Hilfe der vorhandenen Wasserspeicherungs-, -behandlungs- und -filteranlagen eines Freibades, das in der Nähe eines oberirdischen Gewässers gelegen sein sollte. Das aufbereitete Wasser sollte natürlich ebenfalls geeignet sein, in Katastrophenfällen der Bevölkerung als Trinkwasser und als Wasser für Kochzwecke zu dienen.

Nachdem Vorversuche im Labormaßstab durch das Chemische Untersuchungsamt der Stadt Hamm durchgeführt worden waren, die hoffen ließen, daß die erwünschte Wirkung der Reinigungsmaßnahmen erreichbar war, kam es im Oktober 1978 dann zu einem Pilotversuch in dem städt. Jahnfreibad, das am Datteln-Hamm-Kanal (Lippe-Seitenkanal) gelegen ist.

Dieser Versuch war erfolgreich. Über den Versuch hat der Westdeutsche Rundfunk im ersten Hörfunkprogramm am 20. 10. 1978 und in der Fernsehsendung „Hier und Heute“ am 27. 10. 1978 berichtet.

(Der technische Ablauf des Versuchs ergibt sich aus dem abgebildeten Fließschema.)

Reines Wasser

Das erhaltene aufbereitete Wasser wurde im Chemischen Untersuchungsamt unter Aufsicht des Gesundheitsamtes der Stadt Hamm hinsichtlich der in Frage kommenden Vorschriften der Trinkwasser-Verordnung vom 31. 1. 1975 (BGBl. I. S. 453) geprüft. In allen untersuchten Punkten entsprach das Wasser den Reinheitsanforderungen dieser Verordnung, insbesondere auch den bakteriologischen Grenzzahlen (Keimzahl, Coli-Keime).

Die Stadt Hamm erhält das Trinkwasser vornehmlich aus dem Wasserwerk bei Warmen an der Ruhr als uferfiltriertes und aufbereitetes Flußwasser. Die Qualität dieses Wassers ist anerkanntermaßen sehr gut. Bei einem Vergleich der Analysenwerte des „Notwassers“ aus

dem Pilotversuch mit denen des Trinkwassers in den Haushalten der Stadt schneidet das bei diesem Versuch erhaltene Wasser nicht schlecht ab. In der Mehrzahl der Parameter ist es als gleich gut einzustufen.

Bei dem Versuch sind der Stadt Hamm für Rohwasser, Chlorung, elektrischer Strom, Treibstoff, Aktivkohle und Filtermaterial nur minimale Kosten (knapp über DM 2000,-) entstanden. Nicht eingerechnet wurden die Personalkosten, die Aufwendungen für die chemischen und mikrobiologischen Untersuchungen, Kosten für Flockungsmittel und Kosten für Erstellung des Aktivkohlefilters. Beteiligt waren städtische Dienststellen einschließlich der Feuerwehr sowie das Technische Hilfswerk und die Herstellerfirma des Flockungsmittels.

Interessantes Verfahren

Als Schlußfolgerung kann man feststellen, daß der Versuch den erhofften Beweis erbracht hat, nämlich: Mit Hilfe eines in der Nähe eines oberirdischen Gewässers gelegenen Freibades kann durch geringe Veränderung an den technischen Einrichtungen und mit überschaubaren Kosten eine Verfahrenskombination geschaffen werden, durch die aus normal verschmutztem Rohwasser in Katastrophenfällen ausreichend reines und gesundheitlich unbedenkliches Trinkwasser in großem Umfang gewonnen werden kann.

Den Katastrophenschutzbehörden dürfte ein interessantes Verfahren für die Sicherung der Trinkwasserversorgung zur Verfügung stehen.

Berichtigung

Betrifft: Bericht über die Verleihungen des Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichens in Berlin (ZS-MAGAZIN 1/79, Seite 15: „Eine wirkliche Bürgerinitiative“).

Die Redaktion wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Bildzeilen zu dem Foto auf Seite 16 mißverständlich sind; Landesbranddirektor Seidel und THW-Landesbeauftragter Brühl sind nicht Träger der neuen Auszeichnung, sondern waren bei dem Verleihungsakt als Repräsentanten der Feuerwehr bzw. des THW anwesend. Es wurden nämlich nur ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr und der Hilfsorganisationen für 10- und 25jährige Zugehörigkeit ausgezeichnet. Das sei hiermit klar gestellt.

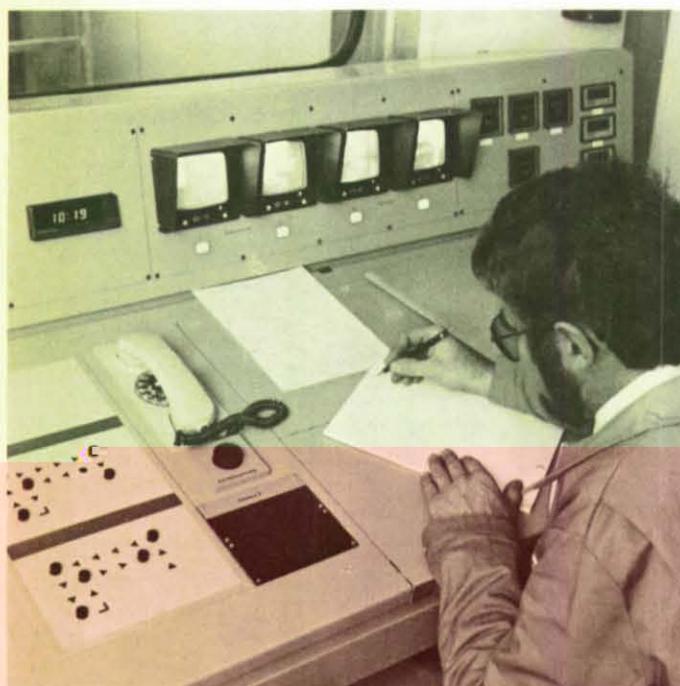
Üben für den Ernstfall

Hochmoderne Atemschutz-Übungsstrecke im neuen Katastrophenschutz-Zentrum Alsfeld

Im neuen Katastrophenschutzzentrum für die Feuerwehren der Stadt Alsfeld/Vogelsberg und Umgebung wurde vor Kurzem eine der modernsten Atemschutz-Übungsstrecken für das Training der Feuerwehrleute unter Einsatzbedingungen eingeweiht.

Die 20 000 Einwohner zählende Stadt Alsfeld, gegründet 1222, liegt im geographischen Mittelpunkt des Bundeslandes Hessen und gehört zum Vogelsbergkreis. Autobahnfeuerwehr sowie 179 Freiwillige Feuerwehren mit 8 166 Aktiven sind dem neuen Katastrophenschutz-Zentrum

angeschlossen, das in dreijähriger Bauzeit auf einer Fläche von 16 000 Quadratmetern errichtet wurde. Träger dieses neuen Katastrophenschutz-Zentrums, einschließlich einer Atemschutzwerkstatt und der neuen Atemschutz-Übungsstrecke ist die Stadt Alsfeld.



Herzstück der Atemschutz-Übungsstrecke ist der Regieraum mit allen erforderlichen Steuer- und Überwachungseinrichtungen, von dem eine Übung in allen Phasen geleitet und überwacht wird.



Der von Spezialkameras verfolgte Übungsablauf wird auf vier Monitore am Regiepult übertragen. Für Lehr- und Demonstrationzwecke lassen

die vier Monitore, die auf einem Großbildschirm übertragen werden, die Übung

Die Atemschutz-Übungsstrecke, die von der Drägerwerk AG, Lübeck, projektiert wurde, dient dazu, Einsatzbedingungen zu simulieren, damit Arbeits- und Rettungseinsätze praxisnah geübt werden können. Darüber hinaus wird mit Hilfe der Strecke die Ausbildung von Atemschutz-Geräteträgern gefördert.

Die gesamte Anlage, aufgeteilt in Regie-, Arbeits- und Übungsraum mit Orientierungsstrecke wurde auf die vielfältigen Einsatzarten und Übungsprogramme abgestimmt.

Regieraum

Herzstück der Anlage ist der Regieraum mit allen erforderlichen Steuer- und Überwachungseinrichtungen, von dem eine Übung in allen Phasen geleitet und überwacht wird. Zwei stationäre und zwei bewegliche Spezialkameras verfolgen den Übungsablauf und übertragen ihn auf vier Monitore am Regiepult. Sowohl eine stationäre als auch eine bewegliche Kamera ermöglichen mit Hilfe von Infrarotscheinwerfern Aufnahmen auch bei Verdunkelung der Übungsstrecke. Auf diese Weise hat der Übungsleiter

die Möglichkeit, die Übung jederzeit zu unterbrechen und die Teilnehmer zu instruieren.

Die Übung wird auf vier Monitoren am Regiepult übertragen. Für Lehr- und Demonstrationzwecke lassen die vier Monitore, die auf einem Großbildschirm übertragen werden, die Übung jederzeit unterbrechen und die Teilnehmer zu instruieren. Die Übung wird auf vier Monitoren am Regiepult übertragen. Für Lehr- und Demonstrationzwecke lassen die vier Monitore, die auf einem Großbildschirm übertragen werden, die Übung jederzeit unterbrechen und die Teilnehmer zu instruieren.

die den jeweiligen Standort der Übungsperson zum Schaltpult melden und auf einer übersichtlichen Schautafel anzeigen.

Arbeitsraum

Im Arbeitsraum soll das Verhalten der Übenden unter Atemschutz und entsprechender Belastung ermittelt werden. Dazu gehören Schlagübungen am Schlaghammer und Kletterübungen auf einer sogenannten Endlosleiter, auf der „Kletterhöhen in Hochhaushöhe“ erreicht werden. Mogeln gibt es nicht, da jeder Schlag mit dem Schlaghammer und jeder Steigmeter auf der Endlosleiter zum Regiepult gemeldet werden.

In der Tankübungsanlage des Arbeitsraumes kann das Arbeiten und der Rettungseinsatz für die Bergung von Menschen aus Tanks, Behältern und engen Schächten trainiert werden. Realitätsnah wie in der Praxis: beispielsweise die Bergung eines Menschen aus tiefliegenden Behältnissen durch schmale Einstiege unter den besonderen Erschwernissen des Atemschutzes.

Ähnliche Übungsprogramme müssen in der Industrieanlage absolviert werden. Sie besteht aus einem Arbeitstunnel mit horizontalen, vertikalen und geneigten Streckenabschnitten. Montagearbeiten unter erschwerten und vor allem beengten Raumverhältnissen lautet hier die Aufgabenstellung, beispielsweise bei Arbeiten unter Atemschutz an Krümmern, Rohrleitungen oder Schiebern wie sie in Industrieanlagen vorkommen.

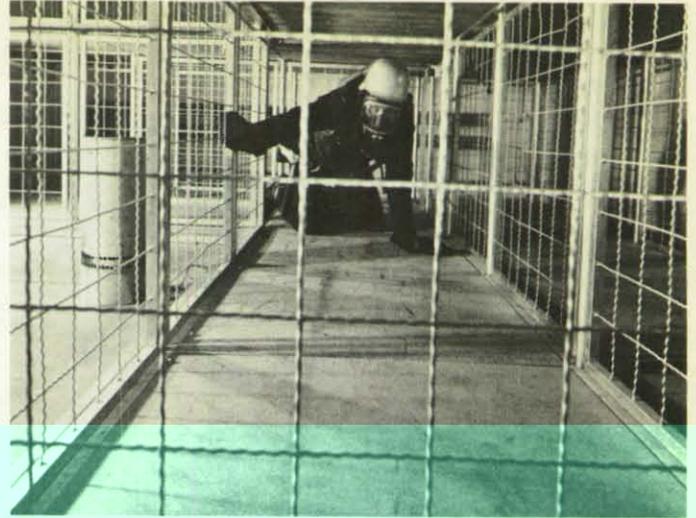
Orientierungsstrecke

Hindernisse, unbekannte Raumverhältnisse, Dunkelheit und Rauch erschweren häufig in der Praxis Rettungs- und Bergungseinsätze. Das alles läßt sich im Übungsbereich der Orientierungsstrecke simulieren. Mit variablen Gitterelementen kann der Streckenverlauf jederzeit verändert werden, so daß sich Übende immer wieder neu orientieren müssen und Gewöhnungseffekte bei Wiederholungsübungen verhindert werden. Der Übungsleiter hat die Möglichkeit vom Regiepult aus, elektrisch Rauch- oder Reizgas zu zünden.

Sicherheit ist oberstes Gebot

Jederzeit kann eine Übung abgebrochen werden. Eine Notbelüftung (60facher Luftwechsel/h) zieht binnen einer Minute den Rauch aus der Strecke. Die Gitterelemente in der Strecke lassen sich sofort, sei es durch den Übenden selbst oder durch Hilfe von außen, für eine schnelle Befreiung ausklinken. Jede Störung in der Anlage wird sofort am Regiepult registriert, damit unmittelbar gehandelt werden kann.

Mit variablen Gitterelementen kann der Streckenverlauf jederzeit verändert werden, so daß sich Übende immer wieder neu orientieren müssen und Gewöhnungseffekte bei Wiederholungsübungen verhindert werden.



Montagearbeiten unter erschwerten und vor allem beengten Raumverhältnissen lautet hier die Aufgabe, ähnlich den Arbeiten unter Atemschutz an Krümmern, Rohrleitungen u. ä., wie sie in der Praxis vorkommen.



STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), ist alsbald eine Planstelle des gehobenen Dienstes zu besetzen, und zwar

**Sachbearbeiter für Personalangelegenheiten
Bes.-Gr. A 10 BBesO
bei der BVS-Landesstelle Bayern in München**

Gesucht wird ein jüngerer Beamter, der die Laufbahnprüfung in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes abgeschlossen hat und selbständiges Arbeiten gewohnt ist.

Wir bieten ein angenehmes Betriebsklima sowie Sozialleistungen des öffentlichen Dienstes.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen, handgeschriebener Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit, Ausbildungs- und Befähigungsnachweise) sind bis zum 15. April 1979 zu richten an den

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ
– Bundeshauptstelle –
Eupener Straße 74 – 5000 KÖLN 41

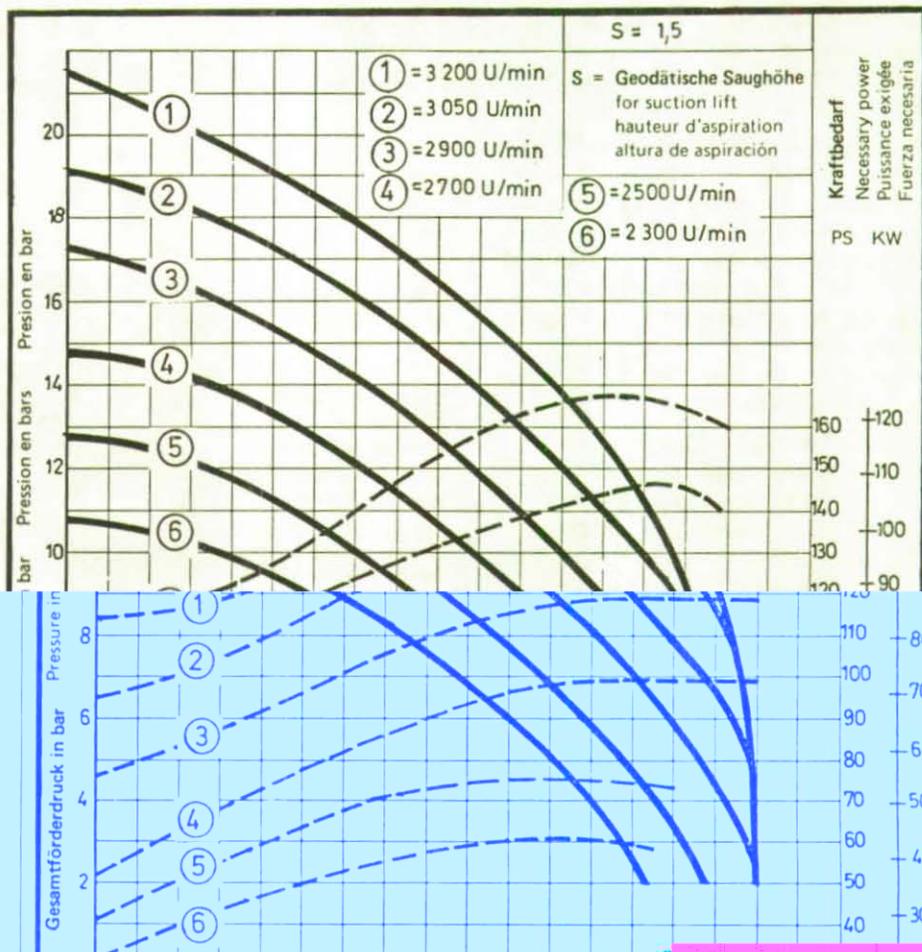
Personalbogen wird auf schriftliche Anfrage übersandt

Tragkraftspritzen und Feuerlöschkreiselpumpen

Die technische Entwicklung von Feuerspritzen nahm einen langen Weg. Fast zweihundert Jahre wurden zur Wasserförderung beim Feuerlöschen handbetätigte Feuerlösch-Kolbenpumpen verwendet. Dampfspritzen und Benzinmotorspritzen waren Zwischenstufen. Auch Elektromotorspritzen wurden wenige Jahre vor der Jahrhundertwende gebaut. Heute gehören zur Ausrüstung fast jeder Brandschutzformation, ob bei den Feuerwehren, im Katastrophenschutz oder im Zivilschutz, Tragkraftspritzen, die nach DIN-Richtlinien gebaut worden sind. Auch hat heute jede Wehr zumindest ein Tragkraftspritzenfahrzeug TSF. Die Wehrmänner brauchen auch den Tragkraftspritzenanhänger TSA im Alarmfall nicht selbst zu ziehen, um damit zur

Baugruben zu eilen. Tragkraftspritzen und eingebaute Feuerlöschkreiselpumpen gehören zur Basis des Feuerlöschwesens. Die Namen der großen Herstellerfirmen sind allen Brandschutzkräften geläufig. Die Abweichungen in den Konstruktionsmerkmalen ihrer Geräte sind verhältnismäßig geringfügig.

Das ZS-MAGAZIN veröffentlicht in loser Folge Beschreibungen der ver-

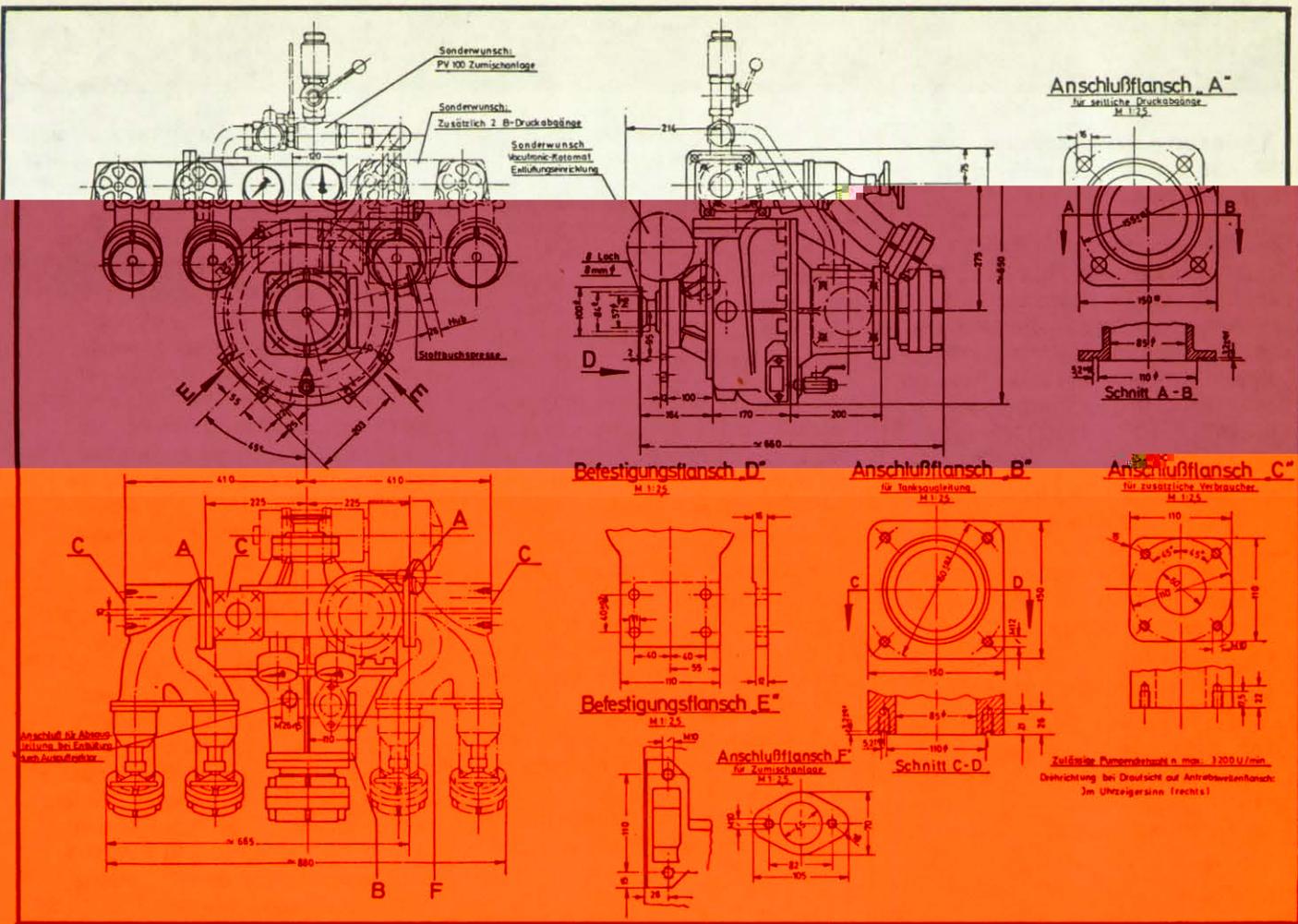


Feuerlöschkreiselpumpe P 316

Autonomie

Autonomie

Wahl der Parameterstellung



Feuerlöschkreiselpumpe P 316

Anschlußflansche für weitere Druckabgänge bzw. für Tankfüll- oder Schnellangriffsleitungen.

Befestigungsflansche zur Lagerung der Pumpe.

4. Entlüftungseinrichtungen:

Die Feuerlöschkreiselpumpe kann wahlweise mit folgenden 2 Entlüftungseinrichtungen geliefert werden:

a) Magirus-Auspuffejektor in 2stufiger Ausführung. Er arbeitet nach dem Prinzip der Strahlpumpe und verwendet als Treibmittel die Auspuffgase des Fahrzeugmotors. Einfache Bauweise und Verwendung korrosionsbeständiger Werkstoffe machen ihn wartungsfrei und erlauben sicheres Ansaugen aus Tiefen bis 9 m (je nach Antriebsmotor und bei Barometerstand 760 mm Hg).

(Der Einbau des Ejektors in das Fahrgestell und die zugehörige Handschaltung muß durch den Aufbauhersteller erfolgen.)

b) Automatisch arbeitende Rotomat-Entlüftungspumpe:

Rostfreie Materialien und die ventillose Bauweise machen den Rotomat unempfindlich gegen jede Art von Wasser, drehzahlfest und betriebssicher auch bei längeren Einsatzzeiten. Außerdem ergibt die Werkstoff-Kombination der gegeneinander laufenden Teile Wartungsfreiheit.

Der Antrieb erfolgt durch einen Elektro-Gleichstrommotor, der fest mit der Entlüftungspumpe zusammengebaut ist. Wahlweise für 12 V und 24 V Spannung. Strombedarf bei 12 V Spannung ca. 160 A, bei 24 V Spannung ca. 80 A.

Die Stromzufuhr zum Elektromotor muß durch die einbauende Firma hergestellt werden.

Das Ein- und Ausschalten des Antriebsmotors erfolgt durch die automatisch arbeitende Vacutronic-Schaltung, die durch einen Druckwächter an der Pumpe gesteuert wird. Solange die Pumpe drucklos ist, läuft die Entlüftungspumpe. Sie wird nach Aufbau des Pumpendrucks automatisch abgeschaltet.

Der Rotomat wird betriebsbereit mit der Feuerlöschkreiselpumpe zusammengebaut geliefert. Bei Bedarf auch getrennt von der Pumpe anbaubar.

5. Gewichte:

Pumpe mit 2 Druckventilen	ca. 66 kg
Auspuffejektor	ca. 13 kg
Rotomat-Entlüftungspumpe	ca. 15 kg

6. Sonderausstattungen:

Als Zumischanlage für Schaummittel kann ein Pumpenvormischer zwischen Druckstutzen und Saugeingang der Pumpe eingebaut werden. Er arbeitet nach dem Prinzip der Strahlpumpe und verwendet Druckwasser als Treibmittel.

Die Zumischrate kann entsprechend der abgenommenen Wassermenge von Hand geregelt werden. Danach saugt der Pumpenvormischer die vorbestimmte Schaummittelmenge an, und führt sie dem Saugeingang der Pumpe zu.

Ansaugbare Menge Schaummittel bis 100 l/min, die bei 3 % Zumischrate für ca. 3300 l/min Wasser ausreicht. (Die Saugleitung zum Schaummittelbehälter muß durch den Aufbauhersteller angebracht werden.)

Ohne Gabelstück und Druckventile nach hinten, wenn Druckabgänge nach der Seite gewünscht.



Änderung der Satzung des Bundesverbandes für den Selbstschutz

Die Mitgliederversammlung des BVS hat auf Vorschlag des Vorstandes in der Sitzung am 24. November 1978 einstimmig beschlossen, die Satzung des Verbandes vom 28. März 1972 (GMBI. 1972 Seite 307) in der Fassung der Änderung und Ergänzung vom 17. Oktober 1972 (GMBI. 1972 Seite 649) zu ändern.

Der Bundesminister des Innern hat mit der Bekanntmachung vom 15. 1. 1979 – Z V 3 – 767 022/3 – den Beschluß der Mitgliederversammlung und sein Genehmigungsschreiben im GMBI. 1979 Seite 45 veröffentlicht.

§ 4 Absätze 2 und 3 sowie § 6 Absatz 3 erfahren redaktionelle Änderungen.

Der Pflichtenkatalog nach § 10 wird vereinfacht und auf die wesentlichen Pflichten der Helfer des BVS beschränkt. Dieser Paragraph erhält nunmehr folgende Fassung:

„Pflichten

Der Helfer ist verpflichtet,

1. im Rahmen seiner Tätigkeit nach

Kräften die ihm aufgetragenen Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen,

2. sich entsprechend der dienstlichen Erfordernisse aus- und fortbilden zu lassen und sich, soweit es die Ausbildung und die wahrzunehmenden Aufgaben erfordern, auf Anordnung der zuständigen Dienststelle jederzeit einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen,

3. die ihm vom Bundesverband für den Selbstschutz überlassenen Sachen pfleglich zu behandeln, sorgfältig zu verwahren und bei Beendigung seiner Tätigkeit der aushändigenden Stelle zurückzugeben.“

Um zu verdeutlichen, daß sich das Recht auf Ausbildung auf die für die Wahrnehmung der dem Helfer zu übertragenden Aufgaben erforderliche Ausbildung bezieht, lautet § 11 Abs. 1 jetzt:

„Zur Wahrnehmung der ihm übertragenen Aufgaben erhält jeder Helfer des BVS eine entsprechende Ausbildung. Die weitergehende Verpflichtung des Helfers, sich nach den dienstlichen Erfordernissen weiter fortbilden zu lassen (§ 10 Nr. 2) bleibt hiervon unberührt.“

Die Helfervertretung des BVS hat sich

seit langer Zeit für eine Änderung der Satzungsbestimmungen über die Altersgrenze für Helfer eingesetzt. Es wurde die Auffassung vertreten, daß viele Helfer auch nach Vollendung des 67. Lebensjahres nicht nur willens, sondern auch geistig und körperlich durchaus in der Lage seien, für die Aufgaben des Verbandes eingesetzt zu werden, zumal sich der Einsatz nicht nur auf die Durchführung von Veranstaltungen der Öffentlichkeitsarbeit und der Ausbildung, sondern auch auf andere Tätigkeiten, z. B. als Beauftragter oder Berater erstrecken kann. § 12 Abs. 2 Buchstabe e der Satzung wird daher ergänzt. Danach hat die Entlassung des Helfers zwar weiterhin mit Vollendung des 65. Lebensjahres zu erfolgen, wobei das Dienstverhältnis von der für die Berufung des Helfers zuständigen Stelle längstens um zwei Jahre verlängert werden kann. In begründeten Ausnahmefällen kann jedoch das Dienstverhältnis von dem Direktor des BVS darüber hinaus verlängert werden. Es muß allerdings davon ausgegangen werden, daß dieser Verlängerung eine eingehende Prüfung des Einzelfalles vorauszugehen hat. Näheres wird durch Verfügung geregelt.

HAMBURG



Tafelausstellung bei der Bundeswehr

Die seit einiger Zeit bestehenden guten Kontakte zwischen BVS und Bundeswehrhochschule führten dazu, nach Rücksprache mit dem Betriebsschutzbeauftragten der Hochschule, Rebuschat, für den behördlichen Selbstschutz zu werben. Zur ersten Information der Mitarbeiter, Hörer und Dozenten wollte BVS-Dienststellenleiter Bochert, Hamburg-Nord, die Tafelausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ zwei Wochen

lang aufstellen. Nach der Zustimmung durch den Kanzler der Hochschule, von Borck-Erlecke, wurde die Ausstellung im Treppenhaus des Hörsaalgebäudes gezeigt.

Bei der Eröffnungsveranstaltung sprachen BVS-Landesstellenleiter Beiter und der Kanzler der Hochschule zu den Mitarbeitern. Es wurde der gesetzliche Auftrag des BVS und sein Angebot, im Rahmen der Ausbildung tätig zu werden, besonders herausgestellt. An der Eröffnungsveranstaltung und dem Vortrag „Zivile Verteidigung in der Bun-

desrepublik Deutschland“ konnten alle Mitarbeiter der Hochschule teilnehmen.

Mehr als 3 000 Personen erhielten Informationsmaterial. Zwischen 11.30 und 13.00 Uhr lief täglich der auf Videoband aufgenommene Film „Schutzbündnis“ über zwei Monitore ab.

Diese Maßnahmen des BVS werden sicher dazu beitragen, dem Betriebsschutzbeauftragten und dem Personalrat die weiteren Entscheidungen in Sachen „Behördlicher Selbstschutz“ zu erleichtern.

BREMEN



Zivilschutz-Themen für Bundeswehr-Offiziere

Nach einer Vereinbarung zwischen der Leitung der Schule der Technischen Truppe 2 und Fachschule des Heeres für Wirtschaft in Bremen-Grohn und der BVS-Landesstelle Bremen sollen

künftig Offiziere und Unteroffiziere über Maßnahmen der Zivilen Verteidigung eingehender informiert werden.

Bei der ersten Veranstaltung dieser Art sprach der Leiter der BVS-Landesstelle Bremen, Diethelm Singer, vor den Teilnehmern an einem Kommandeurlehrgang und anderen Offizieren zum

Thema „Zivilschutz, ein humanitärer Auftrag“.

Als weitere Themen der neuen Veranstaltungsreihe sind vorgesehen: der Selbstschutz der Bevölkerung, Organisation und Arbeitsweise des Warndienstes, Katastrophenschutz, Schutzraum-bau und Gesundheitswesen.

bildungen. Ähnliches gilt auch für Celle. Daß Dienststellen, deren Arbeit ausschließlich in den Händen ehrenamtlicher Kräfte liegt, den Vergleich mit hauptamtlich geführten Dienststellen nicht zu scheuen brauchen, zeigt das Beispiel der Dienststelle Brake. Ihre Mitarbeiter haben 1978 unter anderem 75 Grundlehrgänge mit 1632 Teilnehmern durchgeführt.

Öffentlichkeitsarbeit ist wichtig

Im Jahre 1978 wurden in Niedersachsen erheblich mehr Informationsveranstaltungen durchgeführt als im Vorjahr. Auf örtlicher Ebene gab es z. B. bei den Aufklärungsveranstaltungen eine Steigerung um 25 % gegenüber 1977. Die Hannoveraner sind stolz darauf, daß ihre Initiative zur bundesweiten Aktivierung der Frauenverbände Früchte getragen hat. In der BVS-Schule in Voldagsen haben Veranstaltungen für Frauen aus dem ganzen Bereich erfreulichen Zuspruch gefunden; die Vorsitzenden der maßgeblichen Frauenorganisationen konnten aufgrund dieser Vorarbeit zu einer zentralen Veranstaltung in die Bundesschule in Ahrweiler eingeladen werden. Fast 50 % der Teilnehmer an Selbstschutz-Grundlehrgängen waren Frauen!

Im ganzen Lande wurden im Jahre 1978 2282 Informationsveranstaltungen mit 72 059 Teilnehmern, 3201 Selbstschutz-Grundlehrgänge mit 71 789 Teilnehmern sowie eine Vielzahl von Informationsseminaren, Ausstellungen, Fachlehrgängen u. a. m. durchgeführt.

Die ehrenamtlichen Mitarbeiter trugen in der Öffentlichkeitsarbeit mit etwa 50 %, bei Fachlehrgängen mit etwa 67 % und bei Grundlehrgängen sogar mit über 80 % die Hauptlast der Arbeit.

In der Öffentlichkeitsarbeit geht der BVS viele Wege, um Interessenten anzusprechen. In der niedersächsischen Landeshauptstadt hat die BVS-Dienststelle beispielsweise den sogenannten „Ferienpaß“ für Kinder und Jugendliche, eine Einrichtung der Stadt in den großen Ferien, genutzt, um Kontakte zu knüpfen. Während der gesamten Ferienzeit war die fahrbare Zivilschutz-Ausstellung bei verschiedenen Aktionen eingesetzt. Die Dienststelle beteiligte sich mit praktischen Vorführungen und Grundausbildungen auch direkt. Durch tägliche Vorankündigungen trugen die Lokalzeitungen wesentlich dazu bei, daß die BVS-Aktionen zu richtigen „Hits“ im Ferienangebot wurden. Spaß für Kinder

gab es auch bei einer BVS-Ausstellung während des „Eilenriedefestes“ in Hannover. Viel Anklang fand dabei das „Zielspritzen“ mit Kleinlöschgeräten am Info-Stand des BVS. Die Kinder konnten spielen, die Begleitpersonen wurden in ernsthaften Gesprächen über den Selbst- und Zivilschutz informiert.

Journalisten als Partner

Die gute Zusammenarbeit mit Journalisten hat sich auch in einem Seminar in der BVS-Schule in Voldagsen dokumentiert. Der Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Landesstelle, Redakteure und BVS-Mitarbeiter machten sich gemeinsam Gedanken darüber, wie die Arbeit des BVS in den Zeitungen noch besser „verkauft“ werden kann. Unmittelbarer Erfolg dieser gemeinsamen Arbeit waren ausführliche Berichte in verschiedenen Zeitungen – und besondere Aktionen in Celle und Hannover. Hier boten die BVS-Dienststellen in den lokalen Zeitungen – Gesamtauflage fast 400 000 – vor der Urlaubszeit Selbstschutz-Grundlehrgänge an. Dieses Angebot ging auf die Überlegung zurück, daß für die Urlaubszeit – mit ihren erschreckend vielen Autounfällen – eine Ausbildung in Selbsthilfemaßnahmen besonders wichtig sei. Das Echo in der Bevölkerung war ermutigend.

Im letzten Jahr fanden auch Wettbewerbe wieder eine gute Resonanz. Es zeigte sich, daß diese Art der Öffentlichkeitsarbeit gerade im ländlichen Raum gut ankommt. Gemeinden, Katastrophenschutzorganisationen und BVS arbeiteten zusammen, viel Bürger konnten so für den Gedanken der Vorsorge gewonnen werden.

In den Ausstellungen, die stattfanden, wurden viele Besucher durch das „Ratspiel für Kluge“ an das Thema „Zivilschutz“ herangeführt.

Info-Seminare für Vorsitzende von Frauenorganisationen

Ein dreitägiges Zivilschutz-Informationseminar wurde für Vorsitzende von Frauenorganisationen in der BVS-Schule Voldagsen durchgeführt. Anton Teyssen, MdL, referierte zum Thema „Zivilschutz aus der Sicht des Politikers“. BVS-Mitarbeiter Wilfried Prellberg

verstand es, die Teilnehmer anzuregen, sich mit der Problematik des Zivilschutzes und des Selbstschutzes intensiv auseinanderzusetzen. Prellberg zeigte nicht nur Gefahren auf, er versuchte, den Zuhörerinnen diese Gefahren auch bewußtzumachen.

Niedersachsen kurz und bündig

Oldenburg. 70 Mitarbeiter der LVA-Hauptverwaltung in Oldenburg, darunter 15 Damen, ließen sich von Angehörigen des BVS im Selbstschutz ausbilden. Besonderen Anklang fanden die praktischen Übungen im LVA-Gebäude.

Meppen. Fünf Mitarbeiter des BVS im Emsland wurden für ihr besonderes Engagement und ihre langjährige Tätigkeit im Verband von Landesstellenleiter Edgar Sohl ausgezeichnet. Dieser betonte in einer Feierstunde im Meppener Rathaus, daß die BVS-Dienststelle Emsland mit ihren Leistungen an der Spitze der BVS-Dienststellen in Niedersachsen stehe. Nicht zuletzt sei dies auch der Arbeit und Überzeugungskraft der von ihm ausgezeichneten Mitarbeiter Winfried Hartmann (MdL), Franz Horning, Manfred Reiners, Alexander Böttcher und F. Fels zu verdanken.

Nachrufe

Am 17. Dezember 1978 verstarb im Alter von 57 Jahren der BVS-Helfer

Rudolf Weiße

Seit Anfang 1976 war Weiße für die BVS-Dienststelle Göttingen tätig. Dort kümmerte er sich in erster Linie um die Ausbildung. Rudolf Weiße hat sich im BVS tatkräftig für die Ziele des Verbandes eingesetzt und dabei die Anerkennung der Kollegen erworben.

Der ehrenamtliche Leiter der BVS-Dienststelle Bremervörde

Heinz Behrendt

ist am 1. Januar 1979 verstorben. Behrendt, der 62 Jahre alt war, hatte sich nach seiner Dienstzeit bei der Bundeswehr dem BVS zur Verfügung gestellt. Im August 1977 übernahm er die Leitung der Dienststelle Bremervörde; er hat sich dort für die Interessen des Verbandes sehr nachdrücklich eingesetzt und erfolgreiche Arbeit geleistet.

Abschied vom BVS

Recklinghausen. In der BVS-Dienststelle Recklinghausen verabschiedete der Vertreter des Dienststellenleiters, Horst Stein, die ehrenamtliche Helferin Jutta Eggers aus Recklinghausen und den Helfer Heinrich Lawrenz aus Marl. Beide haben das 67. Lebensjahr vollendet.

Jutta Eggers, seit dem 15. August 1954 beim BVS, hat durch ihren Einsatz als Rednerin erheblich dazu beigetragen, daß viele Bürger über Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes informiert wurden. Heinrich Lawrenz ist seit dem 23. Januar 1970 ehrenamtlicher Helfer. Er hat sich durch die Mitwirkung in vielen Grundlehrgängen in Marl um den Selbstschutz verdient gemacht.

Für ihre erfolgreiche Mitarbeit wurden den Scheidenden Dankurkunden und Geschenke überreicht. Außerdem erhielt Heinz-Günther Karmann aus Datteln und Johanna Krüger aus Recklinghausen Urkunden für eine 20- bzw. 10jährige Mitarbeit im BVS.

Hohe Düsseldorfer Auszeichnung

Joachim Kaufner, BVS-Fachgebietsleiter bei der Landesstelle Nordrhein-Westfalen, ist Träger einer Auszeichnung der Stadt Düsseldorf: Beigeordneter Dieter Licht (rechts) überreichte ihm die Selbstschutznadel in Silber, die von der Landeshauptstadt eigens geschaffen wurde, um Verdienste um den Aufbau des Selbstschutzes zu würdigen. Nach den Worten von Licht hat Kaufner die Zusammenarbeit zwischen Zivilschutzamt und der BVS-Dienststelle in Düsseldorf gefördert und dazu beigetragen, daß ein großer Teil der Bürgerschaft – bis heute mehr als 50 000 – im Selbstschutz ausgebildet wurden.

Über 80 Prozent richtige Lösungen

Köln. Was die Kölner über den Zivil- und Katastrophenschutz in ihrer Stadt wissen, versuchte der BVS mit einem Preisausschreiben zu erfahren. In Zusammenarbeit mit der Ehrenfelder Bürgervereinigung und zehn Einzelhandelsgeschäften an der Venloer Straße verteilte der Verband 1000 Fragebogen an Passanten und Kunden.

Es mußten die neun Embleme der Organisationen des Zivil- und Katastrophenschutzes in den Schaufenstern der Geschäfte gefunden und der richtigen Organisation zugeordnet werden. 20 Gewinner des Preisausschreibens erhielten Einkaufsgutscheine, die ihnen von BVS-Dienststellenleiter Franz Peter Leufgens und Bezirksvorsteher Leo Amann überreicht wurden.

Daß die Kölner über den BVS, dessen Aufgabe die Aufklärung der Bevölkerung über den Selbstschutz im Kriegs- und Katastrophenfall ist, gut Bescheid wissen, zeigt der hohe Anteil der richtig ausgefüllten Fragebögen, immerhin über 80 Prozent.

Selbstschutz-Lehrgang für städtische Bedienstete

Leverkusen. Bereits im vergangenen Jahr hatten sich Vertreter aller Parteien im Rat der Stadt Leverkusen über die Aufgaben des Zivilschutzes, die Tätigkeit des BVS und die praktischen Möglichkeiten des Selbstschutzes informiert. Im 1. Halbjahr 1979 erhalten jetzt die Mitarbeiter der Stadtverwaltung eine gründliche Ausbildung im Behörden-Selbstschutz. Nach dem Selbstschutz-Grundlehrgang werden ein Selbstschutz-Fachlehrgang „Sanitätsdienst“, ein Selbstschutz-Ergänzungslehrgang „Strahlenschutz“ und ein Selbst-

geleitet. Hubertus Bruder, Fachbearbeiter für Öffentlichkeitsarbeit, führte dazu im einzelnen aus: „1055 Personen haben wir in Selbstschutz-Grundlehrgängen ausgebildet. Wir gingen in die Schulen, in Betriebe und Behörden. Verschiedene Krefelder Werke ließen für die betriebsinternen Selbstschutzgruppen Fachlehrgänge durchführen. Ebenso war es mit dem Behörden-Selbstschutz in vielen Dienststellen. Insgesamt waren es 633 Fachlehrgänge.“ Die Mithilfe von 45 ehrenamtlichen Helfern ermöglichte diese Leistung.

Selbstschutz stark gefragt

Mülheim. 174 Veranstaltungen führte die Mülheimer BVS-Dienststelle im vergangenen Jahr durch. Insgesamt 7289 Teilnehmer wurden gezählt. 1505 Mülheimer nutzten 83 Lehrgänge, um sich im Selbstschutz ausbilden zu lassen. An den Selbstschutz-Fachlehrgängen nahmen 343 Personen teil.

Deutscher Siedlerbund informierte sich

Der Landesvorstand Ruhr-Niederrhein des Deutschen Siedlerbundes rät seinen Mitgliedern, sich im Selbstschutz ausbilden zu lassen. Da eine Information oder Ausbildung für die mehr als 10 000 Mitglieder nicht überall gleichzeitig stattfinden kann, wurden zuerst Informationsveranstaltungen für die Führungskräfte geplant.

An den vier Informationsveranstaltungen, die bisher durchgeführt wurden, haben Vorstandsmitglieder sowie Kreis- und Ortsvorsitzende teilgenommen. Die BVS-Dienststellen Oberhausen und Wesel haben bereits vor den Siedlergenossen Informationsvorträge gehalten.

Die Aktivitäten des Landesvorstandes Ruhr-Niederrhein des Deutschen Siedlerbundes finden über die Organisationsgrenzen hinaus Beachtung. Im März wird erstmals eine Gruppe von Führungskräften des Bundes aus dem



schutz-Fachlehrgang „Brandschutz“ durchgeführt. Die Lehrgangreihe wird mit einem Selbstschutz-Fachlehrgang „Bergung“ abgeschlossen.

Ein Dorf macht von sich reden

Vor Jahresfrist, als der Bürgermeister von Bickenbach, Karl Schemel, mit dem Fachbearbeiter der BVS-Dienststelle Heppenheim ins Gespräch kam, wurde die Idee einer Sicherheitswoche geboren. Bürgermeister Schemel zog die Fachkräfte der Freiwilligen Feuerwehr und des Deutschen Roten Kreuzes sowie, aus der Nachbargemeinde, Vertreter der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft hinzu, als die Durchführung einer Sicherheitswoche, an der alle Katastrophenschutz-Organisationen mitwirken sollten, diskutiert wurde. Der Vorschlag fand uneingeschränkte Zustimmung. Die Vorbereitungsarbeiten liefen an: Aufgaben wurden verteilt, eine Abschlußübung geplant – und immer wieder Gespräche im Rathaus geführt.

Dann wurde die Programmfolge zusammengestellt und zunächst ein Malwettbewerb an der Grundschule gestartet. Am 22. Januar 1979 fand die feierliche Eröffnung der Ausstellung statt. Vor den zahlreichen Gästen sprach Bürgermeister Schemel über seine Aufgaben als Hauptverwaltungsbeamter. Der Fachbearbeiter der BVS-Dienststelle Heppenheim übernahm die Führung durch die Ausstellung.

Am nächsten Abend sprach BVS-Mitarbeiter Manfred Diener, Dienststelle Darmstadt, über die Belange des Zivilschutzes. Eine rege Diskussion, in die der Bürgermeister mit wertvollen Hinweisen eingriff, schloß sich an.

Der Mittwochnachmittag war den Haus- und Landfrauen, wie auch den Senioren vorbehalten. Für die Kinder brachte ein Sicherheitswettbewerb mit Gocarts

den Übungsplan verantwortliche BVS-Mitarbeiter kommentierte über ein drahtloses Mikrofon den Verlauf der Übung für die Zuschauer.

Sicherheitswoche war guter Auftakt

Wie bereits in ZS-MAGAZIN 4/78 berichtet, führte der Bürgermeister der Stadt Oberursel (Taunus), Rudolf Harders, im März 78 eine Sicherheitswoche durch, an der die BVS-Dienststelle Frankfurt und die ortsansässigen Katastrophenschutz-Organisationen beteiligt waren. Diese Sicherheitswoche, die insbesondere das Interesse der Bevölkerung am Selbstschutz wecken sollte, war der Auftakt für den Aufbau des Selbstschutzes in Oberursel. Seit diesem Zeitpunkt war es bereits möglich, den Behördenselbstschutz in der Stadt weitgehend aufzubauen. Die Bediensteten der Stadtverwaltung wurden in Lehrgängen des BVS geschult. Im Haushalt 1979 stehen Mittel für die Erstausrüstung mit Geräten und für die persönliche Ausstattung bereit.

Zwar haben die Bemühungen zur Bestellung einer ausreichenden Anzahl von Selbstschutzberatern bisher noch nicht den gewünschten Erfolg gebracht; man ist jedoch der Meinung, daß in diesem Jahr zumindest die Ortsbeschreibung fertiggestellt werden kann. Hinsichtlich des Schutzraumbaus wurden ebenfalls Initiativen ergriffen. Die gute Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Frankfurt sollte in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben.

Vortragsveranstaltung



Fuldas Oberbürgermeister Dr. Hamberger (2. v. r.) sprach auf einer Veranstaltung des BVS.

schutzamt der Stadt hervor; zahlreiche Aufklärungsveranstaltungen und Lehrgänge wurden mit Erfolg durchgeführt. Die organisatorischen Maßnahmen sind für sich allein jedoch wenig sinnvoll, wenn nicht auch eine Unterrichtung und Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz sichergestellt wird.

Robert Ludwig, Leiter der BVS-Dienststelle Fulda, begrüßte die Zuhörer im Namen des BVS. Unter diesen waren viele Vertreter des öffentlichen Lebens und der Hilfsorganisationen.

Magistratsdirektor Dr. Norbert Rücker, Leiter der Rechts- und Ordnungsamtes, hielt ein Referat zum Thema „Selbstschutz – eine staatsbürgerliche Aufgabe“. Dr. Rücker bescheinigte der BVS-Dienststelle Fulda, eine gute Arbeit geleistet zu haben. Es bedürfe zweifellos auch künftig einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit, um die Bevölkerung von der Notwendigkeit einer Teilnahme an Selbstschutz-Lehrgängen zu überzeugen.

Dienststellenleiter Ludwig informierte über den Zivilschutz in anderen Ländern. Vor allem Schweden und die Schweiz förderten mit enormem Aufwand den Zivilschutz. Abschließend wurde der Film „Schutzbündnis“ – der große Aufmerksamkeit erregte – gezeigt.





Landrat Dr. Rehmann (rechts) gratuliert den Helfern, denen er den Ehrenbrief des Landes Hessen überreichte. Von links: O. Thielmann, H. Laubenthal, H. Fehmer.

als Fachbearbeiter für das Organisationswesen, aber auch durch seinen ehrenamtlichen Einsatz bei Ausbildungs- und Öffentlichkeitsveranstaltungen verdient gemacht. Otto Thielmann – in Mittenaar-Bicken wohnhaft – ist seit 21 Jahren als Fachbearbeiter für das Ausbildungswesen tätig. Seit 1977 leitet er die BVS-Dienststelle Dillenburg. Er erwarb sich dabei besondere Verdienste.

Der BVS ist stolz darauf, daß die Helfer eine solch hohe Auszeichnung erhalten haben und dankt ihnen für die bisher gezeigte kollegiale Zusammenarbeit.

Ehrenamtliche Helfer verabschiedet

Alle Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Fulda waren anwesend, als der ehrenamtliche BVS-Lehrer Willi Schwarz aus Künzell/Keulos nach Vollendung des 67. Lebensjahres verabschiedet wurde.

Dienststellenleiter Robert Ludwig bedauerte, daß Schwarz, der ihm ein bewährter Mitarbeiter gewesen sei und der nach seiner Versetzung in den Ruhestand als Polizeibeamter ein besonderes Interesse für die Aufgaben des BVS gezeigt habe, die Altersgrenze erreicht habe. Ihm sei bereits 1973 die Befähigung als BVS-Lehrer zuer-



BVS-Lehrer Willi Schwarz (links) nimmt aus der Hand von Dienststellenleiter Robert Ludwig die Urkunde entgegen.

kannt worden. Diese Tätigkeit habe er zur Zufriedenheit der Lehrgangsteilnehmer ausgeübt. Auch seine Mitarbeiter hätten ihm stets Anerkennung gezollt. Als Dank überreichte Ludwig eine Urkunde der BVS-Landesstelle Hessen.

BVS-Helfervertreter Richard Lomb dankte dem scheidenden Kollegen im Namen aller Mitarbeiter für die gute Zusammenarbeit und überreichte ein Erinnerungsgeschenk.

Saarland



Beachtliche Erfolgsbilanz

In einer Besprechung berichtete Landesstellenleiter Christian Koch über die seit Anfang 1978 in enger Zusammenarbeit mit dem saarländischen Innenministerium durchgeführte Aktion zur Gewinnung und Ausbildung von Selbstschutzberatern. Es wurden seitdem beachtliche Erfolge erzielt. In zahlreichen Gemeinden konnten innerhalb weniger Monate insgesamt etwa 380 Selbstschutzberater bestellt werden. 260 von ihnen haben bereits am 1. 1. 1979

25 ihre Abschlüßausbildung erhalten.

Durch den Einsatz der ehrenamtlichen Mitarbeiter war es möglich, die Erfolge in der Ausbildung erheblich zu steigern. Es wurden im abgelaufenen Jahr 573 Ausbildungsveranstaltungen mit 10.468 Teilnehmern – 45 Lehrgänge mehr als im Jahr 1977 – durchgeführt. Allerdings waren im betrieblichen Katastrophenschutz, bedingt durch die arbeitsmarktpolitische Situation, weniger Ausbildungsvorhaben zu verzeichnen.

Die Öffentlichkeitsarbeit erfuhr gegenüber den Vorjahren eine Belebung. Die Pressearbeit wurde intensiviert. Im Regionalprogramm des saarländischen Fernsehens wurden häufiger einschlägige Sendungen ausgestrahlt. In neun Seminaren konnten 210 Teilnehmer über die Aufgaben und Maßnahmen des Zivilschutzes informiert werden. Darüber hinaus fanden 14

gut besuchte Ausstellungen, ein Sicherheitswettbewerb und 100 Aufklärungsveranstaltungen mit 2704 Teilnehmern statt. Insgesamt ist die Steigerung der Öffentlichkeits- und Ausbildungsveranstaltungen um 13 % ein Ergebnis, auf das man stolz sein kann.

25 Jahre im öffentlichen Dienst

Der Leiter der BVS-Dienststelle Neunkirchen, Hans Gregorius, beging sein 25jähriges Dienstjubiläum. Aus diesem

Anlaß trafen sich die Mitarbeiter der Dienststelle zu einer kleinen Jubiläumseier, an der auch BVS-Landesstellenleiter Christian Koch teilnahm. Koch übermittelte dem Jubilar die Glückwünsche der Bundeshauptstelle und würdigte seine Verdienste.

Gregorius kam 1961 zur BVS-Dienststelle Neunkirchen, wo er zunächst als Fachbearbeiter und stv. Dienststellenleiter tätig war. Seit September 1976 ist er Leiter dieser Dienststelle, die auch die beiden Landkreise Neunkirchen und St. Wendel betreut.

Koch führte aus, daß sich Gregorius besondere Verdienste um den Aufbau der Ortsstelle im früheren Kreis Ottweiler erworben habe. Auch um den Aufbau des Behördenselbstschutzes habe er sich verdient gemacht. Sein Hauptaugenmerk galt der Einrichtung und dem Ausbau des BVS-Übungsgeländes in Wellesweiler. Koch stellte die Zuver-

lässigkeit und das Pflichtbewußtsein des Jubilars heraus und sprach ihm den Dank für die im öffentlichen Interesse geleistete Arbeit aus.

Hans Gregorius gab in seinen Dankesworten das Lob des Landesstellenleiters an seine ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter weiter. Er betonte, mit dem Einsatz dieser Helfer stehe und falle die Arbeit der Dienststelle Neunkirchen.

Gute Erfahrungen in Neunkirchen

Im Ausbildungsangebot der BVS-Dienststelle Neunkirchen wird großes Gewicht auf die Ausbildung der Bevölkerung gelegt. Die Selbstschutz-Grundlehrgänge – die ausnahmslos in den Abendstunden durchgeführt werden – sind immer ausgebucht. Jetzt zeichnet sich in erhöhtem Maße ein Interesse der Bevölkerung an der weiterführenden Ausbildung ab. In den zurückliegenden 14 Monaten konnten acht Ergänzungslehrgänge – mit 81 Teilnehmer – und sechs Ergänzungslehrgänge „Strahlenschutz“ – 52 Teilnehmer – durchgeführt werden. Die dabei gemachten Erfahrungen, insbesondere die Diskussionen, zeigten deutlich, daß die Bürger dem Gedanken des Selbstschutzes aufgeschlossen gegenüberstehen. Hier bietet sich für die Zukunft ein breites Betätigungsfeld, in der Planung wird dies entsprechend berücksichtigt werden.

Südwest aktuell

Freiburg. Im 1. Programm des Südwestfunks wird in unregelmäßigen Zeitabständen in Interviews und Kurzmitteilungen über den Selbstschutz berichtet. Moderator Leppert erörtert in diesem Beiträgen mit dem Fachbearbeiter der BVS-Dienststelle Freiburg, Hiersche, Probleme des Selbstschutzes. Die Sendung, die von 6.30 bis 7.30 Uhr ausgestrahlt wird, hat einen großen Zuhörerkreis, wie die vielen Anfragen bei der Dienststelle zeigen.

Friedrichshafen. Dienststellenleiter Haertel lud die Vorstände und Vertreter der Hilfsorganisationen im Bodenseekreis zu einer Jahresabschlußveranstaltung ein. Vertreter des Rettungshundvereins waren ebenfalls anwesend. Nach einem Rückblick auf das Jahr 1978 verabschiedete Haertel den langjährigen BVS-Bauberater Allwang, der nach Erreichen der Altersgrenze ausscheidet. Anschließend stellte er Rolf

Nagel vom Hochbauamt Friedrichshafen vor, der jetzt die Berater Tätigkeit im Bodenseekreis übernimmt.

Rottenburg/Neckar. Die Zivilschutzseminare für die Angehörigen der Landespolizei im Bereich Südwürttemberg finden reges Interesse. Polizeidirektor Teufel führte aus, daß der Zivilschutz für Polizeibeamte ein wichtiges Thema sei. Zivil- und Katastrophenschutz aus politischer Sicht ist das Gebiet, über welches Ernst Beck von der Landeszentrale für politische Bildung spricht. Über Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten informiert Oberstleutnant a. D. Feldle. Eine Besichtigung des Warnamtes gehört jeweils zum Seminarprogramm.

Rottweil. Zu einem Informationsgespräch trafen sich am 25. Januar 1979 der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Albert Bürger, und BVS-Landesstellenleiter Wolfgang

Raach. Der Meinungsaustausch im Hause des Präsidenten in Rottweil sollte die Möglichkeit zukünftiger Zusammenarbeit beider Verbände in Baden-Württemberg klären. An diesem Treffen nahm auch Fachgebietsleiter Friedrich Zürcher von der BVS-Landesstelle teil.



BAYERN

Auszeichnung für BVS-Dienststellenleiter

Für die gute Zusammenarbeit mit der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft erhielt der BVS-Dienststellenleiter von Augsburg, Albrecht Heinrich, der auch Bereichsbeauftragter von Schwaben ist, vom Vorsitzenden der Region Augsburg/Aichach-Friedberg der DLRG, Manfred Bolz, die Ehrenplakette der DLRG. Heinrich wurde von den an der Feierstunde teilnehmenden rund 400 DLRG-Mitgliedern mit Beifall bedacht.

Erst in jüngster Zeit hat die BVS-Dienststelle eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt, in die auch die örtlichen Katastrophenschutz-Organisationen mit einbezogen wurden. Daß das Echo auf solche Bemühungen nicht ausbleibt, zeigt ein Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Bobingen an die BVS-Dienststelle.

„Die Veranstaltung war zweifellos für alle Beteiligten ein großer Erfolg. Die Stadt dankt Ihnen dafür und hofft, daß Ihre Organisation bei einer ähnlichen

Veranstaltung . . . wieder mitmachen wird.“

Dienststelle Deggendorf war aktiv

Anläßlich einer Jahresabschlußfeier der BVS-Dienststelle Deggendorf wurden mehrere Mitarbeiter der Dienststelle für langjährige Dienste geehrt und ausgezeichnet. Helmut Langer aus Regen, seit 1959 ehrenamtlich im Verband tätig, erhielt die Goldene Ehrennadel des BVS. Die gleiche Auszeichnung erhielt für 20jährige Mitarbeit Alfons Mania. Urkunden erhielten die Helfer Ludwig Krebs – 18jährige Mitarbeit – und Hans Moser, Therese Reiter und Horst Engelbrecht – 15 Jahre Mitarbeit.

BVS-Dienststellenleiter Günther Koitek begrüßte die Mitarbeiter und als Gast Oberregierungsrat Josef Segl. Nach dem kleinen Festakt sprach Koitek über die im Jahre 1978 geleistete Arbeit des BVS. Die Aufforderung des Landratsamtes an die Bürgermeister, Aufklärungs-

veranstaltungen zu organisieren, sei auf fruchtbaren Boden gefallen. Der Redner erinnerte an größere Veranstaltungen, so an die Schutzraumbau-Ausstellung während des Gäubodenfestes in Straubing, die starke Beachtung gefunden habe.

BVS-Mitarbeiter Rudolf Hackl erstattete den Leistungsbericht 1978 in allen Einzelheiten: 58 Selbstschutz-Grundlehrgänge mit 1007 Teilnehmern; sieben ABC-Lehrgänge mit 234 Teilnehmern; elf Brandschutzlehrgänge mit 120 Teilnehmern; zwei Bergungslehrgänge; zwei Sanitätslehrgänge und 13 Weiterbildungslehrgänge für BVS-Mitarbeiter wurden durchgeführt. Außerdem sind erstmals zwei Weiterbildungslehrgänge für Behörden-Selbstschutzleiter veranstaltet worden.

Zu einem Informationsseminar kamen 29 Teilnehmer; an 111 Aufklärungsvorträgen nahmen 4070 Besucher, an zwei Sicherheitswettbewerben 250 Interessenten, an einer Plenumsdiskussion 74 Personen teil. Zwei Ausstellungen wurden von 71 500 Personen besucht.

THW-Helfer leisteten über 35 000 Einsatzstunden

Vom Beginn der Schneekatastrophe an – d. h. seit dem 29. Dezember 1978 – befanden sich die THW-Helfer aus den Ortsverbänden in den vom Schneechaos am schwersten betroffenen Kreisen und in der Stadt Flensburg bis zum Neujahrstag sozusagen pausenlos im Einsatz. Die eingesetzten Helfer des THW-Landesverbandes leisteten dabei insgesamt über 35 000 Einsatzstunden.

Um deutlich zu machen, wie vielfältig diese Einsätze waren – auch nach den schneereichen und stürmischen Tagen um die Jahreswende mußten die Arbeiten in einigen Kreisen noch tagelang fortgeführt werden – seien die wichtigsten hier kurz aufgeführt:

Die Helfer waren vorwiegend bei der Bergung der vielen in Schnee-Verwehungen auf Autobahnen und sonstigen Bundes- und Landesstraßen festgefahrenen Fahrzeuge eingesetzt und befreiten zahlreiche Autofahrer aus ihrer mißlichen Lage.

Die Helfer des OV Neustadt waren z. B. an der Autobahn Hamburg–Puttgarden eingesetzt. Die Bundeswehr holte bei diesem Einsatz die festgefahrenen Fahrzeuge mit einem Spähpanzer aus den Verwehungen heraus, das THW transportierte die Fahrzeuginsassen in die THW-Unterkunft. Die rd. 80 Personen wurden hier mit Fertigkost versorgt.

Helfer aus anderen Ortsverbänden transportierten Kranke, übernahmen schwierige Fahrten für Krankenhäuser, Versorgungsunternehmen und andere lebenswichtige Betriebe.

Auch die 18 Helfer des Friedrichstädter Ortsverbandes waren rund um die Uhr bis zur Erschöpfung im Einsatz. In fast 2000 Einsatzstunden transportierten sie Verletzte, Medikamente und dringend benötigte Lebensmittel, bargen unter harten Bedingungen Räumfahrzeuge und Milchtankzüge.

Hier zwei Beispiele, die für viele stehen: Drei Beschäftigte eines Lebensmittelbetriebes, die drei Tage lang mit einem Lkw bei Dörpstedt eingeschneit waren, wurden von THW-Helfern befreit. Während dieser Aktion mußte der THW-Beifahrer, bei starkem Schneesturm auf dem Kühler des Einsatzfahrzeuges sitzend, den Fahrer einweisen; bei dem dichten Schneetreiben konnte dieser kaum etwas sehen.

Einen der Geretteten brachten die Helfer mit Erfrierungserscheinungen zum Arzt.

Ein Handwerksmeister fand an der Bundesstraße 5 einen jungen Mann, der drei Stunden lang mit durchnässter Kleidung an seinem eingeschneiten Fahrzeug gewartet hatte. THW-Helfer holten den jungen Mann, dessen Trainingsanzug am Körper angefroren war, aus den Schneemassen heraus und brachten ihn „zum Auftauen“ in eine Arztpraxis.

Die Führungskräfte und Helfer des THW wurden immer wieder eingesetzt, um:

Straßen vom Schnee freizuräumen; Keller auszupumpen; Sandsäcke zu transportieren; Reparatur-Trupps der Elektrizitätsgesellschaft zu Schadensstellen zu transportieren; Futtermittel zu befördern; Krankenfahrzeuge bzw. Notarztwagen zu lotsen oder zu begleiten.

In Schleswig übernahmen die Helfer mit ihren Funkgeräten die Verbindung zwischen Hubschrauberbesatzungen und dem Einsatzstab der Bundeswehr, wenn die Maschinen am Boden waren und die direkte Funkverbindung nicht mehr klappte.

Als im Bereich Eckernförde die Ferngasleitung Kiel/Schleswig auf einer Länge von rund 300 Metern durch hohen und kräftigen Wellenschlag der Ostsee völlig freigelegt wurde, so daß sie, in der Luft schwebend, zu brechen drohte, waren es die Männer der Freiwilligen Feuerwehr und die Helfer des THW-OV, die – unterstützt von den Arbeitern zweier Baufirmen – mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln das Brechen der Leitung verhindern konnten. Es wäre sonst zu einer unvorstellbaren Katastrophe gekommen. Soldaten der Bundeswehr, Helfer des Technischen Hilfswerkes und Angehörige aller Hilfsorganisationen haben das Menschenmögliche getan, um den in Not geratenen Menschen zu helfen.

Die Landräte der von der Katastrophe betroffenen Kreise und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben inzwischen allen Einsatzkräften ihren Dank ausgesprochen und die Einsatzbereitschaft der Helfer gewürdigt. Die Dankschreiben des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und des Oppositionsführers im Schleswig-Holsteinischen Landtag werden nachstehend allen THW-Helfern zur Kenntnis gebracht.

Der Ministerpräsident schrieb:

„Bei der Bekämpfung der schweren Schneekatastrophe, die zur Jahreswende



Bestens bewährt hat sich bei der Bewältigung der Schneemassen der Schwenkschaufler, hier ausgerüstet mit Schneeketten.

über unser Land hereinbrach, sind die Angehörigen Ihrer Organisation tagelang „rund um die Uhr“ unermüdlich und tatkräftig im Einsatz gewesen. Sie haben in den Stunden der Not und Gefahr bewundernswerte Beispiele hervorragender und selbstloser Leistungsbereitschaft gegeben. Ihre entschlossene Hilfe hat wesentlich dazu beigetragen, daß noch stärkere Schäden an Leib und Leben wie an Sachgütern verhindert werden konnten.

Die Zusammenarbeit der Katastrophenabwehrstäbe auf Kreis- und Landesebene mit den beteiligten Institutionen und Organisationen hat sich auf der Grundlage vieler gemeinsamer Erfahrungen und guter menschlicher Kontakte in diesen schwierigen Tagen erneut eindrucksvoll bewährt.

Im Namen der schleswig-holsteinischen Landesregierung und der Bevölkerung unseres Landes, insbesondere aber der Menschen in den betroffenen Katastrophengebieten, möchte ich Ihnen unseren herzlichen Dank und unsere Anerkennung für die vorbildlichen, uneigennütigen Hilfsleistungen aussprechen. Ich bitte Sie, meinen Dank allen Ihren Mitarbeitern und Angehörigen zu übermitteln.“

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Klaus Matthiesen, schrieb:

„Zur Abwehr der Schneekatastrophe in unserem Lande haben sich die Angehörigen des Technischen Hilfswerkes mit anderen Helfern zusammen beispielhaft eingesetzt. Ihnen allen gebührt Lob und Anerkennung.“

Es ist mir ein Bedürfnis, allen freiwilligen Helfern und Angestellten des Technischen Hilfswerkes, die mitgeholfen haben, mit dem Naturereignis fertig zu werden, als Oppositionsführer und im Namen der SPD-Landtagsfraktion herzlich zu danken.“



Die Großkatastrophe blieb aus

Die Flutkatastrophe in Ostpreußen hat sich nicht zu einer Großkatastrophe in Niedersachsen entwickelt.

Die Flutkatastrophe in Ostpreußen hat sich nicht zu einer Großkatastrophe in Niedersachsen entwickelt. Die Schäden sind zwar groß, aber die Menschen sind nicht in Gefahr. Die Flut hat sich nicht in die Nordsee ausgebreitet. Die Flut hat sich nicht in die Nordsee ausgebreitet. Die Flut hat sich nicht in die Nordsee ausgebreitet.

Die Flutkatastrophe in Ostpreußen hat sich nicht zu einer Großkatastrophe in Niedersachsen entwickelt. Die Schäden sind zwar groß, aber die Menschen sind nicht in Gefahr. Die Flut hat sich nicht in die Nordsee ausgebreitet. Die Flut hat sich nicht in die Nordsee ausgebreitet. Die Flut hat sich nicht in die Nordsee ausgebreitet.

EV Hude-Bookholzberg versorgt Insassen eines Kinderferiencamps

Die Energieversorgung der Kinderferienlager in Ostpreußen ist durch die Flutkatastrophe nicht gefährdet. Die Energieversorgung ist durch die Flutkatastrophe nicht gefährdet.

Die Energieversorgung der Kinderferienlager in Ostpreußen ist durch die Flutkatastrophe nicht gefährdet. Die Energieversorgung ist durch die Flutkatastrophe nicht gefährdet. Die Energieversorgung ist durch die Flutkatastrophe nicht gefährdet.

Die Energieversorgung der Kinderferienlager in Ostpreußen ist durch die Flutkatastrophe nicht gefährdet. Die Energieversorgung ist durch die Flutkatastrophe nicht gefährdet. Die Energieversorgung ist durch die Flutkatastrophe nicht gefährdet.

Die Energieversorgung der Kinderferienlager in Ostpreußen ist durch die Flutkatastrophe nicht gefährdet. Die Energieversorgung ist durch die Flutkatastrophe nicht gefährdet. Die Energieversorgung ist durch die Flutkatastrophe nicht gefährdet.

Die Energieversorgung der Kinderferienlager in Ostpreußen ist durch die Flutkatastrophe nicht gefährdet. Die Energieversorgung ist durch die Flutkatastrophe nicht gefährdet. Die Energieversorgung ist durch die Flutkatastrophe nicht gefährdet.

Die Energieversorgung der Kinderferienlager in Ostpreußen ist durch die Flutkatastrophe nicht gefährdet. Die Energieversorgung ist durch die Flutkatastrophe nicht gefährdet. Die Energieversorgung ist durch die Flutkatastrophe nicht gefährdet.

Hunderte von Fahrzeugen fest, darunter ein Bus mit alten Leuten, die bereits seit über zwölf Stunden unterwegs waren.

Einige Senioren brauchten dringend kreislaufstärkende Medikamente. In vielen Wagen, denen beim Laufenlassen der Motoren der Sprit ausgegangen war, froren Kinder und Erwachsene. THW und DRK verteilten Decken, Medikamente und warme Getränke, die vom Kreiskrankenhaus Rinteln zur Verfügung gestellt worden waren. Ein Autofahrer, der dringend eine Insulininjektion benötigte, wurde in dem herrschenden Chaos gesucht und gefunden und zur Behandlung in das Kreiskrankenhaus gebracht.

Als die Hilfsaktion am nächsten Morgen gegen 4.30 Uhr beendet werden konnte, dokumentierten vier engbeschriebene Seiten im Funkbuch der THW-Zentrale die Dramatik dieser Nacht. Es ging ein Großinsatz zu Ende, der nur dank des vorbildlichen Leitungsstandes des OV Rinteln und des schnellentschlossenen Handelns des THW-OB so erfolgreich hatte durchgeführt werden können. Wie es um die Moral der Helfer bestellt ist, bewiesen zwei von ihnen, die auf Schlittschuhen zur Unterkunft gekommen waren!

Mit einem Faßchen Bier und einem deftigen Imbiß bedankte sich später der DRK-Kreisverbandsvorsitzende der Grafschaft Schaumburg, Rechtsanwalt Ulrich Neidhardt, bei den Männern

der Polizei und des THW-OV Rinteln für die in der „Glätteisnacht von Rinteln“ bewiesene Einsatzbereitschaft.

Winter-Stabsrahmenübung des THW

Mit der telefonischen Alarmierung sei

Landesbeauftragte für Niedersachsen, Hans Sahlender, am Sonnabend, dem 3. Februar 1979, um 5.00 Uhr die erste Stabsrahmenübung seines Landesverbandes in diesem Jahr ein. Bereits zwanzig Minuten später war die LB-Dienststelle telefonisch erreichbar; um 5.45 Uhr konnte der Einsatzstab des Landesverbandes mit der Arbeit beginnen.

Die angenommene Lage, mit der die Mitarbeiter des Einsatzstabes konfrontiert wurden: In den vergangenen beiden Wochen ist es im Stadtgebiet und im Landkreis Hannover zu starken Schneefällen und Verwehungen gekommen. Ein Orkantief führt zu plötzlich einsetzendem Tauwetter, verbunden mit Dauerregen, Gewittern und Stürmen. Flüsse und Kanäle führen Hochwasser. Die örtlichen THW-Einheiten sind bereits in verschiedenen Gemeinden wegen der entstandenen Windbruch-, Gebäude- und Hochwasserschäden sowie zur Beseitigung von Straßen- und Wegesperrungen im Einsatz.

Am Vortage gegen 20.30 Uhr hat es in der Erdbräffabrik in Hannover-Misburg aus ungeklärter Ursache eine Großexplosion gegeben. Durch die Gewalt der Explosion ist die Brücke über den Mittellandkanal zerstört worden. Brückentrümmer, die in den Kanal gestürzt sind, haben das Wasser über die Ufer treten lassen. Sich ausdehnende Flächenbrände im Bereich der Unglücksstelle nehmen die örtlichen Feuerwehren voll und ganz in Anspruch.

So kam es zur Alarmierung des THW und der Sanitätsorganisationen durch die Bezirksregierung, die für die Stadt und den Landkreis Hannover Katastrophenalarm auslöste. Die sich ausdehnende Großkatastrophe machte den zusammengeführten Einsatz von THW-Einheiten der Stadt Hannover und im

Ortsverbänden erforderlich. Außerdem mußten, nach einem Brand in einem Chemiewerk, zwei ABC-Züge zur Unterstützung in das Katastrophengebiet geführt werden.

Den THW-Kreisbeauftragten wurde aus diesem Grund ein Außenstab (Koordinierungsstelle) beigegeben, der, in Zusammenarbeit mit den beiden TEL, die Zuführung, Erfassung, Kompletierung, Ausstattung, Versorgung und zeitgerechte Ablösung der THW-Einheiten zu regeln hatte. In die Übung eingeschaltet war auch der Fernmeldezug Niedersachsen, der für den Aufbau, den Betrieb und die Überwachung des Funkverkehrs sowie den Bau von Fernsprechleitungen im Übungsabschnitt verantwortlich war.

Ziel dieser Übung war die Ermittlung des Zeitbedarfs für die Herstellung der Einsatzbereitschaft bei einer Alarmierung ohne Vorankündigung, die Erprobung der Zusammenarbeit des LB-Stabes mit dem Außenstab und die des Außenstabes mit den beiden TEL sowie die Erprobung des Funk- und Fernsprechbetriebs.

Im Verlauf der Übung, die nicht so sehr auf einem ausgeklügelten Drehbuch sondern mehr auf dem Improvisationsvermögen der Beteiligten aufbaute, traten Schwachstellen zutage, die zu erkennen und durch geeignete Maßnahmen zu beseitigen letztlich der Zweck des Ganzen war. Wichtige Erkenntnisse des Landesbeauftragten nach Beendigung dieser Stabsrahmenübung

Verstärkte Schulung der ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter in der Stabs- und Führungsarbeit durch den Besuch entsprechender Lehrgänge ist notwendig, um bei zukünftigen Großeinsätzen des THW die vor Ort eingesetzten

BERLIN

Landesbeauftragter für Niedersachsen im Stabsrahmenübung

Ein Bericht über die Stabsrahmenübung des Landesverbandes des THW Niedersachsen am 3. Februar 1979 in Hannover.

Die Stabsrahmenübung des Landesverbandes des THW Niedersachsen am 3. Februar 1979 in Hannover wurde von Landesbeauftragter für Niedersachsen Hans Sahlender geleitet. Die Übung wurde von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr durchgeführt. Die Teilnehmer waren die Landesbeauftragten der Kreisverbände, die Kreisbeauftragten der Ortsverbände und die Kreisbeauftragten der Kreisverbände.

Die Stabsrahmenübung des Landesverbandes des THW Niedersachsen am 3. Februar 1979 in Hannover wurde von Landesbeauftragter für Niedersachsen Hans Sahlender geleitet. Die Übung wurde von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr durchgeführt. Die Teilnehmer waren die Landesbeauftragten der Kreisverbände, die Kreisbeauftragten der Ortsverbände und die Kreisbeauftragten der Kreisverbände.

melten Helfer dankte der THW-Landesbeauftragte, Gerhard Brühl, dem Senator für den Empfang und versicherte, daß die Helfer der Organisationen wie bisher auch künftig bemüht sein werden, allen Anforderungen gerecht zu werden. Besonders lobend hob er die gute Zusammenarbeit mit dem Senat, aber auch zwischen den verschiedenen Organisationen hervor.

Beim anschließenden kalten Buffet und bei diversen Getränken war noch ausreichend Gelegenheit, über Vergangenes und Zukünftiges zu sprechen. Hierbei wurden auch manche neue Kontakte geknüpft, die im Laufe des Jahres zu konkreter Zusammenarbeit führen können. G. B.

Senatsdirektor Brinckmeier, Ltd. Senatsrat Grunst, MHD-Beauftragter von Heeremann und THW-Landesbeauftragter Brühl (v. l. n. r.) im Gespräch.



Gute Zusammenarbeit mit dem Innensenator

Die besonders gute Zusammenarbeit zwischen dem Senator für Inneres und dem THW-Landesverband zeigte sich bei einem Besuch des zuständigen Abteilungsleiters, Ltd. Senatsrat Friedrich-Wilhelm Grunst, und seiner Mitarbeiter, den Senatsräten Annußek und Puschnus, in der Dienststelle des THW-Landesverbandes Berlin.



Leitender Senatsrat Friedrich-Wilhelm Grunst trägt sich in das Gästebuch des THW-Landesverbandes Berlin ein.

Ohne direkten aktuellen Anlaß wurde zum Jahresende ein dreistündiges Gespräch über das THW allgemein und das Berliner THW insbesondere geführt. Hierbei kam die positive Einstellung zum THW immer wieder zum Ausdruck. Bei einer abschließenden Besichtigung der Dienststelle und der Einsatzzentrale trugen sich die Besucher in das Gästebuch ein mit den Worten: „Dank dem THW für Hilfe und Zusammenarbeit und viel Erfolg für Berlin“. G. B.

Den Nagel auf den Kopf getroffen

Für eine Informationsveranstaltung vor dem Rathaus Tempelhof hatten sich

ausgedacht: Auf einem Brett war ein aufgezeichnetes THW-Emblem auszunageln.

Gleich zu Beginn versuchte sich auch der Regierende Bürgermeister, Dietrich Stobbe, an diesem Spiel. Als vorsichtiger Politiker nahm er den Hammer denn auch in beide Hände und war offensichtlich selbst überrascht, wie schwer



Berlins Regierender Bürgermeister Dietrich Stobbe beim Versuch, den Nagel auf den Kopf zu treffen.

es ist, einen Nagel auf den Kopf zu treffen. Trotzdem machte es ihm und vielen anderen Prominenten großen Spaß. K. W.

Auszeichnungen für Berliner THW-Helfer

Wie bereits in ZS-MAGAZIN 1/79 berichtet, hat der Senat von Berlin für die freiwilligen Helfer in den Feuerwehren und Katastrophenschutzorganisationen ein Ehrenzeichen für 10- bzw. 25jährige aktive Mitarbeit in den betreffenden

Nachdem am 12. Dezember 1978 in Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters die Auszeichnungen zunächst symbolisch an je zwei Helfer jeder Organisation durch den Senator des Inneren, Peter Ulrich, überreicht wurden, sind die Auszeichnungen bis zu den Weihnachtsfeiertagen in den THW-Bezirksverbänden dann an alle ausgezeichneten Helfer durch den THW-Landesbeauftragten überreicht worden.



Der Berliner Bundestagsabgeordnete Peter Kittelmann (CDU) ließ es sich nicht nehmen, bei der Auszeichnung der THW-Helfer persönlich anwesend zu sein und den Helfern für ihre Arbeit zu danken. Unser Bild (v. l. n. r.): MdB Kittelmann, Geschäftsführer Zehnder, Landesbeauftragter Brühl und Bereichsbeauftragter Küssner.

Besonders erfreulich war, daß die Übergabe der Ehrenzeichen im Bezirksverband Tiergarten-Wedding der Senator für Inneres, Peter Ulrich, persönlich vornahm und hierfür eine kurze Pause in der Haushaltsdebatte des Abgeordnetenhauses opferte.

Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Kittelmann kam spontan von einer Sitzung seiner Fraktion im Berliner Reichstag zum Bezirksverband Tiergarten/Wedding, um den Helfern auch persönlich Dank und Anerkennung für ihre stete Einsatzbereitschaft zu sagen und ihnen im Rahmen seiner Möglichkeiten Hilfe und Unterstützung für den weiteren Aufbau des Katastrophen-



OV Balve räumt Schnee

Der Winter brachte das kleine sauerländische Städtchen Balve in arge Bedrängnis: Nach tagelangen Schneefällen war der städtische Fuhrpark allein nicht mehr in der Lage, dem Winter zu trotzen. Daher wurde, unter Leitung des THW-Ortsbeauftragten Hubert Flöper, der Bergungszug des THW eingesetzt, um wichtige Straßen und Wege vom Schnee zu räumen.

Weil die Schneefälle anhielten, forderte der OV Balve „Verstärkung“ durch eine THW-Bergungsräumgruppe des Märkischen Kreises an. Der Bürgermeister von Balve, Paul Lübke, hatte sich für diesen Einsatz ausgesprochen.

Die THW-Bergungskräfte – unter Leitung von Geschäftsführer Zock, Altena – zeigten, daß sie auch bei solchen Katastrophen in der Lage sind, sachgerechte Hilfe zu leisten. Mit mehreren Lastkraftwagen (u. a. zwei Kippern) und einem Schwenkschaufler rückten die Einheiten aus, um die Balver Hauptstraße zu räumen. Lobenswert war der Einsatz der THW-Jungshelfer, die mit behelfsmäßigen Räummitteln wirksam eingriffen. B. F.

Mit Spezialfahrzeugen – Schwenkschaufler und Kipper – war das THW im Schnee-Einsatz.



THW-Jungshelfer beteiligten sich mit behelfsmäßigen Räummitteln an der Beseitigung der weißen Pracht.



Hilfe für Behinderte

Um die neue Behinderten-Werkstatt der Stadt Brilon mit den notwendigen Arbeitseinrichtungen auszustatten, hatten zahlreiche humanitäre Organisationen, darunter auch das THW, durch stadtweite Hilfsaktionen zur finanziellen Mit Hilfe aufgerufen.

Als Beitrag zu dieser Aktion veranstaltete der THW-Ortsverband Brilon – gemeinsam mit dem Blasorchester der Stadt – ein Oktoberfest. Hierbei wurde ein Erlös von DM 10 000 erzielt, der dem Caritasverband Brilon als Träger der Behinderten-Werkstatt zur Verfügung gestellt wurde.

U. J.

THW im Schnee-Einsatz

Auch der Landesverband NRW des THW befand sich um die Jahreswende 1978/79 und in den ersten Januartagen

im Großeinsatz an der „Schneefront“. In Nordrhein-Westfalen wurden zwar nicht die extremen Kältegrade und Schneestürme wie in den nördlichen Bundesländern erreicht; doch war die Witterung so schlecht, daß im gesamten Bereich des Landesverbandes die Ortsverbände des THW zu Hilfe gerufen wurden.

Neben einer Vielzahl von Einsätzen, die von den Ortsverbänden des Landesverbandes als „Routinearbeiten“ eingestuft wurden, ergaben sich folgende Schwerpunkte:

Im Ortsverband Wuppertal wurden die „Männer mit dem blauen Zahnradwappen am Ärmel“ (so eine Zeitung) u. a. eingesetzt, um wichtige Verkehrsstraßen von festgefahrenen oder querstehenden Großfahrzeugen zu befreien. In einem Sondereinsatz wurde das Dach einer großen Reithalle abgestützt, welches sich, bedingt durch die tonnenschwere Schneelast, gesenkt hatte und einzustürzen drohte. Viele Bäume hielten der Schneelast nicht stand und knickten um, wobei es dann zu Straßensperrungen kam.

In einem Nachteinsatz der Helfer des OV Remscheid wurden auf den Straßen querliegende Bäume zersägt und die blockierten Straßen freigeräumt. Hierbei mußten die umstehenden schneebedeckten Baumwipfel ständig mit einem Scheinwerfer kontrolliert werden, damit die Männer an der Säge notfalls gewarnt werden konnten, wenn weitere Bäume auf die Fahrbahn zu fallen drohten.

THW-Helfer des Geschäftsführerbereiches Düsseldorf wurden sofort nach Beginn der heftigen Schneefälle im Bereich der Bundesbahnanlagen der Landeshauptstadt eingesetzt, um Gleis- und Weichenanlagen schnee- und eisfrei zu machen. An verschiedenen Stellen im Stadtgebiet wurden Helfer zusammgezogen, die zusammen mit städtischen Räumkommandos wichtige Straßenabschnitte, Fußgängerüberwege und Brücken vom Schnee befreiten. Zum Abtransport der Schneemassen wurden Kipper eingesetzt, die kurzfristig von den benachbarten Ortsverbänden ausgeliehen worden waren.

U. J.



Staatssekretär Dockhorn beim THW Wiesbaden

Anlässlich der Jahresabschlussfeier der Abteilung Zivil- und Katastrophenschutz des Hessischen Ministeriums des Innern besuchte Staatssekretär Otto Dockhorn den THW-OV Wiesbaden. Wie im vergangenen Jahr begrüßte auch diesmal Ld. MinRat Walter Kayser die Damen und Herren der Abteilung VI in den Räumen des THW. Ganz besonders erfreut war man über das Kommen des seit Dezember 1978 im Amt befindlichen Staatssekretärs. Im Verlauf der Veranstaltung bot sich für den Staatssekretär die Gelegenheit, sich über die Probleme des hessischen Katastrophenschutzes ausführlich zu informieren. Schr.



Staatssekretär Otto Dockhorn (links) und Ld. Ministerialrat Walter Kayser beim THW in Wiesbaden.

Ins rechte Licht gerückt . . .

. . . wurde das 1. Internationale Militär-Musik-Festival in der Frankfurter Festhalle durch die Halogenscheinwerfer



Für ihre Verdienste um das THW wurden Zugführer Dieter Urbanek (3. v. l.), Forstamtmann Eberhard Jamrowski (Mitte) und Sprengmeister Wolfgang Günther (3. v. r.) ausgezeichnet.

der THW-Ortsverbände im Geschäftsführerbereich Frankfurt. Unter der Schirmherrschaft des Stadtverordneten-Vorstehers Hans-Ulrich Korenke veranstaltete das Frankfurter Wochenblatt „Blitz-Tip“ ein Musikfestival mit 400 Militärmusikern aus fünf Nationen. Aufgabe des THW war es, das mit Blumen und Fahnen geschmückte Einzugsportal auszuleuchten. Unter Einsatz der Gerätesätze „Beleuchtung“ und mit viel Geschick gelang es den Helfern, alles in rechte Licht zu rücken. Durch diesen Einsatz haben die Helfer des THW auch ihren Beitrag zur Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten der Heinrich-Kraft-Stiftung geleistet. J. S.

Positive Bilanz des THW Wächtersbach

In Gegenwart des stv. THW-Landesbeauftragten für Hessen, Dipl.-Ing. Dietrich

Franz, THW-Kreisbeauftragten Ing. Willi Grieshaber, THW-Geschäftsführer Günter Puth, Stadtverordnetenvorsteher Eckhard Götzl sowie Stadtrat Erwin Heim und Vertretern des DRK wurden drei verdiente Helfer im Bürgerhaus Wächtersbach ausgezeichnet. Unter dem Applaus der versammelten Helferinnen und Helfer erhielten „die Mütter der Kompanie“ – Zugführer Dieter Urbanek, Sprengmeister Ing. Wolfgang Günther und Forstamtmann Eberhard Jamrowski – die Auszeichnung für besondere Verdienste um den Aufbau und die Förderung des THW.

In einem kurzen Abriss führte Ortsbeauftragter Gunter Gunia den Teilnehmern dieser Jahresabschlussfeier noch einmal die wichtigsten Stationen des abgelaufenen Jahres vor Augen.

Erfolgreich sei die Teilnahme des OV an der THW-Großübung „Kinzig 78“ verlaufen, worin der OV in Zusammenarbeit mit dem OV Steinau eine 4-Tonnen-Schwelljochbrücke errichten mußte. Befriedigt zeigte Gunia sich über die derzeitige Fahrzeugsituation. So sei im vergangenen Jahr der gesamte Fahrzeugpark aufgefrischt worden. Dank eines Zuschusses der Stadt Wächtersbach verfüge man nun auch über Funkgeräte. Da die aufzustellenden Einheiten ihre Sollstärke fast erreicht haben, ist sogar in Kürze mit einem Aufnahmestop zu rechnen.

Die Mitarbeit der beiden einzigen weiblichen Helfer Christiane Seifert und Christine Bayer, die in der Verwaltung ihren „Mann“ stehen, würdigte Gunia durch die Übergabe einer Münze und eines Wächtersbacher Silbertalers. G.



Deutsch-französische Gemeinschaftsübung

Der THW-Ortsverband Saarwellingen, der die zwanzigste Wiederkehr seiner Gründung feiern konnte, nahm diese Gelegenheit zum Anlaß, mit der Fédération Nationale de Sauvetage (FNS) aus Thionville, einer befreundeten Katastrophenschutzorganisation aus Frank-

reich, zwei Gemeinschaftsübungen durchzuführen.

Seit dem Jahre 1961, als zum erstenmal in Saarbrücken eine Gemeinschaftsübung des damaligen Luftschutzhilfsdienstes des Saarlandes mit dem französischen Rettungsdienst FNS und der Katastrophenschutzorganisation des Großherzogtums Luxemburg, der Protection Civile Luxembourg, stattfand,

unterhält der OV Saarwellingen freundschaftliche Beziehungen zu den Helferinnen und Helfern aus Frankreich. Alljährlich finden seither abwechselnd auf deutschem und französischem Boden Gemeinschaftsübungen statt.

Der ersten Gemeinschaftsübung, die in Saarwellingen stattfand, ging ein gemeinsamer Kameradschaftsabend voraus, zu dem THW-Ortsbeauftragter



Mit einer Tonnenfahre wurden Verletzte transportiert.



THW-Helfer erörtern mit den französischen Führungskräften eine behelfsmäßige Seilbahn.



Deutsch-französischer Erfahrungsaustausch nach Abschluß der Übung.

Maurer u. a. Sektionschef Florence, THW-Landesbeauftragten Reimann sowie in Vertretung des Bürgermeisters von Saarwellingen den Beigeordneten Neu, Geschäftsführer Werth und die Ortsbeauftragten aus Lebach, Saarlouis und Dillingen begrüßen konnte.

Zentrales Übungsthema am darauffolgenden Tag war die Bergung von Verletzten aus den Trümmern eines ehemaligen Westwallbunkers. Unter der Leitung von Zugführer Schmitt mußten hierzu im Bunker Arbeitsbühnen errichtet werden. Der Transport der Verletzten erfolgte über schiefe Ebenen und eine Seilbahn. Besonderes Interesse zeigten die französischen Gäste an den Arbeiten zur Bergung von Verletzten aus einem verunglückten Pkw mit Hilfe der hydraulischen Rettungsschere. Weitere Übungsaufgaben waren der Bau sowie Betrieb einer Behelfs-Tonnenfahre auf einem Weiher und für die Jugendgruppe die Errichtung eines 20 m langen Chi-

nasteges. Unter den zahlreichen Beobachtern waren auch der Distrikt-Präsident der Protection Civile Diedenhofen, Said Bran, sowie eine Abordnung der französischen Feuerwehr.

Am darauffolgenden Sonntag waren die THW-Helfer aus Saarwellingen Gäste in Thionville, wo eine Übung in vier Phasen durchgeführt wurde.

1. Infolge starken Nebels waren bei einem Massenunfall vier Personenkraftwagen in Brand geraten. Das Löschen erfolgte durch die Feuerwehr von Grand-Hettange.
2. Die Rettung der eingeklemmten Verletzten erfolgte durch Helfer des OV Saarwellingen (zwei Verkehrshilfskombis mit hydraulischer Rettungsschere).
3. Demonstration von verschiedenen Möglichkeiten des Einsatzes von Verkehrshilfskombis.
4. Absturz eines Sportflugzeuges. Maßnahmen der Ersten Hilfe durch Helferinnen und Helfer der FNS, Transport

der Verletzten über eine ca. 50 m lange Seilbahn.

Zum Abschluß der gelungenen Übung, die den guten Ausbildungsstand aller Beteiligten erkennen ließ, sprach THW-Landesbeauftragter Reimann den Wunsch aus, daß auch weiterhin die völkerverbindende Freundschaft dieser beiden Organisationen erhalten bleiben möge und überreichte den französischen Gastgebern eine Erinnerungsplakette. G. F.

Nachtübung des OV Saarlouis

Zur Überprüfung des Ausbildungsstandes und der Einsatzbereitschaft setzte Ortsbeauftragter Wagner, THW-OV Saarlouis, eine Nachtübung an. Ausgangslage: Im Stadtteil Roden ist die Böttler Mühle durch eine Mehistaubexplosion erheblich beschädigt worden. Im Umkreis von 100 m entstand beträchtlicher Sachschaden. Im Getreidelager ist ein Schwelbrand ausgebrochen. Zum Zeitpunkt der Explosion befanden sich zwei Familien und fünf Betriebsangehörige in dem Gebäude. Die Erkundung ergab: Teilzusammenbruch des Gebäudes.

Unter der Leitung der Zugführer Sebastian Hafner und Willi Loch kamen je ein I- und B-Zug zum Einsatz, wobei sich das Auffinden und Bergen der Verletzten, die teils eingeschlossen waren, äußerst schwierig gestaltete, da der gesamte Einsatzkomplex in tiefer Dunkelheit lag. Versorgung und Abtransport der Verletzten erfolgten durch das DRK.

Eine von mehreren Aufgaben der E-



Bergung eines Verletzten durch ein Kellerfenster.



Mit Hilfe eines 6 m hohen Arbeitsgerüsts konnte ein Absperrschieber eingebaut werden.

Gruppe war, die gesamte Schadensstelle unter Einsatz eines 100-kVA-Aggregates auszuleuchten. Die GW-Gruppe, auf 20 Helfer verstärkt, mußte ein 6 m hohes Arbeitsgerüst aus Rundholz errichten, um einen Nutzwasseranschluß NW 125 mit Absperrschieber ND 10 herzustellen. Des weiteren wurde zur Bekämpfung des Schwelbrandes eine TS 8/8 mit Wasserentnahme aus dem Eilbach (Stau des Baches mit Sandsäcken) eingesetzt.

Unter den zahlreichen Beobachtern, die sich trotz eisiger Kälte an der Einsatzstelle eingefunden hatten, befanden sich neben LB Reimann, KB Hesse, HSGL Faß und GF Werth auch Major Schülke von der Luftlande-Pionier-Kompanie 216, Wehrführer Quirin, die DRK-Bereitschaftsführer Schleich und Becker sowie Vertreter der Stadtverwaltung und anderer THW-Ortsverbände. G. F.

Nächtlicher Einsatz auf der Autobahn

Insgesamt vier Personen wurden schwer verletzt, als auf der A 1 in Höhe der Abfahrt Illingen ein Pkw-Fahrer auf der falschen Fahrbahnseite mit einem entgegenkommenden Pkw zusammengestoßen war. Ein weiteres Fahrzeug war aufgefahren. Da nur zwei der insgesamt vier Verletzten ohne Hilfsmittel aus den total beschädigten Fahrzeugen geborgen werden konnten, alarmierte die Polizeidienststelle Illingen den THW-OV Illingen. Zugführer

Schmidt und zwei Helfer trafen mit dem Verkehrshilfskombi in kürzester Zeit an der Unfallstelle ein.

Die Bergungsarbeiten mit der hydraulischen Rettungsschere und dem Spreizer gestalteten sich äußerst schwierig,

da die Verletzten so eingeklemmt waren, daß der gesamte vordere Teil eines Pkw abgetrennt werden mußte. G. F.

RHEINLAND~PFALZ



Eisstau an der unteren Ahr

Der Landrat des Kreises Ahrweiler hat dem Kreisbeauftragten des THW folgendes Dankschreiben übersandt:

„Dank des schnellen und wirkungsvollen Einsatzes von THW-Kräften der Ortsverbände Ahrweiler und Sinzig konnte die durch den Eisstau entstandene Hochwassergefahr an dem Unterlauf der Ahr beseitigt werden. Hierdurch wurden Sachwerte von erheblichem Wert an der Kläranlage Sinzig und an den in der Nähe liegenden Unternehmen und Privathaushalten geschützt. Mir ist es ein aufrichtiges Bedürfnis, hierfür allen am Einsatz beteiligten Helfern im Namen der Verwaltung und der betroffenen Bevölkerung meinen Dank auszusprechen.“

Und das ist die Vorgeschichte: Aufgrund des Rhein-Hochwassers in der ersten Januar-Woche, des dadurch verursachten Rückstaus der Ahr, des andauernden starken Frostes bis -20 Grad, neuer Niederschläge in der Eifel und anderer ungünstiger Einflüsse, hatte sich ein Verschuß aus Eis, Schnee und Wasser auf einer Länge von etwa 2 km am Unterlauf der Ahr gebildet. Dadurch floß Ahrwasser in großer Menge in die Kläranlage „Untere Ahr“ ein und bedrohte deren Funktion. Mindestens 45 000 Menschen wären dadurch betroffen gewesen. Bei einer Ortsbesichtigung wurden folgende Sofortmaßnahmen für erforderlich gehalten:

1. Das in die Kläranlage einfließende Ahrwasser durch eine Sandsacksperrung im Kanalsystem des Notwasserauslaufes, der jetzt Wasserzulauf geworden war, abzusperren und

2. durch eine Eissprengung den Wasserabfluß der Ahr wieder herzustellen, um die Entsorgung der Kläranlage zu erreichen.

Die sofort eingeleiteten Maßnahmen durch Helfer des OV Sinzig und den Sprengberechtigten Karl von der KSB blieben wegen der extrem niedrigen Temperatur und der fehlenden Strömung der Ahr zunächst erfolglos.

Nach erneuter Besichtigung, Besprechung und eingehender Beurteilung der Lage an der Kläranlage durch Vertreter des Abwasserverbandes, der

Kreisverwaltung und des THW wurde der Landrat über die Situation unterrichtet. Dieser erschien sofort an der Kläranlage und leitete den umgehend angeordneten überörtlichen Einsatz. Hierzu wurden weitere Helfer, insbesondere der Sprengtrupp der KSB, Helfer des OV Ahrweiler und der Feuerwehr herangezogen.

Schwerpunkte dieses Einsatzes waren:

1. Einbringen einer weiteren Sandsacksperrung,
2. Schaffung eines Abflusses im Bereich der unteren Ahr bis zur Kläranlage mit Hilfe eines Baggers,
3. Aufsprengen des Eises an notwendigen Stellen,
4. Abtransport der Eismassen in den Rhein,
5. Verhinderung des erneuten Zufrierens der Ahr im freigelegten Bereich.

Die Maßnahmen zu 1. zeigten einen verblüffenden Erfolg. Die dadurch freierwerdenden Helfer konnten von der Einsatzleitung dem Sprengtrupp beigegeben werden. Auch dieser erzielte durch den verstärkten Einsatz und Sprengungen diagonal zum Ahrbett die erwartete Wirkung. Besondere Anstrengungen erforderte es jetzt, das gesprengte Eis manuell von Booten aus zu lösen und in den Rhein zu transportieren. Nach unermüdlichem, über fünf Tage dauerndem Einsatz mit insgesamt 50 THW-Helfern konnte die Einsatzleitung die Arbeit einstellen, nachdem keine Gefahr mehr durch Hochwasser bestand. E. H.

THW im Öleinsatz

In einem Hafenbecken des Rheinauhafens Mannheim waren ca. 25 000 l Heizöl ausgelaufen. Durch den THW-Ortsbeauftragten für Mannheim wurde der OV Ludwigshafen zur Unterstützung bei der Ölschadensbekämpfung durch Gestellung eines Übersetzbootes mit Besatzung gebeten. In Zusammenarbeit mit den Helfern des OV Mannheim, den Berufsfeuerwehren Mannheim und Ludwigshafen wurden Ölsperren errichtet und Ölbindemittel aufgebracht. Anschließend wurde das Ölbindemittel abgesaugt und abgeschöpft.

THW Worms übernahm Notarztversorgung

Bei den starken Schneefällen und Eisregen in der Zeit vom 31. Dezember bis zum 2. Januar waren die Straßen im Stadtgebiet von Worms für normale Fahrzeuge zeitweise nicht befahrbar. Dadurch konnte die Notarztversorgung für die Stadt Worms nicht aufrechterhalten werden. Durch die mit Schneeketten ausgerüsteten THW-Fahrzeuge wurde dieser Notdienst übernommen, der sich ab 1. Januar auch auf die zehn Kilometer entfernte Gemeinde Osthofen ausdehnte. Insgesamt wurden in Worms 25 und in Osthofen 5 Einsätze gefahren. In der Silvesternacht waren auf der Bundesstraße 47 sechs PKW, darunter ein Einsatzfahrzeug der Polizei, in Schneeverwehungen steckengeblieben. Diese Fahrzeuge wurden durch den GWK und einen MKW des OV Worms in nur anderthalbstündigem Einsatz geborgen. K. W.

THW half beim Schneeräumen

Freitag, 12. Januar, 12.00 Uhr: „Die Innenstadt ist sauber!“ Mit dieser Feststellung und Dankesworten an die vielen haupt- und ehrenamtlichen Helfer aus Mainz beendete Bürgermeister Heinz-Georg Diehl die Aktion zur Beseitigung der für Mainzer Verhältnisse in ungewöhnlicher Menge gefallenen Schneemassen. Neben den Kräften des Fuhr- und Reinigungsamtes und Vertragsfirmen hatte sich auch das THW an dieser Arbeit beteiligt. In erster Linie mußten die Schneewälle an den Straßenrändern abgetragen werden. An sechs aufeinanderfolgenden Tagen waren hauptamtliche Kraftfahrer des THW-Landesverbandes jeweils in zwei Schichten von 5.00 bis 21.00 Uhr eingesetzt, mit dem Schwenkschaufler den Schnee vornehmlich aus den Hauptverkehrsstraßen auf Kipper zu laden, abzutransportieren und in den Rhein abzukippen. Jeweils ab 17.00 Uhr bekamen die Fahrer dann Unterstützung durch Helfer des OV Mainz, die mit Schippen die gleiche Arbeit, allerdings in mühevoller Kleinarbeit, verrichteten. G. Ö.



Backnanger Junghelfer proben den Alarmfall

Natürlich ahnten sie etwas, die Junghelfer des THW-OV Backnang. Einer ahnte sogar soviel, daß er schon eine Stunde vor Auslösung des Alarms vor der Unterkunft wartete. Er wurde dann „vorläufig festgenommen und im Bahnhofsrestaurant bei einer Flasche Sprudel in Sicherheitsverwahrung genommen“.

Und kurz nach 13.00 Uhr kamen sie an, mit Moped, Fahrrad, zu Fuß und von Vater oder Mutter schnell mit dem Familienauto angeliefert. Ein Junghelfer war krank, drei mußten bei einem Schulfest mitwirken (gute Noten sind wichtig!).

Die acht Junghelfer bildeten drei Trupps. Jeder Truppführer erhielt vom Einsatzleiter den Auftrag: Erkundung der Lage in einem nach dem Koordinatensystem angegebenen Ort über die Situation nach einer Katastrophe.

Der Truppführer mußte nun den Fahrer so einweisen, daß sein Trupp möglichst umgehend das Schadensgebiet erreichte.

An der Schadensstelle mußte anhand von schriftlichen Angaben, die an den verschiedenen Gebäuden angebracht waren, der betreffende Schadensfall mit taktischen Zeichen in die Lageplanskizze eingetragen werden.

Anschließend wurde eine Aussichtsplatte hoch über dem Löwensteiner Land angefahren; hier galt es, nach der Karte die Namen der in der Ebene liegenden Ortschaften anzugeben und die Entfernung zum eigenen Standort zu schätzen bzw. nach dem Maßstab zu errechnen. Am dritten Ort war von einem „Indianerdorf“ eines großen Waldspielplatzes eine Lageskizze zu fertigen.

Nun schien alles bestanden zu sein, und die Trupps, die alle mit einem Abstand von 15 Minuten die jeweiligen Strecken und Aufgaben zu bewältigen hatten, bekamen den Auftrag, auf der Fahrt zur Vesper noch eine Erkundung von einem an der Straße gelegenen Punkt mitzubringen. War es der Hunger, der Übereifer, das eigene Hochgefühl, „so gut“ zu sein: Zwei Trupps brachten keine Erkundung mit, gefunden hatten sie aber alle den Punkt, aber wie es dort aussah, wußten zwei Truppführer und ihre Mitarbeiter nicht allzu genau anzugeben. Ein Wirtshaus ja, das war dort, wie viele Betten vorhanden waren,

war nicht bekannt. Eine Werkstatt für landwirtschaftliche Maschinen, nein, nicht gesehen, waren die Antworten an den Einsatzleiter.

Am Endpunkt angekommen, erläuterte THW-OB Wildermuth noch einmal die einzelnen Aufgaben und erklärte, welchen Zwecken solche Erkundungen im Ernstfall dienen würden. Er dankte der Koordinierungsgruppe des OV für die Ausarbeitung der Übung und allen Teilnehmern, Junghelfern und begleitenden Helfern für die Mitarbeit. K. S.

Funkausbildung für die Feuerwehr

Vier Feuerwehren ließen sich von der Führungsgruppe des THW-Ortsverbandes Biberach/Baden in die „Geheimnisse“ des Funkverkehrs einweisen. Nach einem Abend in der THW-Unterkunft, der dem theoretischen Wissen um den Funkverkehr gewidmet war, folgte ein Ausbildungsabend in der Halle eines Omnibusunternehmens. Damit möglichst viele Feuerwehrleute den Funksprechverkehr üben konnten, stellte das DRK noch einen Krankenwagen mit Funkgerät und das THW zwei Fahrzeuge zur Verfügung, so daß zusammen mit den Feuerwehrfahrzeugen 9 Fahrzeuge und somit 9 Sprechstellen den Lehrgangsteilnehmern zur Verfügung standen.

Zum Abschluß bedankte sich Kommandant W. Lang bei den THW-Männern Walter Nock und Klaus Stefan, OV Biberach, sowie Schulte und Beck vom OV Lahr für die Hilfe bei dieser Ausbildung. K. S.

Einweisungslehrgang für Führungskräfte

Kürzlich wurde für Kreis- und Ortsbeauftragte des THW (einschließlich deren Vertreter), die in der Vergangenheit noch nicht die vorgesehenen Führungslehrgänge an der KSB und KSL absolvieren konnten, ein zweitägiger Einweisungslehrgang an der Katastrophenschutzschule des Landes Baden-Württemberg in Neuhausen durchgeführt. Auf diesem Weg sollten den Führungskräften vorab wichtige Grundlagen für ihre Tätigkeit im THW in gestraffter Form vermittelt werden. Durch den Besuch des kurzen Einweisungslehrganges wird allerdings keinesfalls die notwendige Teilnahme an den Lehrgängen der KSB und KSL berührt, d. h. die Ausbildung an diesen Schulen ist baldmöglichst zu durchlaufen.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben und den folgenden Lernzielen

- Kenntnis der Grundzüge des Aufbaus des KatS und der betreffenden bundes- und landesrechtlichen Vorschriften,
- Befähigung zur Vorbereitung und Durchführung friedensmäßiger Katastrophenschutzmaßnahmen (organisatorische und taktische Fähigkeiten),
- Einblick in die Einsatzmöglichkeiten des THW bei Verkehrsunfällen und schweren Unglücksfällen sowie Unwettermkatastrophen und beim Herrichten von Ersatzübergängen (Behelfsbrücken, Stege, Fähren),

wurden zwischen der Schulleitung der KSL und der LB-Dienststelle ein entsprechender Ausbildungsplan aufgestellt. Als Lehrkräfte standen hierfür der Schulleiter der KSL, die Lehrgruppenleiter „Bergung“ und „Fernmeldewesen“ sowie der Sachbearbeiter „KatS/Einsatz“ des THW-LB zur Verfügung.

Der Lehrgang wurde programmgemäß unter Beteiligung von 28 OB/KB des THW (bzw. Vertreter) durchgeführt. Bei der Aussprache anläßlich der Verabschiedung der Lehrgangsteilnehmer durch den Schulleiter und den THW-Landesbeauftragten konnte festgestellt werden, daß dieser kurze Einweisungslehrgang keineswegs die Standardausbildung ersetzt, aber andererseits auf diesem Wege der Wissensstand der THW-Führungskräfte in einigen grundsätzlichen Bereichen der Gefahrenabwehr verbreitert werden konnte. Insbesondere den Führungskräften, die auf Grund ihrer exponierten Stellung im Berufsleben nur schwerlich ganzwöchige Lehrgänge besuchen können, wurde mit diesem Kurzlehrgang eine ihren knappen Zeitverhältnissen angepaßte Ausbildungsmöglichkeit geboten. G. K.

Nachruf

Der THW-Ortsverband Waldshut-Tiengen trauert um seinen Althelfer, Träger des Helferzeichens in Gold,

Fritz Pfaller

der im Alter von 78 Jahren verstarb. Er war jahrelang Ausbildungsleiter und hat durch sein fachliches Können die Wertschätzung aller Helfer erworben. Wir werden unserem Kameraden ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Landesbeauftragte für Baden-Württemberg
Der Ortsverband
Waldshut-Tiengen

Der THW-Ortsverband Landshut baute Schutzhütten

Das THW bewältigt nicht nur Routineangelegenheiten, sondern auch schwierige Unternehmungen, die aus dem Rahmen des Üblichen fallen. Daß dabei doch relativ unbürokratisch vorgegangen wird, kommt allen Seiten gelegen.

So war es auch in diesem Fall, als die Landshuter Sektion des Deutschen Alpenvereins das THW um Hilfe bat: Es ging um die Erstellung von Schutzhütten für die Berg- und Talstation der Materialseilbahn an der „Geraer Hütte“ in den Zillertaler Alpen (Tirol).

Zwar ging auch dieser Aktion, die ja immerhin in Österreich stattfand, ein umfangreicher Schriftwechsel zwischen verschiedenen Behörden voraus, doch wurden von keiner Seite Steine in den Weg gelegt, und das Landshuter THW hatte spontan seine Hilfe zugesagt.

Die vorbereitenden Arbeiten wurden unter der Leitung von Gruppenführer Adolf Gallinger durchgeführt, bevor es schließlich zum Großeinsatz vor Ort kam. Insgesamt 38 Helfer des THW-Ortsverbandes Landshut waren an drei Wochenenden damit beschäftigt, die zwei wind- und wetterfesten Schutzhütten aufzubauen.

Dabei leisteten sie zusammen 944 Arbeitsstunden, in denen die Anfahrts- und Anmarschzeiten noch nicht berücksichtigt sind. Diese waren jedoch beträchtlich: An jedem dieser drei Wochenenden mußte zunächst mit einem VW-Bus und einem 1,5-Tonner von Landshut aus rund 230 km angefahren werden. So kam man jeweils in den Abendstunden des Freitag dort gegen 20 Uhr an und hatte in der Folge

den Aufstieg bis zur Geraer Hütte zu bewältigen.

Am Samstag ging es dann mit der eigentlichen Arbeit an den Schutzhütten los, wobei die Mannschaften, die an der Talstation eingesetzt wurden, noch einmal Fußmärsche in Kauf nehmen mußten, für Ab- und Aufstieg wiederum jeweils eineinhalb Stunden. Die Bergwanderer, die jetzt die Geraer Hütte besuchen, sollten es den Landshuter THW-Helfern danken, wenn sie ihre schweren Rucksäcke nun bequem mit einer Materialseilbahn auf die Höhe transportieren lassen können, einer Seilbahn, die erst mit dem Bau dieser beiden festen Holzhäuschen komplett und ordnungsgemäß betriebsbereit ist.

Der Einsatz des THW Landshut, der auf Antrag des Deutschen Alpenvereins und mit der Genehmigung des Bundesamtes für Zivilschutz im Rahmen einer technischen Hilfeleistung gelaufen ist, kommt damit nicht nur einigen zugute, sondern allen, denen Bergwandern Spaß macht und die dabei auch einmal die Geraer Hütte besuchen. E. E.

Bewährungsprobe bestanden

Der mit einem beträchtlichen Zuschuß des Landkreises Traunstein durch das Bundesamt für Zivilschutz beschaffte und dem THW-Ortsverband Traunstein zugewiesene Stromerzeuger 50 kVA (4-Rad-Anhänger) hat die erste Bewährungsprobe bestanden. Wegen Reparaturarbeiten in einem der Ortsnetze von Oberaudorf war eine Stromabschaltung notwendig. Da der Versorgungsträger nicht in der Lage war, mit Stromaggregaten überall Stromeinspeisungen durchführen zu können, wurde tags zuvor das THW von der Krebsklinik Bad Trissl um Hilfe gebeten.

Die für die Bedienung des Stromerzeugers gut ausgebildeten Helfer des Ortsverbandes Traunstein setzten sich am 13. Januar unter der Leitung von Zugführer Heinz



Als Retter in der Not fungierte das THW Traunstein, nachdem von einer Stromabschaltung im Ortsnetz von Oberaudorf auch eine Klinik betroffen war.



Das Bild zeigt den neu beschafften Stromerzeuger des THW-Ortsverbandes Traunstein im Einsatz.

Schlüters von der THW-Unterkunft mit Aggregat und einem Zugfahrzeug nach Oberaudorf in Marsch. Wie vorgesehen konnte um 13.00 Uhr mit der Einspeisung begonnen werden. Dank dieser Hilfeleistung ist die Stromversorgung der zum großen Teil lebenswichtigen Untersuchungs- und Behandlungsgeräte der Krebsklinik sichergestellt worden.

A. A.

Führungswechsel beim Ortsverband Nürnberg

Orts- und Kreisbeauftragter des THW-Ortsverbandes Nürnberg und ehemaliger Landessprecher der Helferschaft des THW-Landesverbandes Bayern, Otto Müller (2. v. r.), übergab in einer Feierstunde im Kleinen Sitzungssaal



des Nürnberger Rathauses das Ehrenamt des Orts- und Kreisbeauftragten an Gerd Neubeck (2. v. l.), der hauptberuflich als Richter am Landgericht Nürnberg tätig ist. Der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Dr. Andreas Urschlechter (r.), und der Landesbeauftragte des THW für Bayern, Dipl.-Ing. Simon Schwarz (m.), würdigten den „großartigen Menschen und vorbildlichen Mitarbeiter“. Ein besonderer Dank galt auch der Gattin des scheidenden Orts- und Kreisbeauftragten.

Nachruf

Nach langer, schwerer Krankheit verschied unser Kamerad

Josef Groß

Zugführer und Sprengmeister

Seit über 20 Jahren hatte er maßgeblichen Anteil am Aufbau des THW-Ortsverbandes Bayreuth. Wir bedauern sein Ableben auf das Tiefste und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des Ortsverbandes Bayreuth

Internationale Übungsplanung 1979

Internationale Ergebnisse von Übungen werden zusammengefaßt und als Re-

sultat den beteiligten NATO-Nachbarstaaten zugeleitet. Anschließend findet eine Abschlußbesprechung in einem der Teilnehmerstaaten statt, wobei die Reihenfolge festliegt.

Der Vorsitzende in dieser Arbeitsgruppe für internationale Übungen wird von Großbritannien gestellt. Die Warndienste der beteiligten NATO-Staaten entsenden jeweils Vertreter. Großbritannien hat dankenswerterweise für Übungsvorbereitungen personalmäßig und ausstattungsmäßig in den vergangenen Jahren die geeigneten Voraussetzungen geschaffen.

Die Übungsabschlußbesprechung INTEX 78 und damit gleichzeitig verbunden eine Vorbesprechung für INTEX 79 hat im Januar 1979 auf Einladung des italienischen Warndienstes in Rom stattgefunden.

Der italienische Warndienst präsentierte dabei die Forderungen an ein künftiges Warnsystem: Ersatz des Menschen durch EDV-Ein elektronisches nationales Warnamt wurde im Versuchsbetrieb demonstriert.

Auf Wunsch der Teilnehmer erklärte sich der Vertreter Großbritanniens bereit, auch in diesem Jahr die internationale Abstimmung, Koordination und Vorbereitung von INTEX 79 zu übernehmen und damit die Grundlagedarstellung der internationalen Zusammenarbeit festgelegt werden können.

Wegen ständiger Formschwierigkeiten wurde die Darstellung der Aufgabenstellung gegen die Durchführung jeweils auf ein Wochenende in den ersten zehn Tagen des Monats November festzulegen. Vor Einführung einer Regelung sind die verschiedenen nationalen Bedenken zu berücksichtigen.

INTEX 79 wird daher noch am 6. und 7. Oktober 1979 durchgeführt. Es beteiligen sich die Warndienste von Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen und der Bundesrepublik Deutschland. Eventuell kann wegen des gewählten Wettersystems zusätzlich eine Beteiligung von Griechenland und der Türkei erreicht werden. K. I.

Der Leiter der Abteilung Warndienst im BZS, Dr. Maske (links), überreichte dem scheidenden

Warnamtsleiter Behninger die Dankesurkunde.



„Wachwechsel“ im Warnamt IV

Durch Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenzen scheidet im Warnamt IV mit Ablauf des Monats Juli 1978 und zum Jahresende 1978 der Warnamtsleiter und zwei Einsatzleiter aus.

Im Warndienst tritt nunmehr der altersbedingte Generationenwechsel ein. Die Kriegsteilnehmer, zumeist Offiziere, die als Führungskräfte tätig waren und ihre Erfahrungen auf vielen Gebieten, besonders der Menschenerfahrung, zur Verfügung stellen können, sind im Ruhestand getreten. Diese Situation ist besonders im Warnamt IV gegeben.

Der Ende Juli 1978 in den Ruhestand getretene Warnamtsleiter **Hans Behninger** leitete das Warnamt IV vom 1. Januar 1967 bis zum 31. Dezember 1978. In dieser Zeit hat er die Warnamtorganisation im Warnamt IV mit Führungsaufgaben im Hinblick auf die Aufgabenstellung des Warndienstes im Bereich der ABC-Abwehr im Land Nordrhein-Westfalen geleitet. Er hat die Herstellung des vorläufigen Endzustandes der wD-Leitnehmstellen, Behninger hat seinen Ruhestandssitz nach Ansbach, wo er beheimatet ist, verlegt.

Hugo Wolbeck war vom 1. Januar 1967 bis zum 31. Dezember 1978 als Einsatzleiter im Warnamt IV tätig. Zu seinem Sachgebiet gehörten u. a. die Einstellung, Freistellung, Überwachung und Ausbildung aller freiwilligen Helfer.

Heinz Fender trat noch in der Aufbauphase des Warnamtes IV am 1. Oktober 1964 als Einsatzleiter ein. Sein Aufgabengebiet umfaßte u. a. das ABC-Wesen hinsichtlich Planung, Aufbau und Ausbildung sowie Zusammenarbeit mit den Dienststellen im Land Nord-

rhein-Westfalen. Im letzten Jahr übernahm er die Aufgaben im Sachgebiet 1 Organisation und Einsatz. H. F.

Einsatzleiter Heinz Carle im Ruhestand

Am 31. Oktober 1978 trat Einsatzleiter Heinz Carle vom Warnamt VI in den Ruhestand. Carle, im Krieg Peilflugleiter, kam 1963 von der Flugsicherung zum Warndienst und übernahm zunächst das Sachgebiet Fernmeldewesen und Allgemeinwesen. Er setzte sich insbesondere für die Mitbenutzung von Funkverbindungen für den Warndienst ein. Seit 1972 leitete der altersbedingte Einsatzleiter das Sachgebiet Ausbildung. M. S.

Nachruf

Am 11. Januar 1979 entschied nach schwerem Leiden der Verwaltungshilfs-sachbearbeiter II des Warnamtes IV,

Erich Kaiser

im Alter von fast 57 Jahren.

Wir verlieren mit Erich Kaiser einen aufrechten und treuen Kollegen, der von allen Bediensteten wegen seines Könnens und seiner Pflficherfüllung hoch geachtet wurde.

Er wurde in Herne, seiner zweiten Heimat, beigesetzt. Kaiser war auch Träger des Helferzeichens in Gold des Technischen Hilfswerks.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Eine breite Palette der Ausbildungsmöglichkeiten

Beim ASB steht die Ausbildung nach wie vor an erster Stelle

Die Schüler der siebten Klasse der Realschule I in Münden haben ihren Altersgenossen an anderen Schulen etwas voraus: In Notfällen, zum Beispiel bei Verkehrsunfällen oder anderen Zwischenfällen, wissen sie, was zu tun ist, um das Leben der betroffenen Personen zu retten. Erste Hilfe steht für die Jungen und Mädchen auf dem Stundenplan. Im Rahmen der Verkehrserziehung werden sie in acht Doppelstunden auf Notfälle vorbereitet. Wie wichtig der Arbeiter-Samariter-Bund überhaupt die Ausbildung in Erster Hilfe nimmt, schildert dieser Bericht.

„Wann kommen wir denn endlich dran?“ so lautet nach den bisherigen Erfahrungen von Gottfried Kook, dem für Verkehrserziehung zuständigen Lehrer an der Realschule I, die am meisten gestellte Frage, wenn die Erste-Hilfe-Kurse angekündigt werden. Rund 430 Schülerinnen und Schüler haben den Lehrgang bisher absolviert.

Für die Ausbildung der Klassen ist Marlies Ries, Ausbilderin beim Mündener Arbeiter-Samariter-Bund, zuständig. Zunächst, so erzählt sie, habe man in der Realschule I mit älteren Klassen angefangen. Doch die siebten Klassen seien leichter im Unterricht zu lenken. Außerdem, so ergänzt Kook, gebe es in den achten und neunten Klassen schon Jungen und Mädchen, die den Führerschein erwerben. Da der Erste-Hilfe-Kursus eine Voraussetzung dafür ist, sei es angebracht, den Unterricht schon in unteren Klassen zu erteilen.

Marlies Ries beurteilt ihre bisherigen Erfahrungen mit dem Erste-Hilfe-Unterricht „sehr positiv“. Ihr Vorschlag: Die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler auch auf andere Schulen auszuweiten. Es sei zwar nicht zu verhindern, daß einige der gelernten Handgriffe und Hilfsmaßnahmen bald wieder in Vergessenheit geraten, doch begrüße sie es, daß mit diesem Unterricht den Jungen und Mädchen ein Grundwissen in Erster Hilfe vermittelt werde.

Der Lehrer weist darauf hin, daß neben den Erste-Hilfe-Kursen zur Zeit ein

Eine breite Ausbildungspalette bietet der ASB für Schüler, Führerscheinbewerber und Helfer, ja sogar für Behinderte.



weiteres kostenloses Angebot an die Schüler der Realschule I im Rahmen der Verkehrserziehung gemacht werde. In einer Arbeitsgemeinschaft bestehe die Möglichkeit, sich auf die Prüfung für die Führerscheinklassen 4 und 5 vorzubereiten. 26 Schülerinnen und Schüler seien im Unterricht damit beschäftigt, theoretisches Wissen für den Straßenverkehr zu erlernen.

ASB schult Ehrenamtliche

Einblick in einen anderen Fachbereich der ASB-Ausbildung zeigt ein Grundlehrgang für ehrenamtliche Rettungssanitäter in Erlangen.

Um ihre Aufgabe im Rettungswagen voll erfüllen zu können, müssen die Sanitäter nach den zum 1. Januar verschärften Ausbildungsrichtlinien des Bayerischen Rettungsgesetzes insgesamt 520 Stunden theoretischen und praktischen Unterricht erhalten. Der Erlanger Grundlehrgang berücksichtigt die Gegebenheiten einer Übergangphase zwischen alten und neuen Vorschriften, da die vorbereitenden Lehrgänge vor Veröffentlichung der neuen Regelung stattgefunden hatten. Inhaltlich wurden aber auch neue Themen behandelt.

Vor dem Grundlehrgang steht allgemein die Ausbildung in den einzelnen Ortsverbänden in einem Erste-Hilfe-Kursus und zwei Sanitätsausbildungskursen. Bestehen die zukünftigen Rettungssanitäter die dreiteilige Prüfung am Ende

des Grundlehrganges, folgt nach einem Klinikpraktikum der Abschlußlehrgang.

Im Klinikpraktikum wird ein Einblick in die Arbeit auf den Intensivstationen der Medizinischen und Chirurgischen Abteilung, bei der Ambulanz, im Operationsaal und bei der Notarztrettung vermittelt.

Seit Bestehen des Gesetzes 1976 hat der Arbeiter-Samariter-Bund allein in Bayern etwa 180 haupt- und ehrenamtliche Sanitäter ausgebildet. Dabei wurden in der Ausbildung bereits Themen vermittelt, die erst jetzt von der Gesetzesverschärfung gefordert wurden, wie das Beherrschen des Anlegens von Infusionen und die Intubation.

In Erlangen hat der ASB zwei Rettungswagen und einen Krankentransportwagen im Einsatz. Einer der Rettungswagen ist als Notarztwagen ausgestattet. Durch das Rettungsdienstgesetz sind sie in den Rettungsdienst fest eingebunden. Die Hilfsorganisation erhält eine pauschale Entschädigung für den Unterhalt und die Pflege der Fahrzeuge und der Rettungswache. Es erfolgt keine Bezahlung nach der Zahl der Transporte. Übernommen werden auch die Gehälter der hauptamtlichen Sanitäter.

Die Rettungsfahrzeuge selber hat der Arbeiter-Samariter-Bund, so Wolf Wernicke, der Technische Leiter des ASB-Bayern, als eine Art „Mitgift“ in den Rettungsdienst eingebracht. Die Verfü-

gung über die Fahrzeuge hat die Leitstelle. Müssen einzelne – durch Spenden und durch Sammelaktionen der Ortsverbände finanzierte – Wagen ersetzt werden, so sind die neuen Fahrzeuge Eigentum des Rettungsdienstes.

Überfordert ist der ASB auch bei der Finanzierung der Sanitäterausbildung. Die Kosten betragen je Sanitäter etwa DM 7000. Noch ist keine Abrechnung und Erstattung möglich; in anderen Bundesländern beteiligt sich der Rettungsdienst mit einem Zuschuß von DM 5500. So kostet zum Beispiel die Beatmungspuppe, an der die Herz-Lungen-Wiederbelebung geübt wird (Herzdruckmassage und Mund-zu-Mund-Beatmung) DM 2400. Und ihre Lehrbücher müssen die zukünftigen Sanitäter auch aus eigener Tasche bezahlen.

Neu im ASB-Programm: Kurse für Behinderte

Die gute Zusammenarbeit zwischen ASB und CBF (Club Behinderter und ihrer Freunde) war ausschlaggebend für einen bisher einzigartigen Versuch des Wittener ASB, nämlich einen Erste-Hilfe-Kursus für Behinderte und Nichtbehinderte durchzuführen.

Mit dieser Aktion wollen die Initiatoren einen Beitrag zur Eingliederung Behinderter leisten. Die behinderten Teilnehmer haben es den Ausbildern des Arbeiter-Samariter-Bundes zur Bedingung gemacht, daß man ihre erfolgreiche Teilnahme auch offiziell anerkennt, was ein Beweis dafür ist, daß man mit Behinderten auf allen Feldern gesellschaftlichen Lebens konstruktiv zusammenarbeiten kann.

Der Kursus wurde daher auf die besonderen Bedingungen der Behinderten abgestimmt. So auch, daß mit Rücksicht auf die Rollstuhlfahrer, die bei längerem Sitzen unter Wirbelsäulenbeschwerden leiden, die zwölf Doppelstunden auf insgesamt drei Lehrgangstage verteilt wurden.

Da ein solcher Erste-Hilfe-Kursus Modellcharakter hat, haben mehrere Stellen, darunter auch der Bundesverband des CBF, ihr Interesse an einem Erfahrungsbericht bekundet. Dieser soll in Zusammenarbeit von Teilnehmern, Ausbildern, einem Arzt und einem Psychologen erstellt werden.

Kurse für Führerscheinbewerber

Seit dem 1. August 1969 müssen Führerscheinbewerber der Klassen 1, 3, 4 und 5 in Sofortmaßnahmen am Unfallort unterwiesen werden. Zehn Millionen Kraftfahrer haben seitdem an einer solchen Ausbildung teilgenom-

men. Allerdings: Die Bilanz in der Praxis wird in letzter Zeit als unbefriedigend beurteilt. Ursache dafür ist, daß diese gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtunterweisungen nur drei Doppelstunden dauern. Das kostenlose Angebot, anschließend einen aufbauenden Grundkursus (acht Doppelstunden) in Erster Hilfe zu besuchen, wird nur ungern in Anspruch genommen. Der Berliner Arzt Dr. Jungchen hat nun in einer Fragebogenaktion wesentliche Fakten gesammelt. Dr. Jungchen: „Die Ergebnisse zeigen, daß diejenigen, die eine Ausbildung in Sofortmaßnahmen am Unfallort absolviert haben, natürlich besser sind als diejenigen, die gar keine Ausbildung haben, und zwar insbesondere besser in den lebenswichtigen Fragen. Sie haben aber in einigen Fragenkomplexen ganz entscheidende, immer wiederkehrende Fehler. So z. B. beim Kapitel Blutungen. Die Blutungen werden von den Ausgebildeten sogar noch häufiger in ihrer Gefährlichkeit überschätzt als von Nichtausgebildeten. So halten 30 % der Ausgebildeten eine Blutung schlechthin für gefährlicher als eine Bewußtlosigkeit, obwohl es in Wirklichkeit gerade umgekehrt ist. Meine Studie hat insgesamt ergeben, daß Fehler in der Unfallhilfe gemacht werden, durch Mangel an Wissen, durch Angst vor Komplikationen und durch Furcht, überhaupt etwas selbst zu tun.“

Das Gesundheitsmagazin des ZDF, das sich ebenfalls in einer Sendung mit dem Problem beschäftigte, kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Nämlich: Beschränkung auf das Wichtigste, Erweiterung der Unterrichtszeit, Pflichtwiederholungen der Unterweisung über Sofortmaßnahmen. Da es effektiv um die Rettung von Menschenleben geht,

sollte das Wissen und Können in Erster Hilfe bei der Fahrprüfung ebenso geprüft werden wie die Kenntnis von Verkehrszeichen und richtiges Verhalten im Straßenverkehr. Bis zu 10 000 Menschen könnten jährlich gerettet werden, so das ZDF, wenn mehr Kraftfahrer richtig helfen könnten. Dahin ist aber noch ein weiter Weg. Wenn die Erste Hilfe ernster genommen werden sollte, und das müßte sie natürlich, dann genügen die Schnellkurse über die Sofortmaßnahmen nicht mehr, dann sind mehr praktische Übungen, dann sind Prüfungen und auch Auffrischkurse erforderlich.

Der ASB steht mit seinem kostenlosen Kursusprogramm in Erster Hilfe bereit.

ASB hilft Vietnam-Flüchtlingen

Ein spontaner Spendenaufruf des ASB Witten für Vietnamflüchtlinge hatte ungeahnte Auswirkungen: Sachspenden im Werte von mehr als 100 000 DM gingen von Wittener Geschäftsleuten und von der Bevölkerung ein. Der ASB-LKW war fast voll mit neuen Kleidungsstücken, Decken und Schuhen, als er im Durchgangslager Friedland eintraf.

Die Lagerleitung sprach den Wittenern ein großes Lob aus, es war die bisher größte Spendenmenge, die auf einen Streich im Lager Friedland eintraf. Auch am Tag nach der Spendenlieferung des ASB kamen wieder 150 Flüchtlinge in Friedland an, die die gespendeten Kleidungsstücke gut gebrauchen konnten.

Einen Lkw mit Sachspenden im Werte von über 100 000 DM schickte der ASB Witten ins Durchgangslager Friedland.



Schneekatastrophe in Schleswig-Holstein

Natascha kam bei Eis und Schnee im Rettungswagen „Akkon 1“ zur Welt

Mutter und Kind sind wohlauf

Ein Beispiel schneller und wirksamer Hilfe wird aus dem JUH-Ortsverband Lübeck gemeldet. Dort wurde der in Kücknitz stationierte Rettungswagen „Akkon 1“, der nachts bei Krankentransporten die Feuerwehr ablöst, zur Hilfe gerufen. Einer der am Einsatz beteiligten Helfer, Jörg Fischer, übermittelt uns folgenden Bericht:

„Es begann wie ein ganz normaler Einsatz: Der Rettungswagen „Akkon 1“ der Johanniter-Unfall-Hilfe Lübeck wurde von der Rettungsleitstelle der Berufsfeuerwehr in die Hochofenstraße in Kücknitz beordert, um eine werdende Mutter in die Medizinische Hochschule zu bringen.

Am Einsatzort teilte die Patientin Anita D. den Rettungssanitätern Welde, Bauermeister und Fischer mit, daß sie ihr neuntes Kind erwarte. Noch während der Fahrt bei denkbar schlechten Witterungsverhältnissen, bedingt durch

Schneefall und Glatteis, setzte die Geburt ein. Bei der Patientin platzte die Fruchtblase, Preßwehen leiteten die Austreibungsphase ein. Der RTW hielt, damit die Sanitäter der Frau ruhige, fachgerechte Geburtshilfe leisten konnten.

Um 3.30 Uhr erblickte die kleine Natascha das Licht der Welt. Nach Überprüfen der Vitalfunktion, Absaugen der Atemwege und Unterbrechen der Nabelschnur wurde das Neugeborene zum Schutz vor Unterkühlung in eine Baby-OP-Hülle gewickelt und zwischen die Beine der Mutter gelegt. Nachdem die Ernstversorgung abgeschlossen war, setzte der RTW die Fahrt in die geburtshilfliche Abteilung der Medizinischen Hochschule fort.

In der Beurteilung des Einsatzes waren sich die drei Rettungssanitäter einig: Neben den vielen schrecklichen Ereignissen im Rettungsdienst gibt es auch einige erfreuliche!

Dank und Anerkennung

Die Schneekatastrophe, von der Schleswig-Holstein zu Beginn des Jahres zweimal in voller Härte heimgesucht wurde, gehört längst der Vergangenheit an. Unvergessen bleibt jedoch der Einsatz der freiwilligen Organisationen,

auch der zahlreichen Helfer der Johanniter-Unfall-Hilfe, die bei der Linderung der Not Beispiele selbstloser Hilfsbereitschaft gegeben haben. In nachstehenden, an den JUH-Landesbeauftragten v. Reinersdorff gerichteten Schreiben haben der Herrenmeister des Ordens, Ministerpräsident Dr. Stoltenberg und der Kieler Oppositionsführer Matthiesen ihren Dank an die JUH zum Ausdruck gebracht.

Dr. Stoltenberg schreibt: „Bei der Bekämpfung der schweren Schneekatastrophe, die zur Jahreswende über unser Land hereinbrach, sind die Angehörigen Ihrer Organisation „rund um die Uhr“ unermüdlich und tatkräftig im Einsatz gewesen. Sie haben in den Stunden der Not und Gefahr bewundernswerte Beispiele hervorragender und selbstloser Leistungsbereitschaft gegeben. Ihre entschlossene Hilfe hat wesentlich dazu beigetragen, daß noch stärkere Schäden an Leib und Leben wie an Sachgütern verhindert werden konnten. Die Zusammenarbeit der Katastrophenabwehrstäbe auf Kreis- und Landesebene mit den beteiligten Institutionen und Organisationen hat sich auf der Grundlage vieler gemeinsamer Erfahrungen und guter menschlicher Kontakte in diesen schwierigen Tagen erneut eindrucksvoll bewährt. Im Namen der schleswig-holsteinischen Landesregierung und der Bevölkerung unseres Landes, insbesondere aber der Menschen in den betroffenen Katastrophengebieten, möchte ich Ihnen unseren herzlichen Dank und unsere Anerkennung für die vorbildlichen, uneigennütigen Hilfeleistungen aussprechen. Ich bitte Sie, meinen Dank allen ihren Mitarbeitern und Angehörigen zu übermitteln.“

In dem Schreiben von Oppositionsführer Matthiesen heißt es: „Zur Abwehr der



In ihrem RTW kam auf der Fahrt ins Krankenhaus die kleine Natascha zur Welt: Christian Bauermeister, Martina Welde und Jörg Fischer (v. l.).

Schneekatastrophe in unserem Lande haben sich die Angehörigen der Johanniter-Unfall-Hilfe mit anderen Helfern zusammen beispielhaft eingesetzt. Ihnen allen gebührt Lob und Anerkennung. Es ist mir ein Bedürfnis, allen Helfern der Johanniter-Unfall-Hilfe, die mitgeholfen haben, mit dem Naturereignis fertig zu werden, als Oppositionsführer und im Namen der SPD-Landtagsfraktion herzlich zu danken."

Der Herrenmeister des Johanniter-Ordens führt aus:

„Die vergangenen Wochen seit Ende des Vorjahres brachten zwei außergewöhnliche Wintereinbrüche mit sich, die sich gerade im norddeutschen Raum nahezu katastrophenartig auswirkten. Schneeverwehungen, vereiste Straßen, Zusammenbrüche der Verkehrsmittel und teilweise sogar der Stromversorgung zeigten die Anfälligkeit unserer technischen Umwelt gegenüber plötzlich auftretenden Naturgewalten. Sie verlangten auch der Johanniter-Unfall-Hilfe in diesen Gebieten die äußerste Bewährung ab.

In der Erwartung, daß die schlimmsten Auswirkungen inzwischen überstanden sind, möchte ich allen Johanniterinnen und Johannitern, die sich für den aktiven Einsatz zur Verfügung gestellt und oftmals bis zur körperlichen Erschöpfung Dienst getan haben, meinen herzlichsten Dank und meine Anerkennung für dieses vorbildliche Verhalten aussprechen. Gerade in Zeiten besonderer Not beweisen sich der Ausbildungsstand und vor allem die menschliche Substanz einer Gemeinschaft, die sich dem Dienst am Nächsten verpflichtet hat. Der Johanniterorden ist stolz auf Leistung und Geist des Ortsverbandes Neumünster."

Einladung nach Bonn

Als Dank und Anerkennung für die Hilfeleistung hat Bundestagspräsident Prof. Carstens 50 Katastrophenhelfer, darunter vier Angehörige der Johanniter-Unfall-Hilfe, zu einem mehrtägigen Aufenthalt in die Bundeshauptstadt eingeladen. Dies geht aus dem Schreiben hervor, das Prof. Carstens an den Kreisbeauftragten Uwe Kuschel, Zarnekau, gerichtet hat. La.

Termine Schwesternhelferinnen-Lehrgänge für Niedersachsen und Bremen

Dezernat südostwärts der Weser

Heinrich Hans
Am Westende 11
3167 Burgdorf
Tel.: 0 51 36-28 21

Ganztagskurse

Hannover 3 Mo 27. 4. – Mo 14. 5. 79
Hannover 4 Do 7. 6. – Fr 22. 6. 79
Hannover 5 Do 19. 7. – Fr 3. 8. 79
Hannover 6 Mo 13. 8. – Mo 27. 8. 79
Hannover 7 Mo 10. 9. – Mo 24. 9. 79
Hannover 8 Sa 20. 10. – Sa 3. 11. 79
täglich 8.00 – 16.00 Uhr
Sa 8.00 – 13.00 Uhr

Halbtagskurse

Hannover HS 1 Mi 6. 6. – Do 5. 7. 79
Hannover HS 2 Di 4. 9. – Mi 3. 10. 79
Mo–Fr 8.15–12.30 Uhr

Abendkurse

Hannover A 2
Mo 22. 10. – Di 4. 12. 79
Mo., Di, Do und Fr 18 – 21.30 Uhr

Internatskurse

Wildeshausen 4
Mo. 23. 4. – Sa. 5. 5. 79
Wildeshausen 5
Mi. 6. 6. – Mi 20. 6. 79
Wildeshausen 6
Mo 25. 6. – Sa 7. 7. 79
Wildeshausen 7
Mo 3. 9. – Sa 15. 9. 79
Wildeshausen 8
So 21. 10. – Sa 3. 11. 79

Internatskurse Großraum Hannover

12 Do 19. 7. – Fr 3. 8. 79
13 Sa 20. 10. – Sa 3. 11. 79

Dezernat Bremen und Nordwest-Niedersachsen

Cilly Geissler
Donadtstr. 61, 2800 Bremen
Tel. 04 21 / 34 23 74

Halbtagskurse

Oldenburg 2
Mo. 10. 9. – Mo 8. 10. 79
(Mo – Fr. 8.30 – 12.30 Uhr)

Wilhelmshaven 1
Mo 2. 5. – 30. 5. 79
(Mo – Fr. 13.30 – 18.30 Uhr)

Bremen-Horn 1
Mo 23. 4. – Di 22. 5. 79
(Mo – Fr 8.30 – 12. 30 Uhr)

Bremen-Horn 2
Mo 5. 11. – Di 4. 12. 79
(Mo – Fr 8.30 – 12. 30 Uhr)

Internatskurse

Wildeshausen 3
Mo 23. 4. – Sa 5. 5. 79
Wildeshausen 4
Mi 6. 6. – Mi 20. 6. 79

Bremen Diakonissenhaus 1
Mo 25. 6. – Sa 7. 7. 79
Bremen Diakonissenhaus 2
Do 19. 7. – Do 2. 8. 79
Bremen Diakonissenhaus 3
Mo 6. 8. – Sa. 18. 8. 79
Bremen Diakonissenhaus 4
So 2. 9. – Fr 14. 9. 79

Bei Bedarf und vorbehaltlich der Mittel können weitere Kurse zusätzlich eingeschoben werden.

Änderungen vorbehalten. Auskünfte geben die Dezernenten und die JUH-Landesgeschäftsstelle,
Oeltzenstraße 4,
3000 Hannover 1
Tel. 05 11 – 1 89 31

Termine Schwesternhelferinnen-Ausbildung in Nordrhein-Westfalen

Die theoretischen Lehrgänge finden an der JUH-Landesschule in Münster statt:

22. 6. – 6. 7. 1979
6. 7. – 20. 7. 1979
20. 7. – 3. 8. 1979
28. 9. – 12. 10. 1979

Auskünfte und Anmeldung:

Johanniter-Unfall-Hilfe
– Schwesternhelferinnen-Ausbildung –
Weissenburgstr. 48
4400 Münster/Westfalen
Tel. 02 51 – 79 66 22

Termine Schwesternhelferinnen-Ausbildung in Schleswig-Holstein

Kiel 12. 7. – 28. 7. 1979
Kiel 30. 7. – 15. 8. 1979

Weitere theoretische Lehrgänge in Kiel, Kronshagen, Flensburg und Lübeck. Auch die Lehrgänge in Wildeshausen (Niedersachsen, siehe dort) können besucht werden.

Auskünfte und Anmeldung:

JUH-Landesleitung Schleswig-Holstein
Schwesternhelferinnen-Ausbildung
Waitzstr. 44 a
2300 Kiel
Tel. 04 31 – 56 38 38

oder bei der SHA-Dezernentin
Schwester Elke Rohwer
Knorrstr. 7
2300 Kiel 1
Tel. über Landesleitung

Kondolenzschreiben zum Tode des MHD-Generalsekretärs Konsul Georg von Truszczyński

Ihre Einsatzfreude und Hilfsbereitschaft geben mir die Hoffnung, daß es gelingen wird, diesen schicksalsgeprüften Menschen bei uns eine neue Heimat zu geben.

Für ihre vorbildliche Leistung spreche ich Ihnen und Ihren Mitarbeitern den Dank und die Anerkennung der Niedersächsischen Landesregierung aus.

Dr. Ernst Albrecht

Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Mit Bestürzung habe ich soeben von dem so plötzlichen Tode des Generalsekretärs des Malteser-Hilfsdienstes, Herrn Konsul Georg von Truszczyński, erfahren. Zu diesem schweren Verlust spreche ich Ihnen und allen Mitgliedern des Malteser-Hilfsdienstes mein aufrichtiges Beileid aus.

Der Verstorbene war nicht nur einer der Mitbegründer des Malteser-Hilfsdienstes; seine Ideen, sein beispielhaftes Engagement und sein rastloses Wirken haben Ihre Organisation ent-

scheidend mitgeprägt. Seine uneigennützig und erfolgreiche Tätigkeit bei der Katastrophenabwehr im In- und Ausland wird allen, die mit ihm zusammengearbeitet haben, in Erinnerung bleiben. Er hat wirklich, wie Sie es einmal formuliert haben, den Samen der Liebe gesät auf dem kaum abgrenzbaren Tätigkeitsfeld, auf dem statt des ökonomischen Prinzips von Leistung und Gegenleistung der Dienst des Menschen am Menschen gefragt ist; und zwar nicht zuletzt jener Dienst, den man weder befehlen, noch bestellen, noch gar bezahlen kann.

Ich bin dankbar, daß ich bei verschiedenen Anlässen Gelegenheit hatte, auch den Menschen Georg von Truszczyński kennen und schätzen lernen zu dürfen.

Dr. Burkhard Hirsch

Der Minister des Innern des Landes Rheinland-Pfalz

Mit Bestürzung und Trauer habe ich erfahren, daß der Generalsekretär des Malteser-Hilfsdienstes, Herr Konsul Georg von Truszczyński, unerwartet verstorben ist.

Der Bundesminister des Innern

Mit Bestürzung habe ich erfahren, daß Generalsekretär Georg von Truszczyński unerwartet verstorben ist. Ich spreche dem Malteser-Hilfsdienst mein Beileid aus. Auf den geistigen Grundlagen seines katholischen Glaubens hat Herr von Truszczyński viele Jahre mit großem Engagement und Erfolg auf den Gebieten des Zivil- und Katastrophenschutzes, des Rettungswesens und insbesondere der deutschen humanitären Hilfe im Ausland mit dem Bundesministerium des Innern eng zusammengearbeitet. Sein plötzlicher Tod hinterläßt eine Lücke, die nur schwer zu schließen sein wird.

Gerhart Rudolf Baum

Der Bundesminister des Auswärtigen

Die Nachricht vom Tod des stellvertretenden Leiters und Generalsekretärs des Malteser-Hilfsdienstes, Herrn Konsul Georg von Truszczyński, hat mich tief erschüttert. Ich habe den Verstorbenen, der seinen Platz in der deutschen Nachkriegsgeschichte gefunden hat, persönlich gekannt und schätzen gelernt. Aus der Tradition des Malteser-Hilfsdienstes heraus war er beseelt vom Dienst am Menschen und am Nächsten. Mit großem Engagement setzte er sich für die Haupttätigkeiten des Malteser-Hilfsdienstes ein: die Krankenpflege, die Unfallhilfe und den Katastrophenschutz. Dadurch wurde er nicht nur bei uns bekannt, sondern auch in vielen anderen Ländern in hohem Ansehen, für das zahlreiche Auszeichnungen Zeugnis geben. Der Tod von Georg von Truszczyński reißt eine Lücke, die nur zu schwer zu schließen sein wird. Ich spreche Ihnen und dem Malteser-Hilfsdienst meine tiefempfundene Anteilnahme aus.

Klaus-Dietrich Genscher

Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Zum Tode von Herrn Generalsekretär Georg von Truszczyński darf ich Ihnen

mein aufrichtiges Beileid aussprechen. Herr von Truszczyński stand in langjähriger verantwortungsvoller Zusammenarbeit dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit stets aufgeschlossen gegenüber und hat durch sein sachliches und engagiertes Eintreten für die Belange der Hilfsorganisationen allgemein und des Malteser-Hilfsdienstes im besonderen Achtung und Respekt erworben.

Antje Huber

Der Bundesminister für Verkehr

Zum Tode von Herrn Georg von Truszczyński, Generalsekretär des Malteser-Hilfsdienstes e. V., übermittle ich Ihnen mein herzliches Beileid.

Herr von Truszczyński war meinem Hause nicht nur durch seinen Einsatz für die Ziele des Malteser-Hilfsdienstes

e. V., sondern auch durch seine langjährige Zusammenarbeit im Rahmen der Reform des Rettungswesens in der Bundesrepublik Deutschland verbunden. Sein Tod reißt eine Lücke in den Reihen derer, die sich in ihren Aufgaben der Allgemeinheit gegenüber mit solcher Leidenschaft verschrieben haben wie der Entschlafene.

K. Gscheidle

Der Niedersächsische Ministerpräsident

Zuerst lassen Sie mich Ihnen meine aufrichtige Anteilnahme zum Verlust Ihres Generalsekretärs Herrn Georg von Truszczyński aussprechen. Mit tiefer Betroffenheit habe ich hiervon Kenntnis genommen. Die von ihm hinterlassene Lücke wird schwer zu schließen sein.

Mein Anliegen war es, dem Malteser-Hilfsdienst, der zu den vielen amtlichen und ehrenamtlichen Helfern gehört und durch seine spontane Hilfsbereitschaft mit dazu beigetragen hat, die Aufnahme der vietnamesischen Flüchtlinge reibungslos und zügig zu bewältigen, zu danken.

Ich weiß, daß Herr von Truszczyński wesentlichen Anteil an der Gründung und dem Aufbau des Malteser-Hilfsdienstes im Bundesgebiet hatte. Sein Wirken hat auch Ausstrahlung nach Rheinland-Pfalz gehabt und in hohem Maße zu der heutigen Stellung Ihrer Organisation in diesem Lande beigetragen.

Zu dem herben Verlust spreche ich Ihnen, geehrter Graf Landsberg-Velen, und dem gesamten Malteser-Hilfsdienst mein aufrichtiges Beileid aus.

Kurt Bockmann

Der Niedersächsische Minister des Innern

Zum Tode des von uns allen hochverehrten Konsuls Georg von Truszczyński möchte ich Ihnen sowohl

Meine Mitarbeiter und ich werden dem Verstorbenen ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Helmut Fröhlich

Der Senator für Inneres Berlin

Der Tod Ihres stellvertretenden Leiters und Generalsekretärs hat mich tief berührt; ich möchte deshalb meine Anteilnahme bekunden.

Das Ableben des Herrn von Truszczyński ist nicht nur für Ihre Organisation schmerzlich. Es ist auch ein Verlust für alle, die mit dem Malteser-Hilfsdienst zusammenarbeiten und hierbei die Persönlichkeit des Verstorbenen schätzen gelernt haben. Sein jahrzehntelanges selbstloses Wirken in allen sozialen Bereichen und sein unermüdlicher Ein-

langes segensreiches Wirken bleibende Verdienste erworben hat. Möge ihm reicher Lohn für all sein Tun zuteil werden.

Annemarie Griesinger

Prinz zu Sayn-Wittgenstein, MdB

Mit großer Anteilnahme habe ich die so traurige Nachricht von dem Ableben des Generalsekretärs des Malteser-Hilfsdienstes, Herrn Konsul Georg von Truszczyński, erfahren.

Ich darf dem Präsidenten des Malteser-Hilfsdienstes, S. K. H. Friedrich Wilhelm Fürst von Hohenzollern, Ihnen und allen Angehörigen des Malteser-Hilfsdienstes mein herzliches Beileid aussprechen.

Mit Herrn von Truszczyński verliert der

Malteser-Hilfsdienst einen Mann, der durch sein langjähriges Wirken im Malteser-Hilfsdienst ein hervorragendes Zeugnis abgelegt hat. Ich möchte Sie für den Verlust Ihres stellvertretenden Leiters und Generalsekretärs mitteilen und Ihnen mein herzlichstes Beileid aussprechen. Ich hoffe, daß Sie die Erinnerung an Herrn von Truszczyński in Ihrem Herzen bewahren werden. Ich bin überzeugt, daß Sie die Erinnerung an Herrn von Truszczyński in Ihrem Herzen bewahren werden. Ich bin überzeugt, daß Sie die Erinnerung an Herrn von Truszczyński in Ihrem Herzen bewahren werden.

Ich möchte Sie für den Verlust Ihres stellvertretenden Leiters und Generalsekretärs mitteilen und Ihnen mein herzlichstes Beileid aussprechen. Ich hoffe, daß Sie die Erinnerung an Herrn von Truszczyński in Ihrem Herzen bewahren werden. Ich bin überzeugt, daß Sie die Erinnerung an Herrn von Truszczyński in Ihrem Herzen bewahren werden.

Ich möchte Sie für den Verlust Ihres stellvertretenden Leiters und Generalsekretärs mitteilen und Ihnen mein herzlichstes Beileid aussprechen. Ich hoffe, daß Sie die Erinnerung an Herrn von Truszczyński in Ihrem Herzen bewahren werden. Ich bin überzeugt, daß Sie die Erinnerung an Herrn von Truszczyński in Ihrem Herzen bewahren werden.

Ich möchte Sie für den Verlust Ihres stellvertretenden Leiters und Generalsekretärs mitteilen und Ihnen mein herzlichstes Beileid aussprechen. Ich hoffe, daß Sie die Erinnerung an Herrn von Truszczyński in Ihrem Herzen bewahren werden. Ich bin überzeugt, daß Sie die Erinnerung an Herrn von Truszczyński in Ihrem Herzen bewahren werden.

Ich möchte Sie für den Verlust Ihres stellvertretenden Leiters und Generalsekretärs mitteilen und Ihnen mein herzlichstes Beileid aussprechen. Ich hoffe, daß Sie die Erinnerung an Herrn von Truszczyński in Ihrem Herzen bewahren werden. Ich bin überzeugt, daß Sie die Erinnerung an Herrn von Truszczyński in Ihrem Herzen bewahren werden.

Ich möchte Sie für den Verlust Ihres stellvertretenden Leiters und Generalsekretärs mitteilen und Ihnen mein herzlichstes Beileid aussprechen. Ich hoffe, daß Sie die Erinnerung an Herrn von Truszczyński in Ihrem Herzen bewahren werden. Ich bin überzeugt, daß Sie die Erinnerung an Herrn von Truszczyński in Ihrem Herzen bewahren werden.



Ausschreibung für die Bundesausscheidungen 1980 im Internationalen Feuerwehrwettkampf



Diese Seiten
erscheinen in
Verantwortung des
Deutschen
Feuerwehrverbandes

Die VII. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe des CTIF finden 1981 statt. Hierzu kann der Deutsche Feuerwehrverband 10 Wettkampfgruppen benennen und entsenden. Aufgrund des bestehenden Interesses deutscher Feuerwehren an diesen Wettkämpfen finden Ausscheidungswettkämpfe auf Bundesebene statt, um die 10 besten bundesdeutschen Mannschaften zu ermitteln.

Die Bundesausscheidungswettkämpfe in Hannover finden am Samstag, dem 14. Juni 1980, statt. Beginn: 8 Uhr. der Austragungsort in Hannover wird den teilnehmenden Gruppen rechtzeitig mitgeteilt.

Offizieller Trainingstag für die Wettkampfgruppen ist der Freitag, 13. Juni 1980. Beginn: 8 Uhr.

Zur Durchführung der Bundesausscheidungswettkämpfe durch den Deutschen Feuerwehrverband wird ein Wettkampfausschuß und ein Kampfrichterstab gebildet. Verantwortlich für die Durchführung ist BBM Ernst Jago als zuständiger Fachreferent.

Der Verteilerschlüssel richtet sich nach dem Beschluß der Delegiertenversammlung des DFV vom 5./6. 11. 1975. Dieser Verteilerschlüssel beinhaltet:

bis 40 000 Mitglieder	3 Wettkampfgruppen
bis 80 000 Mitglieder	6 Wettkampfgruppen
über 80 000 Mitglieder	9 Wettkampfgruppen

Sollte die Statistik per 31. 12. 1978 Veränderungen in der Quote erforderlich machen werden diese nachträglich berücksichtigt.

Sollten einzelne Mitgliedsverbände die zustehende Zahl an Wettkampfgruppen nicht in Anspruch nehmen, sind diese auf andere Mitgliedsverbände des DFV nicht übertragbar.

Außerhalb des Kontingents der Wettkampfgruppen können auch Frauenmannschaften an den Bundesausscheidungen 1980 teilnehmen. Die Anzahl der Gruppen aus den Mitgliedsverbänden unterliegt keinen Quoten, so daß alle interessierten Frauenmannschaften ohne vorherige Qualifikationen in den Mitgliedsverbänden in Hannover starten können.

Die Anzahl der Frauenmannschaften wird nicht auf die Quoten angerechnet. Voraussetzung für einen Start am 14. 6. 1980 ist, daß der Meldetermin auch für die Frauenmannschaften eingehalten wird.

Nach den Bestimmungen des CTIF können innerhalb der 10 Wettkampfgruppen von einer Nation bis zu 2 Frauenmannschaften enthalten sein. Die vom DFV zu entsendenden 10 nationalen Wettkampfgruppen können sich gliedern in 8 Wettkampfgruppen „Männer“ und 2 Wettkampfgruppen „Frauen“.

gilt die 3. Auflage 1976. Hiernach kann in den Wertungsgruppen I und II angetreten werden in der:

Klasse A (ohne Altersbewertung)
Gesamalter der antretenden 9 Männer bis 269 Jahre.

Klasse B (mit Altersbewertung)
Gesamalter der antretenden 9 Männer ab 270 Jahre.

Die Wertungsgruppe III (Frauenmannschaften) kann nur in der Klasse A (ohne Altersbewertung) antreten. Gesamalter der antretenden 9 Frauen bis 269 Jahre.

Für die Altersbewertung bei der Bundesausscheidung in Hannover gilt als Stichtag der **14. Juni 1980**.

Zu den Internationalen Feuerwehrwettkämpfen 1981 werden Gruppen aus den Wertungsgruppen I und II sowie den Klassen A und B entsandt. Die Entscheidung, in welchem Verhältnis Mannschaften aus den Gruppen I und II sowie der Klassen A und B ausgewählt werden, kann erst nach Vorliegen der Teilnehmerlisten vom Präsidium des DFV getroffen werden. Außerdem ist die Entscheidung zu den Frauenmannschaften zu berücksichtigen.

Die Anmeldung der Wettkampfgruppen zu den Bundesausscheidungswettkämpfen hat von den Mitgliedsverbänden des DFV bis zum 31. März 1980 bei der Bundesgeschäftsstelle des Deutschen Feuerwehrverbandes (Bonn) zu erfolgen. Aufgrund dieser Anmeldung durch die Mitgliedsverbände erhalten die Wettkampfgruppen die notwen-

Ausschreibung des Bundeswertungsspiels

im Rahmen des 25. Deutschen Feuerwehrtages 1980 in Hannover

Ausschreibung

Einladung zum Wertungsspielen

Der Deutsche Feuerwehrverband lädt die musiktreibenden Züge der Feuerwehren zu einem Bundeswertungsspielen im Rahmen der Veranstaltungen des 25. Deutschen Feuerwehrtages am Sonntag, dem 8. Juni 1980, um 8.00 Uhr nach Hannover ein.

Träger der Veranstaltung

Träger der Veranstaltung ist der Deutsche Feuerwehrverband, 5300 Bonn 2, Koblenzer Str. 133. Die Vorbereitung und Durchführung obliegt dem Sachgebiet „Wettbewerbe“ des Organisationsausschusses für den 25. Deutschen Feuerwehrtag.

Leitung des Bundeswertungsspiels

Die Leitung des Bundeswertungsspiels ist dem Bundesstabführer des DFV, Horst Diefenbach, übertragen; sein Stellvertreter ist Willi Schmidt.

Teilnahme

Basis für dieses Bundeswertungsspielen sind die gültigen „Wertungsrichtlinien für Wertungsspiele“ im Deutschen Feuerwehrverband, soweit die Ausschreibung keine abweichende Bestimmung enthält.

Voraussetzungen

Voraussetzung für die Teilnahme sind:

- Anerkennung der „Richtlinien für musiktreibende Züge der Feuerwehren im DFV“.
- Anerkennung der „Wertungsrichtlinien für Wertungsspiele“ im DFV.
- Anerkennung des Wertungsgerichtes und seiner Entscheidung.
- Einhaltung des Anmeldetermins.
- Fristgerechte Vorlage der Notenunterlagen.
- Teilnahme am Festzug und an der Kundgebung des 25. Deutschen Feuerwehrtages am Samstag, dem 7. Juni 1980.

Teilnahme

Teilnehmer

An dem Bundeswertungsspielen können nur musiktreibende Züge der Feuerwehren teilnehmen, die den „Richtlinien für musiktreibende Züge der Feuerwehren“ des Deutschen Feuerwehrverbandes entsprechen.

Teilnehmerquoten

Aufgrund der zeitlichen und räumlichen Abwicklung des Bundeswertungsspiels

ist eine Begrenzung der Teilnehmerzahlen erforderlich. Die Bundesländer können entsenden:

Bundesland	Anzahl der Züge
Baden-Württemberg	12
Bayern	4
Berlin	-
Bremen	1
Hamburg	1
Hessen	11
Niedersachsen	12
Nordrhein-Westfalen	9
Rheinland-Pfalz	3
Saarland	1
Schleswig-Holstein	6
insgesamt	60

Die Auswahl der Teilnehmer obliegt den zuständigen Landesfeuerwehrverbänden bzw. Landesgruppen.

Sofern einzelne Länder ihre Quoten nicht ausnutzen, behält sich der DFV vor, Bewerber aus anderen Ländern zu berücksichtigen.

Startgeld

Es wird kein Startgeld erhoben.

Einteilung

Gespielt und bewertet wird in der A-Klasse.

Durchführung

Stabführer-Besprechung

Eine Stabführer-Besprechung findet nicht statt. Eventuelle Rückfragen sind rechtzeitig an den DFV zu stellen.

Reihenfolge des Auftretens

Die Reihenfolge des Auftretens wird von der Leitung des Bundeswertungsspiels festgelegt. Die Reihenfolge des Auftretens wird den Teilnehmern rechtzeitig vorher schriftlich mitgeteilt.

Bewertung

Das Wertungsgericht wird vom Deutschen Feuerwehrverband berufen. Die Zusammensetzung wird den teilnehmenden Zügen schriftlich mitgeteilt. Jedem am Bundeswertungsspielen teilnehmenden musiktreibenden Zug wird entsprechend dem erreichten Rang eine Medaille in Gold, Silber oder Bronze ausgehändigt. Züge, die in der Bewertung 250,0 Punkte und weniger erreichen, erhalten eine Teilnehmermedaille. Außerdem erhält jeder Zug eine Urkunde, in die die erreichte Punktzahl eingetragen ist.

Anmeldung

Voranmeldung

Meldungen musiktreibender Züge zur Teilnahme haben über den zuständigen Landesfeuerwehrverband (Landesgruppe) zu erfolgen.

Die Mitgliedsverbände haben dem Deutschen Feuerwehrverband bis zum 31. 12. 1979 die Vertreter des Verbandes am Bundeswertungsspielen zu benennen.

Endgültige Anmeldung

Sobald die Auswahl der Teilnehmer auf Landesebene getroffen und dem DFV gemeldet ist, erhalten die gemeldeten Züge das Anmeldeformular vom DFV zugesandt, welches bis spätestens 20. Februar 1980 ausgefüllt beim Deutschen Feuerwehrverband, 5300 Bonn 2, Koblenzer Str. 133, einzureichen ist.

Inhalt der Anmeldung

Die endgültige Teilnahme-Meldung enthält:

- Name und genaue Anschrift des Zuges
- Name und genaue Anschrift des Stabführers
- Spielstärke des Zuges (Personenzahl)
- Benennung der Wertungsgruppe (siehe „Wertungsrichtlinien für Wertungsspielen“ im DFV, Pos. 2.1)
- Angabe der Musikvorträge für Bühnen- und Straßenspiel
- Verpflichtung zur Teilnahme am Festzug.

Anmeldung zum 25. Deutschen Feuerwehrtag

Mit der Teilnahme-Meldung ist zugleich die Anmeldung zum 25. Deutschen Feuerwehrtag 1980 in Hannover einschließlich Quartieranforderung und Verpflegungsmeldung verbunden.

Einreichung des Notenmaterials

Bis zum 31. März 1980 sind die Notenunterlagen (Partitur oder Direktionsstimme) an der Deutschen Feuerwehrverband, 5300 Bonn 2, Koblenzer Str. 133, einzureichen.

Bestätigung

Der Deutsche Feuerwehrverband bestätigt die Anmeldungen. Weitere organisatorische Einzelheiten werden den teilnehmenden musiktreibenden Zügen durch Rundschreiben rechtzeitig mitgeteilt.

Schlußbestimmung

Diese Ausschreibung wurde vom Präsidium des DFV in seiner Sitzung am 10. Februar 1979 in Berlin beschlossen.

Hinweis

Die Richtlinien für die musiktreibenden Züge der Feuerwehren im DFV, beschlossen vom Präsidium des DFV in seiner Sitzung am 10. Februar 1979 in Berlin, werden in Heft 4/79 im Wortlaut veröffentlicht.

DLRG erstmals auf der „Caravan und Boot“ in München



Interessiert zeigten sich viele Besucher der „Caravan und Boot“ in München an den Vorführungen der Mund-zu-Mund-Beatmung am Informationsstand des DLRG-Landesverbandes Bayern.

Die Premiere wurde zu einem durchschlagenden Erfolg: Zum ersten Male war die DLRG mit einem eigenen Informations- und Demonstrationsstand auf der überregional bedeutungsvollen Messe „Caravan und Boot“ in München vertreten. Dank der Bereitschaft der Münchener Messegesellschaft konnte damit ein seit Jahren gehegter Wunsch der DLRG in Bayern erfüllt werden. Die Bilanz dieser Messe für die DLRG: Tausende von Messebesuchern informierten sich über die Arbeit der Lebensretter, zahlreiche Ehrengäste gaben sich ein Stelldichein, so die bekannten Schauspieler Ingrid Steeger und Kurt Jaggberg, das Münchener und Schwabinger Faschingsprinzenpaar sowie Vertreter des Bayerischen Innenministeriums.

Der Messestand der DLRG auf der Theresienhöhe in München umfaßte 40 Quadratmeter, zur Verfügung gestellt von der Münchener Messegesellschaft. 18 Betreuerinnen und Betreuer der DLRG-Ortsverbände München-Mitte und München-Tivoli wechselten sich in der Standaufsicht während der insgesamt neun Messtage vom 3. bis 11. Februar 1979 ab. Aus den Reihen

dieser beiden Ortsverbände sowie aus Kaufbeuren kamen jene DLRG-Aktiven, die in Badebekleidung und Taucherausrüstungen an den Wochenenden in Demonstrations-Schwimmbecken in Halle 14, wo sich in unmittelbarer Nähe auch der DLRG-Stand befand, Schwimm- und Tauchervorführungen unter dem Motto „Freie Zeit in Sicherheit“ absolvierten. Auch auf diese Art wurden Tausende von Messebesuchern auf die Tätigkeit der DLRG aufmerksam gemacht.

Am Informationsstand der DLRG, in Form einer Wasserrettungsstation errichtet, wurden des weiteren ein Motorrettungsboot des Typs TX 440 von OV Kaufbeuren sowie ein Schwimmbrett vorgestellt, mit einer Übungspuppe vom OV Erlangen wurde vor einem stets großen Interessentenkreis die Mund-zu-Mund-Beatmung demonstriert. Vielfache Nachfrage bestand nach Informationsschriften über die Schwimmprüfungen und die Ausbildung bei der DLRG. Den „Swimmy“, der gegen eine Unkostengebühr abgegeben wurde, wollten besonders die Kinder gerne als kleines Souvenir mitnehmen. Für sie gab es außerdem bunte DLRG-Luftballons zum „Nulltarif“.

Daß die DLRG-Vertretung auf der „Caravan und Boot“ recht erfolgreich war, zeigte inzwischen auch die Tatsache, daß die Münchener Ortsverbände bereits zahlreiche Anmeldungen zu Kursen entgegennehmen, aber auch mehrere neue Mitglieder aufnehmen konnten, deren Interesse für die DLRG eben am Messestand geweckt wurde.

Besonders erfreulich war die gute Zusammenarbeit während der Messtage sowie beim Auf- und Abbau des Standes mit der Bundesmarine, die ihren Informationsstand gegenüber der DLRG aufgebaut hatte. In unmittelbarer Nachbarschaft befanden sich auch die Ausstellungen von THW, Feuerwehr und Wasserwacht, letztere wies bei ihren praktischen Vorführungen im Demonstrationsbecken – genauso wie die DLRG – auf die gemeinsame Aufgabe der beiden Wasserrettungsorganisationen hin, wofür ihrem Referatsleiter Fritz Dietz an dieser Stelle Dank gesagt werden darf.

Die Organisations- und Vorbereitungsarbeiten für den Messestand der DLRG hatten in Händen von Landesjugendwart und OV-Leiter Wolfgang Nowotnik gelegen, der die Helferinnen und Helfer recht gut auf diese Messtage einzuweisen verstand. Ihnen allen darf für diese erfolgreiche Demonstration der DLRG-Arbeit vor den insgesamt 158 000 Besuchern der „Caravan und Boot 79“ Dank und Anerkennung gezollt werden. Im nächsten Jahr will sich die DLRG Bayern auf dieser Messe erneut darstellen, allerdings soll dann der Informationsstand vergrößert werden, vorausgesetzt, die Münchener Messegesellschaft macht es möglich.

Hartmut Tresselt

Rettungstaucher im Übungseinsatz

Lüneburg, den 19. Oktober 1978, 18.40 Uhr.

Der Landkreis ruft neben den anderen Hilfsorganisationen auch die DLRG-Ortsgruppe an und löst den Katastrophen-Übungseinsatz aus.

Lage um 18.00 Uhr, Artienburg/Elbe: „Großes Schiffsunglück in der Einfahrt des Elbe-Seitenkanals kurz vor dem 1. Sperrtor. Zwei Frachtschiffe sind offenbar im Nebel zusammengestoßen, Ladung der Schiffe noch ungewiß. Die Schiffe haben Feuer gefangen und

brennen, große Rauchentwicklung. Es muß damit gerechnet werden, daß Betriebsstoff ausläuft; Explosionsgefahr ist nicht auszuschließen. Das Passagierschiff „Lüneburger Heide“, das kurz hinter beiden Frachtkähnen fuhr, hat ein Ausweichmanöver versucht, um nicht in die Kollision mit einbezogen zu werden. Dabei ist es auf Grund gelaufen, Panik der Passagiere. Soweit erkennbar, sind einige Passagiere entweder aus Angst über Bord gesprungen oder durch den Ruck bei der Grundberührung über Bord gefallen."

Die Hilfsorganisationen werden ohne jede Vorankündigung und damit realitätsnah alarmiert. Da einige DLRG-Mitarbeiter sofort verfügbar waren, konnte der erste Wasserrettungstrupp (VW-Bus, Anhänger mit Motorboot) schon nach sieben Minuten, der zweite Trupp mit VW-Bus und Taucher-Spezialanhänger sowie Schlauchboot und Motor wenig später zum 20 km entfernten Übungsort abfahren. Dort stießen weitere, inzwischen alarmierte (insgesamt 25) Einsatzkräfte hinzu, zum Teil mit Privatfahrzeugen erschienen.

Während die Feuerwehr löscht und Personen barg, die von ASB und DRK

abtransportiert wurden, suchten DLRG-Taucher nach über Bord gestürzten bzw. gesprungenen Passagieren. Schon nach kurzer Zeit konnte der Technischen Einsatzleitung und dem DLRG-Vertreter im Einsatzstab gemeldet werden, daß die in Frage kommende Fläche des Elbgrundes systematisch abgesucht worden sei.

Eine weitere Aufgabe für die DLRG-Taucher und die Besatzungen der Motorrettungsboote bestand darin, zusammen mit dem THW den einen Frachtkahn auf Unterwasser-Lecks zu untersuchen. Während das THW für die Abdichtungen zuständig war, untersuchten DLRG-Taucher die Bordwand und konnten Fehlzanzeige melden.

Insgesamt zeigte die Übung auf, daß die Hilfsorganisationen auch ohne Vorankündigung schnell einsatzbereit sind. Probleme traten insbesondere in der Verkehrslenkung, durch Fahrzeugstau am Unglücksort und nicht ausreichende Funkgeräteausrüstung auf, die aber durch entsprechende organisatorische Maßnahmen und mit finanzieller Unterstützung des Landkreises beseitigt werden könnten.

Dr. Klaus Wilkens



Nach Passagieren, die über Bord gesprungen waren, suchten die Taucher der DLRG bei einem Übungseinsatz an der Elbe.



„Verletzte“ von dem auf Grund gelaufenen Frachtschiff borgen ASB, DRK und Feuerwehr gemeinsam.

DLRG beteiligte sich an Selbstschutz-Ausstellung

Seit Jahres bemühen sich Bund, Länder und Gemeinden, die Bevölkerung zur Mitarbeit im Selbstschutz anzuregen und zu gewinnen. Diese Bemühungen aber haben bisher kaum einen nen-



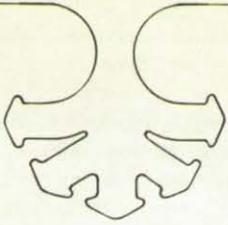
Der stv. DLRG-Ortsgruppenleiter Karl-Heinz Adam (2. v. r.) informiert mit einigen Mitarbeitern der OG Dülken am Ausstellungsstand in der Stadtparkasse Viersen Bürger über die Aufgaben und Ziele der DLRG.

nenswerten Erfolg gebracht. Mehr Interesse dafür will der Bundesverband für den Selbstschutz im Kreis Viersen beim Bürger jetzt mit einer Ausstellung wecken, an der die örtlichen Hilfsorganisationen beteiligt sind. Die anschaulichen Darstellungen der Selbsthilfemaßnahmen und Hilfsmöglichkeiten der Verbände eröffnete Viersens Stadtdirektor Hans Christian Vollert kürzlich in der Schalterhalle der Stadtparkasse in Viersen-Süchteln.

„Der Mensch im Mittelpunkt“ ist das Thema dieser sehenswerten Ausstellung, die in sechs Sparkassen des Kreises Viersen während des Jahres gezeigt werden wird. Dem Bürger wird hier verdeutlicht, was im Katastrophenfall der Staat und die Hilfsorganisationen für ihn zu tun bereit sind. Es wird aber auch gesagt, was jeder einzelne Bürger tun sollte, um sich und anderen helfen zu können.

Der Stadtdirektor, als Schirmherr der Ausstellung, wünschte sich in der Bevölkerung einen wirkungsvollen Nachhall. Der Sprecher des Bundesverbandes für den Selbstschutz im Kreis Viersen, Kurt Stelten, versicherte, man wolle aufklärend zum Wohl des Bürgers wirken. Die Mitarbeit der Hilfsorganisationen unterstreiche dieses Bemühen recht wirksam. Der beste Dank an alle Mitwirkenden wäre ein möglichst großes Interesse für diese Ausstellung, meinte er.

Neben den Darstellungen in Bild und Text hatten die Feuerwehr, das DRK, das THW, der MHD und die DLRG Rettungsgeräte aufgebaut.



Presseschau des Inlands

„NATO sorgt sich um den Zivilschutz“

Probleme des Zivilschutzes werden auch auf NATO-Ebene zunehmend ernster genommen, wie nachfolgender Bericht beweist:

Experten der NATO-Länder für den Zivilschutz haben in einer zweitägigen Konferenz in Brüssel „zahlreiche Mängel“ in den Vorkehrungen für den Bevölkerungsschutz festgestellt. Der Konferenz lag erstmals ein Gesamtbericht über die Situation des Zivilschutzes in den 15 NATO-Ländern vor.

Der führende Zivilschutzexperte der NATO, der Däne Erik Schulz, sagte, während die Sowjetunion „hart an diesem Problem arbeitet“, gebe es in den NATO-Ländern eine „Menge von Unzulänglichkeiten“. In Dänemark, wo es für 68 Prozent der städtischen Bevölkerung Schutzbunker gebe, in den anderen skandinavischen Ländern sowie in Holland sei die Lage noch am besten.

„Über andere Länder will ich lieber nichts sagen“, meinte Schulz.

Als eines der Kernprobleme des Zivilschutzes der NATO in Europa bezeichnete Schulz die Masse von Flüchtlingen die sich bei Ausbruch eines Krieges oder einer scharfen Zuspitzung der Lage in der Bundesrepublik in Richtung der nördlichen und westlichen Nachbarländer in Bewegung setzen werde. Dazu gehörten auch Millionen von Gastarbeitern und ihre Familien, die in ihre Heimatländer zurückwollten. Diese Menschenlawine würde, wenn keine Vorkehrungen getroffen würden, alle Autobahnen und Zufahrtsstraßen verstopfen.

Nach Angaben des dänischen Experten werden aus diesem Grunde in der Bundesrepublik, in Frankreich, in den Beneluxländern und in Danemark zur Zeit nationale Schutzprogramme aufgestellt, um mit diesem Problem fertigzuwerden. Gedacht sei an Informationskampagnen, damit die Menschen in der Bundesrepublik wußten, daß sie sicherer sind, wenn sie zu Hause bleiben, als wenn sie auf Landstraßen flüchten.

(Süddeutsche Zeitung, München)

„Bedingt abwehrbereit“

Unter dem Titel „Bedingt abwehrbereit“ schreibt Conrad Ahlers in der „Hamburger Morgenpost“ zu dem Thema Schneekatastrophe:

Wieder einmal hat sich die Bundeswehr als Retter in der Not erwiesen. Ohne den unermüdlichen Einsatz der Soldaten mit ihrem schweren Gerät sowie der anderen technischen Hilfsdienste wäre man der Schneekatastrophe nicht so rasch Herr geworden, hätte man wesentlich mehr Opfer zu beklagen. Allen Beteiligten sei dafür Dank gesagt.

Diejenigen, die fortwährend die angeblich zu hohen Rüstungsausgaben kritisieren, wie viele schleswig-holsteinische Sozialdemokraten, oder die sich vornehmlich damit beschäftigen, den angeblichen Mangel an innerer Führung in den Streitkräften zu beklagen, sind jetzt natürlich ganz still. Sie müssen notgedrungen auch durch ihr Stillschweigen anerkennen, daß die Bundeswehr auch in Friedenszeiten dringend gebraucht wird und daß die Frage nach der Einsatzbereitschaft der Truppe wichtiger ist, als die Frage, ob auch genügend politischer Unterricht erteilt wird.

Die Tage des Schneesturms haben gezeigt, wie verwundbar wir sind, nachdem die Menschen und die Tiere in Stadt und Land gleichermaßen nur mit Hilfe der Technik am Leben erhalten werden können. Jeder längere Ausfall der zivilisatorischen Einrichtungen hat

totale Folgen. Dies gilt auch für die Bundeswehr selbst. Einen Bergpanzer in vielen Fällen ebenfalls nicht zu bekommen konnten.

Übertragen wir die Erfahrungen der Schneekatastrophe auf einen militärischen Konfliktfall, in dem die Zivilbevölkerung noch viel schlimmeren Unbilden ausgesetzt sein würde, die Bundeswehr aber nicht helfen könnte, weil sie kämpfen mußte, so erkennt man, daß von einer wirksamen Gesamtverteidigung der Bundesrepublik noch nicht gesprochen werden kann. Man muß immer noch sagen: Bedingt abwehrbereit. Auch nach einer Mobilmachung gebe es nicht genügend Menschen und nicht genügend Material, um die Versorgung der Truppe und der Bevölkerung sicherzustellen, um die Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen aufrechtzuerhalten, um zerstörte Brücken und andere Anlagen zu reparieren und um die lebensnotwendige Technik in Betrieb zu halten.

Verteidigungsminister Hans Apel, der ja auch im Schnee eingeschlossen

war, wird sich über diese Aspekte der Landesverteidigung mehr Gedanken machen müssen als bisher. Der Warschauer Pakt jedenfalls kennt zumindest seit der Spionageaffäre Lutze-Wiegel die Schwächen unserer militärischen Positionen ganz genau. Auch deshalb kommt es jetzt darauf an, diese Mängel nach Möglichkeit bald zu beseitigen.

(Hamburger Morgenpost)

„Atomalarm“ in der DDR geprobt

Nicht nur auf die Theorie beschränkt sich die Wehrkundeerziehung in der DDR, die auch den Komplex „Zivilverteidigung“ umfaßt: In immer stärkerem Umfang werden Übungen abgehalten. In Schwedt an der Oder wurde die erste Atomalarmübung unter Einbeziehung der Bevölkerung abgehalten.

Die Übung beschränkte sich . . . auf ein geschlossenes Neubaugebiet der rund 50 000 Einwohner zählenden Industriestadt, ließ aber an „Realismus“ kaum zu wünschen übrig. Kaufhallen und Geschäfte stellten sofort den Verkauf ein, Kindergärten und Schulen . . . marschierten in markierte Schutzräume. Wer zu Hause war, rannte mit Notkofferchen in den Keller. Autofahrer hielten an und suchten Schutz . . . Etwa fünf Minuten nach dem letzten Sirenton lag das ganze Stadtviertel wie ausgestorben da. Später bemühten sich die Feuerwehrleute und Helfer in

Schutzanzügen und Atemmasken um „Verätzte“ und bekämpften „angenommene Brände“.

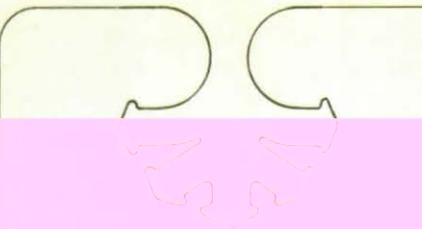
SED-Funktionäre und Offiziere der Zivilverteidigung – die Volksarmee-Minister Hoffmann untersteht – waren begeistert. Das schnelle Reagieren der vorher wochenlang vorbereiteten Bewohner ist ihnen Beweis dafür, daß die Bevölkerung auch die bisher als „innenpolitisch heikel“ geltenden Vorbereitungen auf einen Atomkrieg akzeptiert.

Was in Schwedt geschah, soll sich daher demnächst anderswo wiederholen.

(Westfälische Rundschau, Dortmund)

Berichtigung

Durch ein redaktionelles Versehen ist in ZS-MAGAZIN 11/78, Seite 69 – Presseschau des Inlands – der Beitrag „Vollig unzureichend“ als in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen bezeichnet worden. Der Artikel wurde jedoch der Frankfurter Rundschau entnommen; wir bitten, dieses Versehen zu entschuldigen.



PROBESCHAU DES QUISLINGS

Unterirdischer Tunnel in Dairen

Journal of CIVIL DEFENSE

Bericht einer Besuchergruppe, die sich in China umgesehen hat. Wir sahen mehrere der vieldiskutierten Tunnel Chinas „Zivilschutzbogen“. Nach einem Vortrag brachte man uns zu einem Tunnel, dessen Eingang im Gastehaus der Glasfabrik von Dairen – mitten im Zentrum der Stadt – lag. Die Tunnel liegen sehr tief, etwa 24 bis zu 60 Fuß unter der Erdoberfläche. Jeder Bezirk von Dairen hatte seinen eigenen Beitrag zum Tunnelsystem geleistet, welches sich wie ein Spinnennetz unter der Stadt ausbreitet.

Der Tunnelabschnitt, den wir zu sehen bekamen, lag in der Nähe von Sun Yat Sen. Nahrungsmittel und Wasser waren in verschiedenen Schutzräumen untergebracht, ein Belüftungssystem sorgte für ständig frische Luft. Unterrichts angelegte Generator-Anlagen versorgten das System mit Licht und Energie. Der uns gezeigte Tunnel war in drei Jahren erbaut worden. Die Wände waren bis in Schulterhöhe mit Backsteinen verkleidet, die gewölbte Decke aus Beton hergestellt. In seitlich abzweigenden Räumen waren Klassenräume, Speisesäle, Krankenstationen – sogar eine Friseurstube untergebracht.

Es war eine Stadt unter der Stadt. Je tiefer man kam, um so geräumiger und höher wurden die Tunnel. Es gab Stahlplatten in Richtung Ausgang, die mit Stahlspitzen versehen waren. Stacheldraht war daneben gestapelt.

(Starke/Florida, Vol. IX, Nr. 1)

Verhalten bei „Luftalarm“ II



ВОЕННЫЕ ЗНАНИЯ

Alarmierung während des Schulunterrichts

Der Unterricht wird abgebrochen, die Kinder direkt in die Schutzanlagen geführt. Es ist wichtig, jede Panik – vor allem unter jüngeren Kindern – zu verhindern und Ruhe und Ordnung zu bewahren. Die älteren Schüler müssen dabei der Schulleitung behilflich sein.

Alarm auf dem Lande

Arbeiter auf den Viehzuchtfarmen treiben die Tiere in vorbereitete Schutzräume oder Verstecke, geben ihnen Futter und überprüfen noch einmal die hermetischen Sicherheitsvorrichtungen. Zur Überwachung der Tiere bleiben bei ihnen eine oder zwei Personen zurück. Die übrigen Personen begeben sich in die vorbereiteten Schutzräume.

Wer mit einer Maschine auf dem Felde arbeitet, versteckt das Arbeitsgerät in der nächstgelegenen Schucht, stellt den Motor ab und verbirgt sich selbst. Das Arbeitsgerät nicht in der Nähe eines Lagers mit brennbarem Material, eines Brennstofftanks, Heuschobers o.ä. stehen lassen.

Allgemein gilt: Bis zum Signal – Entwarnung – welches über die unversehrt gebliebenen Funknetze und lokale Rundfunk- und Fernsehstationen gesendet wird, in den Schutzanlagen bleiben.

(Moskau, Nr. 4/1977)

Frauenorganisationen und Bevölkerungsschutz

VÄESTÖNSUOJELULEHTI



Auf Einladung des finnischen Innenministeriums waren Vertreter der Frauenorganisationen des Landes zu einem Seminar an der Staatlichen Bevölkerungsschutzschule gekommen. Die Zentrale der Landwirtschaftsfrauen und Hausfrauen, der Marita-Verband, die Feuerwehrfrauen, der Verband der finnischen Hausfrauen, die finnischen Pfadfinder und andere Gruppen hatten Teilnehmer entsandt. Man wollte im Rahmen der Gruppenarbeit in diesem Seminar herausfinden, in welcher Weise man die Mitarbeit der Frauen im Bevölkerungsschutz sicherstellen könne.

Alle Frauenorganisationen haben ihre speziellen Arbeitsbereiche, in denen sie mit großer Sachkenntnis tätig sind.

Es wäre verantwortungslos, diese Kapazitäten brachliegen zu lassen. Einer Zusammenarbeit steht auch nichts im Wege, wenn nur die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet werden.

Im Mai 1977 hat das Innenministerium die finnische Bevölkerungsschutzorganisation gebeten, einen entsprechenden Plan zu entwerfen. In der Bevölkerungsschutzschule Lohja sollten nun Grundprinzipien erarbeitet werden. Dieser Aufgabe widmete man sich mit großem Eifer. Wichtigster Punkt war die Überlegung, wie man ausgebildete Lehrkräfte gewinnen konnte. Ein umfangreicher Katalog wird jetzt in den einzelnen Organisationen diskutiert.

(Helsinki, Jahrg. 44, Nr. 4)

China verfügt über Lenkraketen

HSINHUA

China hat in den letzten Jahren zahlreiche Lenkraketen und Satelliten erfolgreich gestartet. Eine eigens hierzu aufgestellte Einheit der „Wissenschafts- und Technologiekommission für nationale Verteidigung“ war jahrelang in der Wüste stationiert und hat jetzt ihre Mission erfüllt. China hat seit 1964 insgesamt 22 Atomversuche durchgeführt und in den letzten acht Jahren sechs Satelliten in eine Umlaufbahn gebracht. Der letzte Atomversuch fand im September 1977 statt.

AFP-Meldung: Beobachter nehmen an, daß China vor vier oder fünf Jahren ballistische Mittelstreckenraketen gestartet hat. Ferner soll China Interkontinentalraketen (ICBM) mit einer Reichweite von über 3000 Meilen gestartet haben und in der Lage sein, jedes Ziel in der Sowjetunion zu treffen. Aus westlichen Militärkreisen in Peking verlautet, daß China möglicherweise einen Wasserstoff-Sprengkopf fertiggestellt hat, der auf Langstreckenraketen installiert werden kann. China erprobte bei seinem 21. Atombombenversuch eine Wasserstoffbombe. Der heutige HSINHUA-Bericht bestätigt nach Meinung von Beobachtern, daß die Chinesen eine Operations-Kapazität bei ihren Langstreckenraketen erreicht haben.

(Peking/Hongkong)

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Not-Energie-Paket

Eine namhafte deutsche Firma hat ein Not-Energie-Paket zusammengestellt, das für über 100 Stunden Leuchtkraft



neue BÜCHER

Die Retter

Von Toni Hiebeler

Das menschliche und technische Abenteuer der Rettung aus der Luft
Schweizer Verlagshaus, Zürich

Dieses Buch ist ein Dank an die Schweizer Rettungsflugwacht – und zugleich die Chronik dieses humanitären Werkes. Es berichtet über die technischen Hintergründe, über menschliche Selbstlosigkeit und über Abenteuer der Rettung, wie sie wohl kein Autor erfinden könnte.

Wie dramatisch manche Einsätze verlaufen, das zeigen auch die Fotos, die einen einzigartigen dokumentarischen Wert haben.

Die Schweizer Rettungsflugwacht flog im Jahre 1977 über 2800 Einsätze. Eine solche Leistung ist nur möglich dank eines erschöpfenden Einsatzes aller Helfer, der Aktivierung aller technischen Hilfsmittel und einer hervorragenden Organisation.

Zwar war die Schweizer Rettungsflugwacht das Vorbild für die Schaffung von Flugrettungsunternehmen in vielen Staaten der Welt. Doch kommt es immer wieder vor, daß – wenn alle eigenen Möglichkeiten erschöpft sind – sie auch zur Hilfeleistung ins Ausland gerufen wird. Dann wird sie zum Retter in fast ausweglosen Situationen. Eine Lektüre, die den Begriff des Helfens sinnvoll wiedergibt.

Zivilschutz im Ausland II

Von Wolfgang Schwarz

Schriftenreihe Zivilschutz – Band 9
Herausgegeben vom Bundesamt für Zivilschutz
Monch Verlag, Bonn

Dieser Band informiert über die Zivilschutz-Bestrebungen in den europäischen Ländern Belgien, Danemark, Finnland, Großbritannien, Luxemburg, Nordirland, Norwegen, Österreich, Schweden und der Schweiz.

Ganz sicher sind sich heute die Staats-

Erhaltung des militärischen Gleichgewichtes durch Abschreckung ohne ausreichende Schutz- und Überlebenschancen für die Bevölkerung ungläubig. Neutrale Staaten haben längst damit begonnen, entsprechende Vorsorge-Maßnahmen zu treffen. Inzwischen haben auch die meisten anderen Industriestaaten in unterschiedlichem Umfang einen Katastrophen- und Zivilschutz aufgebaut.

Die Beiträge dieses Bandes sind einem einheitlichen Gliederungsschema unterworfen – das macht sie in Verbindung mit den Übersichten und Organigrammen transparenter und erhöht die Vergleichsmöglichkeiten.

Die eigentliche Kernspaltung

Herausgeber Jorg Hallerbach

Hermann Luchterhand-Verlag GmbH & Co. KG Darmstadt und Neuwied

Die von verschiedenen Autoren verfaßten Beiträge dieses Buches beleuchten unterschiedliche Aspekte der Konflikte um die Atomkraftwerke. Die öffentliche Diskussion um Risiko und Nutzen der Kernenergie hat nicht nur die Bürger, sondern auch Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und andere Organisationen sowie die Medien außergewöhnlich stark beschäftigt. Im Grunde ist heute jeder Bürger mit diesen Fragen in dieser und jener Form konfrontiert. Hinter den vielfältigen Formen der Auseinandersetzung kann man offene technische Probleme, volkswirtschaftliche Aspekte und tiefgreifende soziale Fragestellungen entdecken. Es deutet sich der Hintergrund an: Die künftige technische Entwicklung und die Zukunft der Gesellschaft stehen auf dem Spiel.

Wer selbst Stellung beziehen will, wer sich umfassend über die Hintergründe einer manchmal sehr vordergründig geführten Auseinandersetzung orientieren will, kommt nicht umhin, auch das hier angebotene Material zur Kenntnis zu nehmen.

Kernenergie – ein Votum für Vernunft

Von Ulrich Waas

div-Sachbuchreihe Band 18
Deutscher Instituts-Verlag GmbH, Köln

Der Autor wagt sich auf ein spannungsgeladenes Feld, auf dem Politik und

aber heute niemand mehr zu entziehen vermag. Das Buch ist insoweit etwas Besonderes in der Reihe der zum Thema verfaßten Bücher, als hier der Versuch gemacht wird, eine emotionsfreie, sachkundige Analyse zu geben. Es gelingt dem Verfasser, dem Laien Aussagen verständlich zu machen, ohne jedoch die Problematik zu bagatelisieren.

Es werden Fragen der grundsätzlichen Einstellung zur Technik und energiepolitische Perspektiven abgehandelt. Waas geht davon aus, daß nur mit sachlichen Informationen wirklich geholfen werden kann, einen eigenen Standpunkt festzulegen.

Das Buch ist mit vielen anschaulichen Grafiken ausgestattet und enthält umfangreiches aktuelles Zahlenmaterial. Ein wirkliches Sachbuch, welches seinen realen Wert auch durch die kommentierten Literaturhinweise erhält.

Literaturübersicht zur Frage der Erholung nach Ganzkörperbestrahlung

Von Ake Kindt/Ernst-Ludwig Sattler
Schriftenreihe Zivilschutz-Forschung der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern – Band 6
Herausgegeben vom Bundesamt für Zivilschutz
Osang-Verlag, Bad Honnef-Erpel

Die Verfasser gehören zum Arbeitsstab des Strahlencentrums der Justus-Liebig-Universität Gießen. Der Inhalt des Bandes richtet sich an die Fachwelt und ist entsprechend ausgerichtet. Einleitend wird das Erscheinungsbild einer Schädigung nach einer Ganzkörperbestrahlung beschrieben, wie es sich nach einer solchen Bestrahlung auf Säugetiere darstellt. Es wird darauf hingewiesen, daß die tatsächliche Reaktion eines Säugetieres auf eine einmalige Ganzkörperbestrahlung von wesentlichen Faktoren abhängig ist, die von Fall zu Fall sehr unterschiedlich sein können. Dabei geht es um die Ernährung, Belastung, Jahreszeit, Tageszeit und das Alter. Natürlich spielt auch die Dosis, die auf das Tier einwirkt, eine erhebliche Rolle.

Ausführlich werden an Hand von Tabellen und spezifischen Erörterungen die unterschiedlichsten Untersuchungsabläufe dargestellt, die von den Forschern und Wissenschaftlern abgehandelt wurden. Das Literaturverzeichnis umfaßt 152 Positionen.

Helmut Freutel

Das Minimagazin

In diesem Monat: Explosionen

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . mit dem Ausdruck „Explosion“ im allgemeinen bestimmte Erscheinungen bezeichnet werden, die ganz verschiedene Ursachen und auch Auswirkungen haben können? Explosionen sind gewöhnlich mit lautem Knall, aber auch mit Feuererscheinungen verbunden. Dies war z. B. bei der Mehlstaubexplosion in der Bremer Getreidemühle wie auch bei der Explosion einer Gasleitung auf der Elbbrücke in Hamburg der Fall (ZS-MAGAZIN Nr. 2/79 berichtete darüber auf Seite 5).

Eine Explosion ist eine auf dem Ausdehnungsbestreben von Gasen oder Dämpfen beruhende plötzlich verlaufende Kraftäußerung. Ein Beispiel dafür ist die Explosion eines Behälters, dessen Wandung in einem solchen Umfang zerrissen wird, daß ein plötzlicher Ausgleich des Druckunterschiedes innerhalb und außerhalb des Behälters stattfindet.

Es gibt aber auch Explosionen durch chemische Umsetzungen. Dazu gehören die Explosionen von Sprengstoffen, die aus einheitlichen chemischen Verbindungen oder Gemischen bestehen, die sich bei Erwärmung, Schlag, Reibung oder Initialzündung dadurch plötzlich in große Mengen heißer Gase umsetzen, daß der verbrennliche Teil durch locker gebundenen Sauerstoff oxydiert wird.

Explosionen ohne chemische Umsetzungen sind gewöhnlich reine Druck- oder Spannungsexplosionen.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . jeder Staub, der von brennbarem Material stammt, sich entzünden kann, was unter Umständen zu verheerenden Explosionen führt? Dazu gehören der Staub von Zucker, Mehl, Kohle, Tabak oder Aluminium, um nur einige zu nennen. Nicht jede Staubkonzentration ist explosionsfähig. Eine Mindestkonzentration von Staub und Luft ist die Voraussetzung. Ist sie gegeben, bedarf es nur eines zündenden Funkens, wie

er bei der Bedienung eines Feuerzeuges, oder beim Anzünden eines Schweißgerätes entsteht. Doch oft genügt schon eine glimmende Zigarette oder der Funken, der beim Betätigen eines nicht explosionsgeschützten Licht- oder Geräteschalters entsteht, um eine Explosion auszulösen.

Auch bei Gasen und Dämpfen gehören nur geringe Mengen dazu, um ein explosionsfähiges Gemisch mit der Luft zu bilden. Alle Gase, die brennbar sind, sind auch explosionsgefährlich. Für die Beurteilung der Gefährlichkeit von brennbaren Gasen und Dämpfen ist der Zündbereich ausschlaggebend. Darunter versteht man den Bereich, innerhalb dessen eine Zündung und Verbrennung möglich ist. Diese Grenzen heißen untere bzw. obere Zündgrenze.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . nicht alles, was allgemein als Explosion bezeichnet wird, auch eine solche ist? Der Begriff Explosion muß noch gegen die Begriffe „Verpuffung“ und „Detonation“ abgegrenzt werden. Die Unterschiede richten sich nach den Verbrennungsgeschwindigkeiten, die bei den Explosionsvorgängen auftreten.

Eine *Verpuffung* ist eine schwache Explosion, bei der sich die Zündgeschwindigkeit in einer Größenordnung von cm/sec vollzieht. Die Verpuffung ist durch eine schiebende Wirkung gekennzeichnet. Sie verläuft mit mäßiger Druckwirkung und schwachem Geräusch.

Eine *Explosion* ist eine sehr schnell verlaufende Oxydation unter plötzlich starker Wärme- und Druckentwicklung, bei der sich die Zündgeschwindigkeit in einer Größenordnung von m/sec vollzieht. Sie ist gewöhnlich mit einem grellen Lichtblitz und lautem Knall verbunden. Explosionen gehen meistens mit erheblichen Zerstörungen einher, die oft merkwürdigen Gesetzmäßigkeiten zu folgen scheinen.

Eine *Detonation* ist eine sehr starke Explosion, bei der sich die Zündgeschwindigkeit in einer Größenordnung von km/sec vollzieht. Ihr besonderes Merkmal ist, daß die Zündung sich nicht mehr durch Wärmeübertragung von einem Stoffteilchen auf das benachbarte fortpflanzt, sondern bereits durch die Kompressionswärme ausgelöst wird, die in der Front der Detonationsdruckwelle entsteht. Bei manchen Sprengstoffen wird schon an der Zündstelle der Druck so groß, daß von dort aus eine Druckwelle durch die Sprengstoffmasse mit Geschwindigkeiten von fünf bis acht km/sec läuft.

Überall, wo die Gefahr von Explosionen besteht, müssen entsprechende Maßnahmen zu ihrer Verhinderung getroffen werden. Hierzu der § 44 der VBG 1 (Unfallverhütungsvorschrift der gewerblichen Berufsgenossenschaften):

1. Kann beim Umgang mit brennbaren Stoffen durch das Auftreten von Gasen, Dämpfen, Nebeln oder Stäuben explosionsfähige Atmosphäre entstehen, müssen Maßnahmen getroffen werden,

- die eine Bildung explosionsfähiger Atmosphäre in gefahrdrohender Menge verhindern oder einschränken oder
- die Zündung der explosionsfähigen Atmosphäre verhindern.

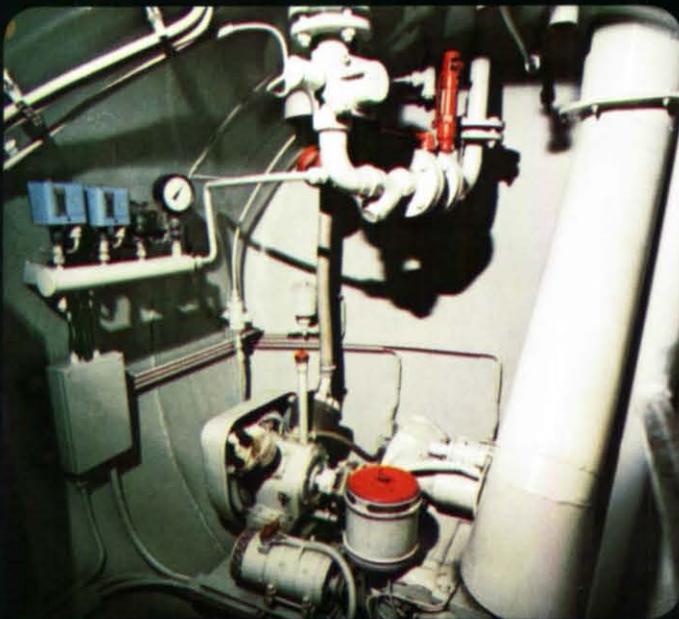
2. Lassen sich im Innern von Behältern und Apparaten explosionsfähige Gemische von Gasen, Dämpfen, Nebeln oder Stäuben in gefahrdrohender Menge und Zündquellen nicht ausschließen, sind Maßnahmen zu treffen, die bei einer Explosion im Innern gefährliche Auswirkungen verhindern.

3. In explosionsgefährdeten Bereichen sind Zündquellen zu vermeiden; die Verwendung von offenem Feuer und offenem Licht sowie das Rauchen ist verboten. Auf das Verbot ist deutlich erkennbar und dauerhaft hinzuweisen.

4. Explosionsgefährdete Bereiche sind deutlich erkennbar und dauerhaft zu kennzeichnen.

Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt
Vertrieb: A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Vertriebskennzahl G 2766 EX

Zur Alarmierung und Entwarnung



Die öffentliche Alarmierung und Entwarnung der Bevölkerung erfolgt vor allem mit ortsfesten Alarmgeräten, d. h. mit Dach- oder Mastsirenen. Unser Titelbild zeigt eine mit Preßluft betriebene Hochleistungssirene (HLS), die, unabhängig vom Starkstromnetz, über eine verbunkerte Maschinenanlage betrieben wird (siehe Bild). Diese erzeugt die erforderliche Energie, die als elektrischer Strom zur Steuerung in Batterien und als Preßluft für die akustische Arbeit in einer